



□ □ □ □ n-ost

RECHERCHESTIPENDIEN 2007

Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

CIGDEM AKYOL GABY BABIĆ OLIVER BILGER WASJA BUDEI

AGLATA DANE SASKIA DRUDE ANNETT MÜLLER MIA RABEN

CORNELIA RIEDEL WILHELM SIEMERS JUTTA SOMMERBAUER NINA STOFFERS

ANDREAS STROHFELDT STEFAN TENNER RIVER TUCKER WIOLETTA WEISS



Bulgarien
Kasachstan
Ungarn
Polen
Kroatien
Mazedonien
Rumänien
Serbien
Russland
Kosovo

Vorwort

„Gefährlicher noch als einzelne Gewaltakte ist ein gesellschaftliches Klima, das Ausländerfeindlichkeit mit klammheimlicher oder sogar offener Sympathie begleitet.“

Johannes Rau

Rechtsradikale Parteien gehören fast überall in Europa zur traurigen politischen Normalität. Während die Strukturen und Strömungen rechtsextremer und antisemitischer Bewegungen in Deutschland und Westeuropa relativ gut erforscht sind, ist über die Ursachen des im östlichen Europa aufflackernden Rechtsextremismus zu wenig bekannt. Bis 1989 lebten die Länder des Warschauer Paktes gleichsam unter der Glasglocke einer staatlich verordneten Völkerfreundschaft mit sozialistischen Brudernationen. Bekämpft wurde der kapitalistische Klassenfeind, dem man gerne eine Nähe zum Faschismus attestierte. Beschworen wurde und wird der Sieg gegen den Nationalsozialismus, der im östlichen Europa Millionen von Menschen das Leben kostete. Auch angesichts dieser bitteren Erfahrungen galt das Thema als bewältigt. Dass es jenseits staatlicher Rhetorik aber auch in Russland, Polen, Ungarn und Rumänien rechtsextreme Traditionen gab, die weiter existierten oder die sich nach 1989 wiederbeleben ließen, wird immer deutlicher.

In Russland werden Hetzjagden auf Kaukasier veranstaltet und fühlen sich afrikanische Studenten bedroht. In Ungarn werden mitten in Budapest 56 „Gardisten“ unter der rot-weiß-gestreiften Arpad-Fahne der rechtsextremen Pfeilkreuzler vereidigt und veranstalten Demonstrationen durch Roma-Siedlungen. Rumänische und bulgarische Abgeordnete verhelfen nach dem EU-Beitritt dieser Länder den rechtsextremen Parteien im EU-Parlament erstmals – wenn auch nur kurzzeitig – zur Fraktionsstärke. Alles Meldungen aus dem Jahr 2007.

Nach 1990 haben sich sowohl die sozialwissenschaftliche Forschung als auch die journalistische Berichterstattung im Wesentlichen mit der Demokratieentwicklung und dem Erbe des Kommunismus, aber nicht ausreichend mit rechtsextremen Tendenzen im östlichen Europa beschäf-

tigt. Um ein differenziertes Bild aktueller rechtsextremer und antisemitischer Entwicklungen im östlichen Europa zu zeichnen und Wissen über landesspezifische Aspekte, kulturelle Hintergründe und Opferinitiativen zu vermitteln, hat das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost im Jahr 2007 erstmals 20 Recherchestipendien vergeben. Jedem Stipendiaten stand ein Reisebudget von 600 Euro zur Verfügung. Zur Unterstützung der Recherchen wurden zudem zehn Foto-Stipendien im Wert von je 400 Euro gewährt. Die besten Reportagen des Stipendienprogramms werden in dieser Dokumentation vorgestellt.

Dem n-ost e.V. mit Sitz in Berlin gehören mittlerweile 200 Journalisten aus 20 europäischen Ländern an. Der Verein setzt sich seit 2002 für eine bessere Berichterstattung aus und über Mittel- und Osteuropa in deutschsprachigen Medien ein. n-ost-Mitglieder engagieren sich für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Begrenzungen und Einschränkungen der journalistischen Recherche – als Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung.

Gefördert wurde das n-ost-Recherchestipendienprogramm von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Die Stiftung unterstützt dauerhaft Projekte zur Förderung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben. Aus den Erträgen des für die Projektförderung vorgesehenen Stiftungskapitals in Höhe von 358 Millionen Euro unterstützt die Stiftung mit jährlich rund acht Millionen Euro vorrangig internationale Projekte mit den Schwerpunkten: Auseinandersetzung mit der Geschichte, Handeln für Demokratie und Menschenrechte, Humanitäres Engagement für Überlebende der NS-Diktatur.

Die n-ost-Recherchestipendiaten wurden von einer internationalen Jury ausgewählt. Insgesamt waren dafür fast 80 eingegangene Exposés deutscher, österreichischer, schweizerischer und vieler osteuropäischer Journalisten zu sichten. Die letztlich ausgewählten Themen reichen vom nationalistischen Populismus der bulgarischen Partei Ataka über die schwierige Situation Homosexueller in Rumänien bis hin zum Beitrag, den ein zweisprachiger Kindergarten im Kosovo zur Überwindung von nationalen Spannungen leistet. Einige n-ost-Stipendiaten beleuchten jüdisches Leben im östlichen Europa vor dem Hintergrund eines immer noch nicht überwundenen oder wieder auflodernden Antisemitismus. Andere behandeln die Diskriminierung von Flüchtlingen und Minderheiten an Europas Grenzen. Mehrere Recherchen nehmen zudem couragierte Gegeninitiativen gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus in den Blick.

Viele der mit einem n-ost-Recherchestipendium geförderten Beiträge sind anschließend in deutschsprachigen Medien erschienen: darunter die Welt, Spiegel-Online, taz, FAZ und der Deutschlandfunk. Fünf Reportagen wurden in andere europäische Sprachen übersetzt und im Internet veröffentlicht.

Wir danken insbesondere unseren Medienpartnern, der Jüdischen Allgemeinen und dem europäischen Nachrichtenmagazin cafebabel.com. Unser Dank gilt zudem der Jury. Die ehrenamtlichen Juroren aus Deutschland, Belarus und Bulgarien hatten die Qual der Wahl zwischen etlichen vielversprechenden Recherchevorhaben.

Ein besonderer Dank geht an den Moskauer n-ost-Korrespondenten Ulrich Heyden. Ohne seinen Impuls, sich mit dem Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus zu beschäftigen, hätte es das erste n-ost-Recherchestipendienprogramm nicht gegeben. Ebenfalls zu danken ist Charlotte Misselwitz, die während des Entstehungsprozesses der Reportagen im Sommer 2007 die Stipendiaten betreute und die Beiträge für diese Dokumentation redigierte.

Ohne einen Beitrag, der einen Gesamtüberblick über aktuelle rechtsextreme Tendenzen im östlichen Europa liefert und so die Ergebnisse der mit einem n-ost-Recherchestipendium geförderten Beiträge in einen Gesamtzusammenhang stellt, wäre diese Dokumentation unvollkommen gewesen. Wir sind froh, als Autor für diese Zusammenstellung Anton Maegerle gewonnen zu haben. Maegerle, der aus Schutzgründen nur unter diesem Pseudonym veröffentlicht, wurde 2007 mit dem Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen ausgezeichnet. Sein Privatarchiv gilt als eines der größten internationalen Archive zum Themenfeld Rechtsextremismus.

Uns Deutschen kommt auf Grund der historischen Verantwortung für nationalsozialistisches Unrecht eine besondere Verantwortung bei der Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen in der Gegenwart zu. Dazu brauchen wir fundierte Informationen. Die Stipendiaten des ersten n-ost-Recherchestipendienprogramms zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa legen mit ihren hintergründigen Beiträgen bewusst den Finger in Wunden. Gleichzeitig berichten sie vom Mut, von der Aufrichtigkeit und der Unermüdlichkeit vieler Menschen, die Demokratie und Buntheit im östlichen Europa leben. Die Geschichten wühlen auf - Journalismus, wie er sein sollte.

Berlin im Januar 2008

Dr. Martin Salm

Vorstandsvorsitzender Stiftung
„Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Andreas Metz / Christian Mihr

Netzwerk für Osteuropa-
Berichterstattung n-ost

Die Jury



DESISLAVA APOSTOLOVA

Redakteurin,
Zeitung Novinar/Sofia



DR. CHRISTIAN BÖHME

Chefredakteur,
Jüdische Allgemeine Zeitung/Berlin



STEFANIE BOLZEN

Redakteurin,
Die Welt/Berlin



OLJA MELNIK

Redakteurin,
Deutsche Welle – belaruss. Programm/Bonn



UWE RADA

Redakteur,
die taz/Berlin

Inhalt

Vorwort	1
Vorstellung der Jury & Medienpartner	4
Cigdem Akyol	6
Gaby Babić	12
Oliver Bilger	20
Wasja Budei	28
Aglaiia Dane	36
Saskia Drude	42
Annett Müller	48
Mia Raben	54
Cornelia Riedel	60
Wilhelm Siemers	66
Jutta Sommerbauer	70
Nina Stoffers	76
Andreas Strohfeldt	84
Stefan Tenner	94
River Tucker	100
Wioletta Weiß	106
Anton Maegerle	112
Verzeichnis der Veröffentlichungen	123
Weiterführende Literatur	124
Vorstellung n-ost	126
Vorstellung Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft	127
Impressum	128

Medienpartner

JÜDISCHE ALLGEMEINE
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN

cafébabel.com
DIE EUROPÄER-ZEITUNG

Cigdem Akyol

TOMSK: PUTIN ‚SÄUBERT‘ DEN RUSSISCHEN MARKT



Seit dem 1. April 2007 dürfen Ausländer in Russland keine Waren mehr auf dem Markt verkaufen. Der Tadschike Achmed ist einer von ihnen.

Achmed Ibrahimis sitzt auf einer Bank vor dem Haus der Völkerfreundschaft in Tomsk, einem Kulturtreffpunkt und raucht billige Bond-Zigaretten. Der Tadschike aus der Nähe von Duschanbe will eigentlich fort. Weg aus dem Land, in dem er sich so willkommen fühlt, wie eine Busladung Leprakranker. „Rassisten sind sie fast alle“, schimpft er. Aber nie fällt ein Name. Wer „alle“ sind, lässt sich nur erahnen. Er ist misstrauisch, denn in Russland hat die Intoleranz gegenüber Fremden ein ungekanntes Ausmaß erreicht. Neben der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit macht jetzt auch die Politik den Migranten das Leben schwer. Achmed fühlt sich im Stich gelassen. Denn seit dem 1. April 2007 ist in Russland Ausländern der Markthandel gesetzlich verboten. Seitdem hat Achmed sehr viel Zeit, denn auch er darf nicht mehr auf dem Zentralmarkt verkaufen, auf dem er sieben Jahre arbeitete. Achmed ist einer von etwa zwölf Millionen Migranten, die in Russland leben und arbeiten, etwa eine Million tadschikische Männer sind darunter – vor allem als Hilfsarbeiter. Das bedeutet, jeder dritte Tadschike im erwerbsfähigen Alter verdient sein Geld in Russland. Auch Achmed gehört zu den billigen Arbeitskräften aus dem Ausland, die Hochhäuser bauen, Straßen reparieren und bis vor kurzem auf den Märkten handelten.

Mit dem Verbot sollen mehr Arbeitsplätze für Russen geschaffen werden. Gleichzeitig wird aber die Angst vor einer vermeintlichen Überfremdung geschürt. „Rassisten sind sie fast alle“, murmelt Achmed immer wieder und zieht an seiner Zigarette. Der 45-Jährige ist groß und hat breite Schultern, seine schwieligen Hände zeugen von einem anstrengenden Leben und mit seinen braunen Augen schaut er müde. Seit 15 Jahren lebt er in Tomsk. Die ersten acht Jahre arbeitete er auf Baustellen, danach verkaufte er auf dem Zentralmarkt auf dem Lenin-Prospekt. Es war ein schlechter Job, über deutsche Selbstverständlichkeiten wie eine Krankenversicherung oder einen Pensionsanspruch kann er nur lachen. Jeden Tag stand er auf, fuhr mit der Elektryschka zu dem Markt und verkaufte dort Obst und Gemüse. Jeden Tag, von morgens um neun bis abends um sechs. Schweigsam und ernst stand er neben dem kleinen Holztisch, auf dem die Waren lagen. Keine Begrüßungsfloskeln, nur bei Stammkunden lächelte er. „Warum sollte ich lachen? Das Leben hier ist

Cigdem Akyol wurde 1978 in Herne geboren. Sie studierte Osteuropäische Geschichte und Völkerrecht in Köln. Anschließend besuchte sie die Berliner Journalistenschule. Seit 2006 arbeitet sie bei der taz. Akyol ist seit November 2007 Redakteurin im Gesellschaftsressort.





Cigdem Akyol

TOMSK: PUTIN ‚SÄUBERT‘ DEN RUSSISCHEN MARKT

hart“, sagt Achmed. Es gab bei ihm, wie an jedem Obst und Gemüsestand, von Gurken bis zu Melonen alles. Er beherrschte die Kunst des ausgewogenen Sortiments auf einem Stück Holz.

Nur Freitagmittag nahm und nimmt er sich auch heute noch eine kurze Auszeit und besucht das Gebet in der roten Moschee im tatarischen Viertel. Sein Leben rund um den Markt bezeichnet er als trostlos. Aber er hatte einen geregelten Alltag, der ihn zeitweise die Sehnsucht zu seiner Familie vergessen ließ. Seine Familie, das sind seine Frau und sein 16-jähriger Sohn. Der Wunsch, dass es sein Sohn besser haben soll, ist sein Antrieb. Ohne diese Zuversicht kein Aufstehen am Morgen, kein Durchhalten auf dem Markt, kein Glaube an die Rückkehr. Bis das Gesetz kam, welches ihm seine Arbeit nahm. Aber die russische Regierung ist kein Gegner, mit dem man es mal eben aufnimmt. Im Gegenteil: Man nimmt es eben so hin. „Ich sitze hier in Tomsk und hoffe“, sagt Achmed. „Hoffe darauf, dass ich endlich wieder arbeiten kann“. Denn seit er nicht mehr auf dem Markt verkaufen darf, kann er kein Geld mehr an seine Familie schicken. Er schlägt sich durch, kann für sich selber sorgen, aber auch in Tomsk werden Fremde nicht gerne eingestellt.

In der Sowjet-Zeit war Tomsk für Touristen eine verbotene Stadt – 16 km außerhalb befindet sich eine nukleare Forschungsstation, welche auf keiner Karte auftaucht. Heute ist dies kein Geheimnis mehr. Im Gegenteil, die USA finanzierte die Renovierung der Gebäude und Reaktoren zur Lagerung von radioaktiven Materialien und Herstellung von Plutonium. Wer hierhin will, fährt von Moskau aus entweder 52 Stunden und 3500 Kilometer mit der Transsibirischen Eisenbahn oder wagt einen Flug mit einer klapprigen Maschine, um in der endlosen Weite auszusteigen.

Tomsk ist eine Stadt wie in einer Zeitkonserve. Einerseits gibt es auf der Lenin-Straße Schicki-Micki-Geschäfte, die überteuerte Kleidung im Angebot haben. Andererseits ruckeln Trolleybusse auf den Straßen durch die Schlaglöcher. In den Seitenstraßen finden sich die charakteristischen sibirischen Holzhäuser, die bunt angemalt zwischen den Plattenbauten stehen. Die sonst in Russland so verbreiteten Bilder des Präsidenten Wladimir Putin sucht man vergebens in Tomsk. Dagegen hängt im polytechnischen Institut ein Gemälde von Michail Chodorkowski, dem Oligarchen, der wegen angeblicher Steuerhinterziehung im Gefängnis sitzt. Chodorkowski hatte die städtische Universität lange Zeit finanziell unterstützt, deswegen will man sich auch weiterhin an ihn erinnern.

Im Sommer treffen sich die Jugendlichen im Park. Die Frauen tragen Kleider, die etwas kürzer sind als ein Gürtel und etwas länger als gar nichts. An ihren Hälsen baumeln kleine Taschen, in denen sie ihre Handys aufbewahren. Dagegen wählen die meisten Männer als Garderobe einen schlichten Sportanzug. Wenn in Tomsk geheiratet wird, besuchen die Hochzeitsgesellschaften das gigantische Denkmal zur Erinnerung an

den Sieg über Hitlers Armeen. Wer die lachenden Paare vor den Tafeln mit den Namen der Kriegsgefallenen sieht, bekommt plötzlich eine Ahnung davon, wie paradox die Stimmung in Russland ist: Gerade das Land, welches einst gegen Hitler-Deutschland kämpfte, hat ein gewaltiges Rassismusproblem.

„Russland den Russen“

Denn nationalistisches Gedankengut ist in der russischen Bevölkerung weit verbreitet. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungszentrums „Lewada“ 2006 lehnten nur 28 Prozent die Aussage „Russland den Russen“ als faschistisch ab. Mehr als die Hälfte der Befragten sprach sich für die Umsetzung dieser fragwürdigen Lösung aus.

Ein Problem, mit dem Achmed jeden Tag konfrontiert wird. „Immer wieder sehe ich verächtliche Mienen“, sagt er, grinst vier Goldzähne frei und zündet eine Bond-Zigarette an. Warum er grinst? „Es hat doch keinen Sinn mehr, sich aufzuregen“, antwortet Achmed. Vielleicht kann man nur mit einer gewissen Gleichgültigkeit überleben. Angegriffen wurde er bisher noch nie, aber dafür umso häufiger beschimpft. „Verschwinde“ oder „Euch Ausländer muss man alle verjagen“ gehören da noch zu den harmloseren Sätzen. Durch Putins fragwürdige Marktwirtschaft fühlen sich die Fremdenfeinde bestärkt. Ein Vielvölkerstaat, der viele Völker ausschließt. Auch auf dem Tomsker Zentralmarkt sieht man keine Ausländer mehr, die dort arbeiten. Lediglich vor dem Haupteingang tummeln sich Kaukasier, die erst auf Nachfrage Handys hervorzücken und diese verkaufen. Sie werden nur geduldet, solange sie ihre „Geschäfte“ heimlich machen, solange sie sich verstecken. Spricht man die Gruppe an, reagiert sie zunächst misstrauisch.

Verübeln kann man es ihnen nicht, immerhin haben soziologische Umfragen des Instituts für sozial-politische Forschungen der Russländischen Akademie der Wissenschaften für 2004 und 2005 herausgefunden, dass bei 57 Prozent der Befragten Kaukasier allgemein „negative Reaktionen“ hervorrufen. Die Migranten wissen, dass sie nicht gewollt sind. Es vergeht kaum ein Tag in Russland, ohne dass neue rassistische Überfälle gemeldet werden. So kam es 2006 im nordrussischen Karelrien zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen dort lebende Kaukasier. Ein aufgebrachter Mob stürmte Marktstände und Läden, verwüstete oder zündete sie an. Im Mai 2007 wurde in Moskau ein Rechtsextremer gefasst, der 37 Morde an Kaukasier gestand. Der 18-jährige Berufsschüler begründete die Morde damit, dass er „die Stadt säubern“ wollte.

Achmed kann sich nicht erklären, woher diese Wut kommt. „Wir arbeiten doch hier und verhalten uns möglichst unauffällig“, sagt er ratlos. Er fühlt sich gedemütigt. Gedemütigt durch die Russen, die ihn nicht arbeiten lassen. Gedemütigt durch die Menschen, die ihn ignorieren, weil er ein Fremder ist. Menschen, die durch ihre Hautfarbe als Nicht-Russen erkennbar sind, Linke oder Homosexuelle – jeder der „anders“ ist, läuft Gefahr



Cigdem Akyol

TOMSK: PUTIN ‚SÄUBERT‘ DEN RUSSISCHEN MARKT

erstochen, erschlagen oder erschossen zu werden. Rassistische Überfälle nehmen in Russland seit Jahren zu. Das Moskauer Forschungsinstitut „Sowa“, das sich mit Fremdenfeindlichkeit befasst, zählte im letzten Jahr 541 rassistische Überfälle, bei denen 55 Menschen getötet wurden. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres starben zwischen St. Petersburg und Wladiwostok 36 Menschen bei Angriffen durch Rechtsextremisten. Diese Vorfälle sind lediglich Beispiele für ein landesweites Problem und gehören zu den Geschichten, die in die Öffentlichkeit dringen. Denn nicht alle Übergriffe finden Beachtung und nicht alle Betroffenen wenden sich an die Polizei. Die Dunkelziffer dürfte um ein vielfaches höher liegen. Lew Gudkow vom „Lewada-Zentrum“ verweist auf eine weitere gefährliche Tendenz: „Rassenhass von Jugendlichen wird ein Element der Subkultur.“

Ausländer als Sündenböcke

Wie ist so etwas möglich in einem Lande, das Millionen Opfer im Krieg gegen den Nationalsozialismus und durch den Stalinismus zu beklagen hat? Warum gibt es in einem Vielvölkerstaat eine so große Wut auf Fremde? Eine mögliche Antwort darauf gibt Wassilij Hanewitsch. „Die Russen haben nichts aus ihrer Geschichte gelernt“, sagt Hanewitsch, der Mitglied bei der Menschenrechtsorganisation Memorial in Tomsk ist. „Außerdem braucht unsere Gesellschaft immer einen Sündenbock“, so Hanewitsch und schiebt hinterher: „Das sind in der Regel immer die Ausländer“. Was dies für die Migranten in Russland bedeutet, will er nicht näher erläutern. Nur das: „In unserer Regierung sitzen keine Demokraten. Diejenigen, die unsere Politik beherrschen, geben dem rechtsextremen Pöbel auf der Straße noch Rückenwind“.

Worte, die auch von Anna Politkowskaja hätten sein können. Die ermordete, regimekritische Journalistin schrieb in einem ihrer letzten Artikel: „Würde morgen in Russland eine Revolution ähnlich der in Kirgisien und der Ukraine losbrechen, geschähe dies mit Sicherheit nicht in den Hauptstädten, sondern in der Provinz. An der Spitze der Opposition gegen das Putin-Regime stünden dann aber keine Demokraten, sondern ultrarechte russische Nationalisten.“

Auch Achmed fühlt sich als Sündenbock. Er hat Angst, dass der Hass größer wird. Weil er sich mit Gefühlen schwer tut, erzählt er einen russischen Witz, der seine Befürchtungen widerspiegelt: „Um das Totenbett eines Tadschiken versammeln sich die Verwandten. Da flüstert ein Greis: „Schützt die Juden! Ich flehe euch an - schützt die Juden!“ Als der Jüngste fragt: „Warum?, antwortet der Alte: „Wenn sie mit den Juden fertig sind, nehmen sie sich die Tadschiken vor“.





Gaby Babić

„FÜR DIE HEIMAT BEREIT“

In Kroatien verbreitet der populäre Folk-Rock-Star Thompson rechtsradikales Denken und hat es damit sogar zum Maskottchen der Armee gebracht.

Routiniert beginnt Marko Perković, genannt Thompson, jeden seiner Auftritte mit einem Aufruf ins Publikum: „Za dom!“ – „Für die Heimat!“. Seine Fans erwidern den Gruß der kroatischen Faschisten aus dem Zweiten Weltkrieg mit „Spremni!“ – „Bereit!“. Viele heben dabei den rechten Arm zum Nazi-Gruß. So auch am 17. Juni 2007, bei seinem größten Tourkonzert, im Dinamo-Fußballstadion der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Über 40.000 Fans waren gekommen, unter ihnen Jugendliche mit schwarzen Ustascha-Mützen, der militärischen Kopfbedeckung der kroatischen Faschisten, die für den Massenmord an Serben, Juden und Roma im Zweiten Weltkrieg verantwortlich sind.

Marko Perković ist Kroatiens erfolgreichster Folk-Rock Star. Er trägt mit Vorliebe schwarze Bühnen-Outfits. Sein Amulett, ein mittelalterlich anmutendes Kreuzmedaillon, trägt er bei jedem Auftritt um den Hals. Das Symbol seiner Welttournee „Es war einmal in Kroatien“ ist ein Schwert. Oft und gerne posiert er damit auf der Bühne. Die Waffe zielt, am Knauf umschlungen von einem Rosenkranz, die Plakate und das Promotionsmaterial der Tour. Der Rock-Star selbst nennt es das Schwert des „Friedens und der Liebe“. Symbole und Insignien aus der Zeit des mit den Nazis verbündeten, faschistischen Unabhängigen Staates Kroatien, auf kroatisch kurz NDH genannt, sind unter Thompson-Fans nicht unüblich. Unbehelligt werden T-Shirts mit dem Großbuchstaben „U“ getragen, dem Erkennungszeichen der Ustascha. Auch des Sängers Lieblingsfarbe schwarz ist eine Anleihe, gehörte sie doch zu deren Merkmalen.

Übertragung zur besten Sendezeit

Das kroatische Staatsfernsehen zensierte Thompsons Eröffnungsritual. Trotz internationaler Proteste übertrug es das Konzert aber zur besten Sendezeit. Efraim Zuroff, Direktor der Jerusalem Dependence des Simon Wiesenthal Zentrums, forderte den kroatischen Ministerpräsidenten Stjepan Mesić in einem Brief auf, Thompson-

Gaby Babić, 1976 geboren, studierte in Frankfurt und Paris Theater-, Film- und Medienwissenschaften, sowie Politologie und Germanistik. Sie war zwei Jahre Programmkoordinatorin am Goethe-Institut Sarajevo. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Konstanz. Ihre Spezialgebiete sind u.a. Antisemitismus und die Neue Rechte in Ex-Jugoslawien.





Konzerte in Zukunft verbieten zu lassen. Auch von der New York Times und der Herald Tribune kamen kritische Stimmen. Der Sänger mit seinen ultranationalistischen Texten ist in Kroatien jedoch kein neues Phänomen. Es begleitet den jungen Staat vielmehr seit seiner Gründung. Bereits 1991, mit Beginn des Kroatien-Krieges begann Thompsons Karriere mit dem Lied „Bataillon Čavoglave“, in dem er, damals selbst Soldat der kroatischen Armee, zum Kampf gegen die serbischen Tschetniks aufrief. Das mit einfachsten Mitteln produzierte dazugehörige Video, in dem Thompson in voller Soldaten-Montur mit seinen Bataillonskameraden zu sehen ist, erlangte in Kroatien Kultstatus und wurde von der Regierung als Propaganda-Instrument eingesetzt. Thompson wurde zum Maskottchen der kroatischen Armee.

Auch Marko Perkovićs ‚Künstler‘name ist militärischer Herkunft. Thompson ist der Markenname einer alten britischen Maschinenpistole, die ihm damals als jungen Soldaten zugeteilt wurde, weil er, so geht die Legende, bei der Waffenverteilung zu spät kam.

War es in den Nachkriegsjahren zunächst etwas ruhiger um den Barden geworden, so inszeniert er sich seit 2002 mit erscheinen seines Albums „Oh, mein Volk“ umso konsequenter als Sprachrohr des einfachen kroatischen „Volkes“. In seinen Liedern setzt sich dieses aus den Helden des „Heimatkrieges“, deren Müttern, den katholischen Gläubigen und manchmal einfach aus „den Armen“ ganz allgemein zusammen. Die Unabhängigkeit Kroatiens tituliert der Sänger in seinen Texten zum „tausendjährigen Traum“, die Heimat ist ihm „heilig“, „Mutter und Kind“ zugleich, wobei die Träume des Volkes von „Judas Söhnen verraten“ wurden. In seinen Texten mischen sich verschwörungstheoretische und fremdenfeindliche Motive eines Volkes das von „dunklen Kräften“ bedroht ist mit Heilsverkündungen, Errettungsphantasien und dem Totengedenken an die gefallenen Kameraden.

Regierung distanziert sich halbherzig

Die immense Popularität des Sängers passt nicht so recht in das Bild eines modernen Kroatiens, das sich auf dem

besten Weg in die EU befindet. So versucht auch die Regierung zu intervenieren. Sie veröffentlichte zwei Tage nach dem Konzert im Juni 2007 eine Erklärung, mit der umständlichen Formulierung „Die Regierung lehnt Versuche der Benutzung und Betonung von Zeichen und Grüßen aus der Zeit des faschistischen Regimes ab“. Die Stellungnahme wirkt unbedarft und halbherzig, nicht nur, weil das Konzert nicht explizit benannt wird. Zahlreiche Generäle und Politiker und allen voran der kroatische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Sport, Dragan Primorac, sind begeisterte Thompson-Fans, die regelmäßig in der VIP-Lounge seiner Konzerte anzutreffen sind und für die Boulevard-Presse posieren.

Für die konservative Regierung hat die Popularität des Sängers eine klare tagespolitische Dimension. Seine Anhänger sind zahlreich, folglich auch die Wählerstimmen, die es rechts von der Mitte zu gewinnen gilt. So

Gaby Babić

„FÜR DIE HEIMAT BEREIT“

erklärte etwa die damalige Staatssekretärin und als mögliche Außenministerin gehandelte HDZ-Frau Marija Pejcinović Burić in einem Interview für die Tageszeitung Jutarnji list, sie verstehe die Gefühle, die viele Kroaten für Thompson hegen würden. Auf ihre Position zu einem generellen Verbot von Ustascha-Symbolen hin gefragt, fordert Pejcinović Burić ein Verbot aller Symbole totalitärer Systeme. „Mich schockiert es am meisten, wenn sich heutzutage jemand mit ‚Genossinnen und Genossen‘ an ein Publikum“, wendet, so die Politikerin. Argumentativ folgt sie dabei einer populistischen Rhetorik, die den politischen Diskurs in Kroatien prägt: Eine kritische Aufarbeitung der eigenen faschistischen Vergangenheit und deren Kontinuitäten in der Gegenwart soll mit Verweisen auf den kommunistischen Totalitarismus verhindert werden.

Aber das rechte Wählerspektrum ist in Kroatien entscheidend. Eben solche Gleichsetzungen von Faschismus, Antifaschismus und Kommunismus legitimieren rechte Ressentiments. Dabei geht es nicht nur um die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, sondern auch um den „Heimatkrieg“ gegen den „großserbischen Aggressor“ in den 90er Jahren; um die bis heute von der Mehrheit der Bevölkerung geleugneten Verbrechen von Seiten der kroatischen Armee. So ist Thomson einer der prominentesten Unterstützer des wegen Kriegsverbrechen angeklagten kroatischen Generals Ante Gotovina. „Ihr habt unsere Großen verraten und die Söhne, die uns die Mütter gegeben haben“, singt er in einem seiner Lieder und macht sich damit zum Anwalt eines Heroenkults um Gotovina, der gesellschaftlich breit getragen wird.





Drago Pisel, Journalist bei der Tageszeitung *Novi list*, möchte das Phänomen Thompson nicht überbewerten. Pisel gibt in seinen Texten, in denen er kritisch über Thompson, die problematische Rolle der katholischen Kirche in Kroatien und ähnlich heikle Themen schreibt, offen zu, selbst aus einer Ustascha-Familie zu kommen. In seiner Jugend habe er unter dem Bild Ante Pavelićs, dem kroatischen Faschistenführer aus dem Zweiten Weltkrieg, geschlafen. Heute ist Pisel überzeugter Sozialdemokrat und sieht das Phänomen Thompson eher gelassen. Den Folk-Rocker würde im Grunde genommen nur der Volksmusiksender *Narodni radio* spielen und an diesem Sender hätte schließlich Thompson selbst finanzielle Anteile. Zagreber hätte es bei dem Konzert nur sehr wenige im Publikum gegeben, so Pisel. In der Mitte der Gesellschaft hätte solches Gedankengut keine wirkliche Unterstützung.

Kritische journalistische Stimmen existieren zwar und kontrastieren die überwiegend positive Berichterstattung über den Sänger, jedoch sucht man in Kroatien vergeblich nach Bürgerinitiativen oder politischem Aktivismus gegen die Konzerte. Die Übertragung im Staatsfernsehen war ein massenmedial inszeniertes Spektakel, ein deutliches Zeichen für die Verankerung des Phänomens in der kroatischen Mainstreamkultur. Diese ist offensichtlich viel nationalistischer, als von öffentlich-politischer Seite zugegeben wird. Zudem gibt das größte Produktionshaus des Landes, *Croatia Records*, Thompsons CDs heraus. Mit Protesten reagieren einzig die jüdischen Gemeinden und die lokalen antifaschistischen Jugendverbände.

Vereinigung junger Antifaschisten

Mario Šimunković vertritt einen solchen Verein, ein junger Student der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Zagreb. Er ist Präsident der Vereinigung junger Antifaschisten in der Hauptstadt, die etwa 50 Mitglieder zählt. Das Büro der Jugendorganisation befindet sich in einer alten, etwas heruntergekommenen Zagreber Villa. Ein Stockwerk höher liegen Büros der antifaschistischen Veteranen des Zweiten Weltkriegs. In den Vitrinen im Flur sind Glückwunschbriefe ausgestellt, noch von Josip Broz Tito höchstpersönlich unterschrieben. Sich zum Antifaschismus in der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien zu bekennen, war gesellschaftlicher Konsens. Aber die Villa beherbergt auch ganz anderes Klientel. Im Erdgeschoss ist die Vereinigung der Kriegsinvaliden aus dem letzten Krieg untergebracht. Hier hängen Plakate an den Wänden, auf denen Staatsgründer Franjo Tuđman zu sehen ist, wie er die kroatische Fahne küsst. Staatsideologien, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten, prallen aufeinander: hier das Erbe eines halben Jahrhunderts sozialistischen Jugoslawiens, das auf dem Antifaschismus fußte, dort der unabhängige Staat Kroatien unter Tuđmans nationalistischer Führung, der mit dieser Tradition brach.

Marijo bedauert, dass in den ausländischen Medien das Bild entstanden ist, Thompson würde nur den kroatischen Juden ein Dorn im Auge sein. Seine Vereinigung hatte Thompsons Zagreber Konzert zum Anlass genommen, um eine Pressekonferenz gegen den Sänger zu veranstalten. Auf die Ustascha-Symbole, so

Gaby Babić

„FÜR DIE HEIMAT BEREIT“

Mario, würden überwiegend Jugendliche „abfahren“, 14- bis 16-Jährige, die Kinder von Kriegsveteranen des Kroatien-Krieges. Mario versucht zu vermitteln. Er sagt, die Staatgründung im Zuge des „Heimatkrieges“ in den 90er Jahren dürfe nicht in Frage gestellt werden, aber die jungen Menschen würden nicht wissen, was für Symbole sie da eigentlich tragen „Die denken einfach, das wäre cool“.

Nach Verboten rufen Antifaschisten, jüdische Gemeinden und internationale Akteure bisher vergeblich. Dass diese in demokratischen Staaten möglich sind, machten die Niederlande 2002 vor. Damals wurden Perković, der unter Diaspora-Kroaten seine größte Fangemeinde hat, Auftritte in Amsterdam und Rotterdam untersagt. In Frankfurt konnte er jedoch trotz der Proteste der Anti-Nazi-Koordinationsstelle, des DGB und der lokalen SPD im April 2007 ein Konzert geben.

Im Nachbarland Kroatiens, Bosnien-Herzegowina, hat der Sänger in den kroatisch dominierten Kantonen des Landes, besonders in der West-Herzegowina viele Anhänger. Die Hauptstadt des Landes, Sarajevo, galt unter den Städten Jugoslawiens als Musterbeispiel für kulturell-religiöse Vielfalt und Toleranz – Sarajevo sieht sich als ehemalige Partisanen-Hochburg einer antifaschistischen Tradition verbunden. Kein Wunder folglich, dass ein für den 10. Mai 2007 in der Sarajevoer Olympiahalle Zetra anberaumtes Konzert Thompsons zu heftigen Protesten führte. Zunächst aus der Jüdischen Gemeinde Bosnien-Herzegowinas heraus, dann auch aus dem Verband der ehemaligen Lagerhäftlinge des Bosnien-Krieges, aus der Islamischen Gemeinschaft und von jungen Sozialdemokraten des Landes.

Die Ankündigung des Konzerts „haben wir als Provokation wahrgenommen“, erklärt Boris Kožemjakin, Präsident der Jüdischen Gemeinde Sarajevo, „folglich haben wir an die städtischen



Mario Šimunković (oben); Boris Kožemjakin (unten)





Gaby Babić

„FÜR DIE HEIMAT BEREIT“

Autoritäten appelliert, das Konzert zu verhindern“. Kožemjakin ist selbst das Kind einer Überlebenden, die in einem Ustascha-Lager interniert war. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Sarajevo eine stark jüdisch geprägte Stadt, jeder zehnte Einwohner gehörte damals der jüdischen Gemeinde an. Von über 10.000 Sarajevoer Juden überlebten nur etwa 1.000 die Vernichtungspolitik der Nazis und ihrer Ustascha-Kollaborateure. Neben der inakzeptablen Ikonographie, derer sich viele seiner Fans bedienen würden, sei bekannt, so Kožemjakin, dass Thompson zwar nicht auf seinen CDs aber auf öffentlichen Veranstaltungen in der Vergangenheit pro-faschistische und ustaschoide Lieder gesungen habe, etwa das Lied „Jasenovac i Gradiška Stara“.

Der Titel des Liedes bezieht sich auf zwei von den Ustascha geführte Konzentrationslager, in denen im Zweiten Weltkrieg vor allem Serben, Juden und Roma ermordet wurden, insgesamt etwa 100.000 Menschen. Thompson leugnet heute öffentlich, dieses Lied je gesungen zu haben. Auf Youtube ist das Machwerk als Konzertmitschnitt schnell gefunden. Der Liedtext beschwört die Rückkehr der „schwarzen Legion“, eine Sondereinheit der Ustascha, verherrlicht Massaker an Serben und verhöhnt auf übelste Weise den Präsident Kroatiens, Stjepan Mesić.

Svetlana Broz, eine Enkelin des Staatsgründers Jugoslawiens, Josip Broz Tito, zählte zu den prominentesten Gegnerinnen des Thompson-Konzerts in Sarajevo. Broz wurde als Ärztin Zeugin des Krieges in Bosnien. Nach ihrem humanitären Engagement als Kardiologin wurde sie später Direktorin der Sarajevoer Zweigstelle der Nichtregierungsorganisation GARIWO (Garden of the Righteous world wide). Die NGO organisiert Seminare und Workshops zur Entwicklung von Zivilcourage, vor allem unter Jugendlichen in Bosnien und der Region.

In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk aus Jugendlichen mit denen ihre NGO zusammenarbeitet, lancierte Broz einen offenen Protestbrief gegen das geplante Konzert. Zivilgesellschaftlich-politische Aufklärung von Jugendlichen, so Broz, sei das einzige effektive Mittel im Kampf „gegen negative Autoritäten“. „In den letzten 20 Jahren gab es in der Gesellschaft und der Region in der wir leben so viele negative Phänomene, dass kein Bewohner des West-Balkans das moralische Recht hat, angesichts solcher Phänomene die Augen zu verschließen. (...) Wir müssen wach bleiben. Und die schwierige Frage ist die, nach der Möglichkeit, dieses moralische und kritische Bewusstsein zu schärfen.“

Broz sieht den revisionistisch-rechten Diskurs Thompsons im gesamtregionalen Kontext. Die Gesellschaften der ex-jugoslawischen Teilstaaten würden die Verantwortung für die je eigenen Verbrechen nicht übernehmen und sich stattdessen selbst als alleinige Opfer stilisieren. Und das bezieht Broz nicht nur auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Für Serbien gelte in Bezug auf Srebrenica, Vukovar, Sarajevo und andere Orte von Kriegsverbrechen die gleiche Strategie der Leugnung und Verantwortungslosigkeit. Der in Jugoslawien tradierte Antifaschismus sei im Zuge des Staatszerfalls durch nationalistische Ideologien ersetzt worden.

Marko Perkovićs Popularität speist sich derweil aus eben der Aktivierung einer reaktionär-mythischen Sprache und Symbolik. Ihre Popularität ist seit der Tadjman-Ära ungetrübt. Der Mittelalterkitsch von Schwert über Frakturschrift zu Runenzeichen zeugt dabei nicht nur von schlechtem Geschmack. Er ist auch Ausdruck einer gesellschaftlich tief sitzenden patriarchalischen Tradition, zu deren Prediger sich der Sänger stilisiert. Die Formel „Gott, Familie und Vaterland“ ist das pathologische Symptom einer Gesellschaft, die sich weigert, sich den eigenen Verbrechen während des Ustascha-Regimes zu stellen und faschistoid-nostalgische Tendenzen zu überwinden. Damit zusammen hängt auch die Weigerung eines großen Teils der kroatischen Gesellschaft, eigene Kriegsverbrechen während des Kroatien- und Bosnien-Krieges einzusehen. Das eine bedingt das andere. Solange mit Verweis auf den kommunistischen Totalitarismus antifaschistische Werte delegitimiert werden, bleibt die nötige vergangenheitspolitische Kehrtwende aus.

Rassistische Ideologien klar zu verurteilen, über Genozid und die Shoah ausführlich in den Schulen zu unterrichten, so genannte „ethnische Säuberungen“ zu verurteilen, das wären die notwendigen Schritte, die in Kroatien erst noch zum gesellschaftlichen Konsens werden müssen.



Perković-Fans (oben); Svetlana Broz (unten)



Oliver Bilger

GEFÄHRLICHES AUSLANDSSTUDIUM



Nach mehreren Übergriffen auf ausländische Studenten wurde die zentralrussische Stadt Woronesch im Jahre 2005 als Hauptstadt des russischen Rassismus bezeichnet. Viel hat sich seitdem nicht geändert.

Mit Metallknüppeln und Messern fielen sie über ihn her. Wenig später war Enrique Arturo Angeles Hurtado tot. Totgeprügelt. Seine gebräunte Haut und die fremden Gesichtszüge kosteten dem Peruaner an einem Sonntagnachmittag Anfang Oktober 2005 das Leben. Zwischen Eichen und Birken, unweit der zentralrussischen Provinzstadt Woronesch, griff eine Horde von knapp 20 russischen Jugendlichen den Studenten der Architekturhochschule und drei seiner Freunde beim Spazieren an. Als der 18-Jährige blutend im Gras lag, holten vorbeilaufende Jogger Alexander Ivanow zu Hilfe. Der verleiht auf dem nur vier Fußminuten entfernten Sportpark „Olimpik“ damals wie heute Rollschuhe im Sommer und Langlauf-Ski im Winter. Als der 38-Jährige die Waldlichtung erreichte, sah er die Skinheads noch flüchten. Gegen vier Uhr rief Ivanow Polizei und Ambulanz. Doch niemand kam. 50 Minuten später wählte er die Notrufnummern 02 und 03 erneut. Anderthalb Stunden dauerte es, bis der Rettungswagen eintraf, erinnert sich der Augenzeuge. Hurtados peruanischer Kumpel, ein Spanier und ein Russe überlebten verletzt. Der 18-Jährige hatte keine Chance. „Ich hasse Faschisten“, sagt Ivanow zwei Jahre nach der grausamen Tat.

Bis vor ein paar Wochen erinnerte noch ein Gedenkkranz an den Peruaner, doch der muss – so vermutet Ivanow – irgendwann entsorgt worden sein. Vergessen ist der ermordete Gaststudent aber keineswegs. Das Sportgelände mit zertrampeltem Rasenfeld, Fußballtoren ohne Netz und kilometerlangen Lauf- und Skirouten durch den Wald liegt knapp 20 Busminuten vom Zentrum entfernt. Auf vier Spuren rasen Autos den Moskowskij Prospekt stadtauswärts in Richtung Hauptstadt, gut 500 Kilometer nördlich. Anwohner antworten auf die Frage nach „Olimpik“ mit ahnungslosen Blicken, fällt der Name Hurtado, weisen sie sofort den Weg. Die Menschen kennen das traurige Ereignis, das sich gerade zum zweiten Mal gejährt hat. Im Jahr davor hatten Rassisten einen 24 Jahre alten Medizinstudenten aus dem westafrikanischen Guinea-Bissau in der Innenstadt erstochen. Im April 2006 starb ein Russe mit vietnamesischen Wurzeln nach einem Angriff

Oliver Bilger wurde 1980 geboren. Er studierte Publizistik und Politikwissenschaft in Mainz, Zürich und London. Dort arbeitete er auch ein Jahr als freier Journalist. Er schrieb für Medien wie die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, dpa, Tagesspiegel oder Spiegel Online. Seit Oktober 2007 ist er Redakteur der Moskauer Deutschen Zeitung.





Oliver Bilger

GEFÄHRLICHES AUSLANDSSTUDIUM

mehrerer Schüler ebenfalls im Verwaltungsbezirk Woronesch. Bei sieben weiteren getöteten Ausländern in den vergangenen Jahren habe es sich nicht um rassistische Taten gehandelt – heißt es offiziell.

Das fast 900.000 Einwohner zählende Woronesch, in dem der Zar Peter der Große einst die russische Flotte bauen ließ, erklärten Journalisten 2005 zur Hauptstadt des russischen Fremdenhasses. Auf den knappen drei Seiten, den der aktuelle Lonely Planet-Reiseführer der Großstadt im Schwarzerdegebiet einräumt, heißt es, Ausländer sollten „besonders auf der Hut“ sein. Auf die Morde folgte der Versuch, die Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Die Bemühungen reichen jedoch nicht aus. Rassismus ist ein großes Problem – nicht nur in Woronesch, sondern in ganz Russland.

Das Moskauer Sowa-Zentrum, das Nationalismus und Rassismus untersucht, legte im August 2007 eine erschreckende Statistik vor. Landesweit zählte Sowa 310 Opfer rassistischer Attacken und 37 Todesopfer in den ersten sieben Monaten 2007. Im gleichen Zeitraum 2006 registrierte Sowa 252 Opfer und 21 Todesfälle. Die Opferzahl hat sich also stark erhöht; die Verbrechen sind brutaler geworden, heißt es. Moskau führt die Statistik an, es folgen St. Petersburg und Nischnij Nowgorod. „Das Problem des Rassismus“, heißt es im aktuellen Menschenrechtsbericht von Amnesty International, „wurde von staatlicher Seite nicht wirklich ernsthaft angegangen“. Zwar sei ein größeres Bemühen der Behörden bei der Strafverfolgung zu erkennen, „das ganze Ausmaß des Problems wurde jedoch weiterhin unterschätzt.“

In Woronesch, das nach wie vor zu den Rassismus-Hochburgen zählt, gebe es pro Jahr „50 bis 60 Angriffe“ auf Ausländer, schätzt der Politologe und Anti-Rassismus-Aktivist Alexej Koslow, der die Entwicklung seit zehn Jahren beobachtet. Die Darstellung als Hauptstadt des russischen Rassismus lehnt er hingegen ab: Ausländerfeindlichkeit sei in Woronesch nicht stärker als in anderen großen russischen Städten.

Unterwegs nur in Gruppen

Gefährlich leben vor allem jene, denen ihre fremde Herkunft anzusehen ist: Afrikaner, Asiaten, Araber, Südamerikaner. Doch auch Studenten aus Frankreich und Österreich wurden überfallen. Und Hochschülern aus Deutschland raten die Universitäten zur Vorsicht, erzählt der angehende Mediziner Erwin Grušić aus Berlin: „Mir wurde empfohlen nur in Gruppen unterwegs zu sein.“ Dabei hat die Zahl der Gaststudenten jüngst sogar zugenommen: Waren 2005 noch 602 Studenten allein an der Staatlichen Universität eingeschrieben, kamen im vergangenen Jahr 655. Insgesamt sind knapp 1600 Ausländer an 17 Hochschulen registriert.

Viele ausländische Hochschüler leben wie auf einer Insel: Sie bewegen sich zwischen Hörsälen, Campus und ihrem Zimmer im Studentenheim. Zu dritt wohnen sie dort auf wenigen Quadratmetern Sowjetcharme: Wuchtige,

braune Cordsofas thronen auf dem ockerfarbenen Teppich mit Blumenmuster, hinter der Eingangstür brummt ein alter Kühlschrank. In einem Zimmer zieren ein Bob Marley-Poster und eine schwarzhaarige Bikinischönheit die blassgemusterte Tapete. Von der Wand daneben blickt Robert Mugabe streng auf die Studenten, darunter surren moderne PCs und im Fernsehen wird die englische Fußballliga übertragen. Die Satellitenschüsseln, die außen zuhauf an der Backsteinwand hängen, machen den Kontakt zur Heimat aber auch zur Außenwelt möglich. Denn bestimmte Orte im Zentrum meiden viele lieber – besonders nachts. Sie gehen nicht ans Ufer des gestauten Flusses Woronesch, der die Stadt in zwei Hälften teilt, und wo russische Jugendliche in ihren Ladas Bier trinken oder im Gebüsch hocken und Haschisch rauchen. Auch am zentralen Lenin-Platz, zwischen der klotzigen Regionalverwaltung und dem Balletttheater, wo Einheimische am Denkmal ihres Revolutionsführers sitzen, sind keine Ausländer zu sehen. Gehen sie zum Puppentheater oder dem Siegesplatz, auf dem sich eine Betonsäule zum Sieg im Zweiten Weltkrieg in den Himmel reckt, dann nicht alleine. Es gibt Clubs, Diskotheken oder das Kinotheater Spartak, in die Ausländer nicht gehen, weil es dort für sie zu gefährlich ist. In andere lassen sie die Türsteher erst gar nicht hinein.

„Die Stadt ist schön“, sagt Edgard Zeote, „aber die Atmosphäre ist unangenehm“. Der 28-jährige Literaturstudent aus der Zentralafrikanischen Republik lebt bereits seit sieben Jahren hier. Obwohl er einige Russen zu seinen Freunden zähle, fühle er sich nicht wirklich integriert. Cisse Mohamed aus Guinea meint, für ihn und



Oliver Bilger

GEFÄHRLICHES AUSLANDSSTUDIUM



Jeffrey Makumbe (oben); russische Kinder (unten) ...



seine Studienkollegen bestehe „immer Gefahr“. Schlägereien seien „typisch“, viele lebten „in Angst“ und „versuchen ihr Studium zu überleben“. Der 27 Jahre alte Gilbert aus Kenia will deshalb so schnell wie möglich weg und andernorts studieren. Wo genau, das will er ebenso wenig verraten, wie seinen Nachnamen. Vor sieben Monaten kam er nach Russland, aus den selben Gründen, wie die meisten anderen Studenten: Sie wollen eine gute Qualifikation, für einen Job in ihrer Heimat. Zudem ist das Studium in Woronesch mit rund 1300 Euro Gebühren pro Jahr nicht so teuer wie in den russischen Metropolen. Schon zu Sowjetzeiten studierten viele Ausländer in der damals blühenden Industriestadt: Mehr als 14.000 Studenten aus 126 Ländern kamen seit 1963 nach Woronesch, die ersten aus der DDR. Schon damals waren die Fremden ausgegrenzt.

Gilbert hat Woronesch in Gedanken bereits verlassen. „Hier ist es nicht sicher“, fürchtet sich der Student der Computerwissenschaft. Er und seine Kommilitonen berichten von diversen rassistischen Übergriffen: Von Schlägereien und Menschen, die ihnen auf der Straße „Affe“ hinterherrufen. Jemand hat den Kenianer mal wegen seiner Hautfarbe gefragt, wo er sich denn verbrannt habe. Andere seien ausgeraubt oder mit Backsteinen und Bierflaschen beworfen worden. „Frauen werden nicht angegriffen“, erklärt die 21-jährige Indonesierin Zehan, sie merke aber sehr wohl, wie Russen hinter ihrem Rücken tuscheln.

Jeffrey Makumbe saß im Sommer mit seiner Freundin, einer Russin, zusammen, knapp 400 Meter entfernt von seinem Wohnheim Nummer 7 am Stadtrand, als sechs junge Russen dem 30-Jährigen plötzlich eine Flasche über den Hinterkopf schlugen und riefen: „Verschwinde! Das ist ein Land für Weiße!“ Ein Jahr noch, dann möchte Makumbe sein Journalismus-Diplom in den Händen halten. Sogleich will er „zurück in die Heimat gehen und nicht mehr zurück kommen“.

„Manchmal hilft die Miliz, manchmal nicht“

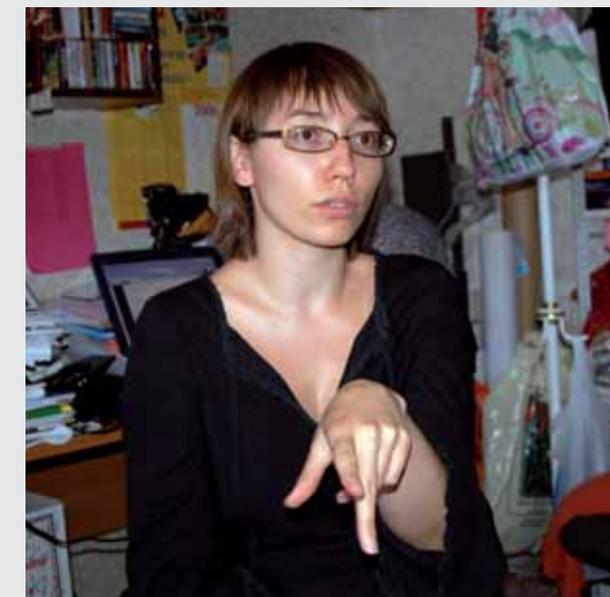
Zur Polizei gehen die Studenten nur selten. „Manchmal hilft die Miliz, manchmal nicht“, beschreibt Edgard Zeote das Misstrauen gegen die Ordnungshüter. Oft würden Studenten von den Milizionären eingeschüchtert. In den vergangenen Jahren habe sich „die Situation ein bisschen verbessert“, so Zeote. Davor sei es sogar gefährlich gewesen, direkt vor dem Wohnheim zu sitzen. Heute bewachen Polizisten seine Unterkunft, wohnen sogar im selben Haus.

Dies ist eine der Maßnahmen, die allerdings erst nach Hurtados Tod ergriffen wurden. Zunächst spielten Behörden ein fremdenfeindliches Motiv herunter, um dem Image der Stadt nicht zu schaden, schließlich sollen Investoren angelockt werden. Auch heute noch verharmlosen Behörden rassistische Taten oft als Rowdytum. Die peruanische Botschaft in Moskau wollte ihren Landsleuten vor zwei Jahren empfehlen, kein Studium in Russland aufzunehmen. Das russische Bildungsministerium soll sogar in Betracht gezogen haben, die Fakultät für Auslandsstudenten zu schließen, auch der Deutsche Akademische Austauschdienst sorgte sich um die Sicherheit seiner Hochschüler. Nach vehementem Protest von ausländischen Studierenden setzten die Behörden einen Rat zu ihrem Schutz ein. Es gab Konzerte sowie Fußballpartien für und Vorlesungen über Toleranz. Hochschulen und Polizei erarbeiteten eine Broschüre mit Sicherheitshinweisen.

Die Bemühungen der jüngsten Vergangenheit sind dennoch nicht mehr als erste Schritte. Und werden zudem unterschiedlich beurteilt. Insgesamt, so sagen die Bewohner, sei Woronesch für das Problem stärker sensibilisiert, Medien würden heute häufiger über rassistische Zwischenfälle berichten. Im Kampf gegen die Fremdenfeindlichkeit sei die Stadt schon „sehr viel



Alexey Koslow (oben); Anastassja Nikitina (unten)





weiter gekommen“, findet Menschenrechtsaktivist Koslow. Die Gewalt habe in den vergangenen zwei Jahren abgenommen, rechte Gruppen seien aber noch immer sehr stark. Der Guineaner Cisse Mohamed klagt dagegen, die Stadtverwaltung benehme sich weiter schlecht gegenüber Ausländern. Dort interessiere man sich nur nach Prügeleien und Morden für sie. Sofia Granowskaja, die Sprecherin der örtlichen Miliz, lobt hingegen die gute Zusammenarbeit mit Universitäten und Studenten. Dann macht sie eine bemerkenswerte Aussage: In den vergangenen Monaten habe es gar keine Vorfälle mit fremdenfeindlichem Hintergrund gegeben. Bürger und Medien berichten Gegenteiliges.

Als „ineffektiv“ kritisiert Anastasia Nikitina die Arbeit der Miliz. Die 24-Jährige ist Programmdirektorin der Menschenrechtsorganisation Youth Human Rights Movement (YHRM). Das Netzwerk besteht seit 1998 in Woronesch und ist auch international tätig, unterhält ebenfalls ein Büro in Berlin. Am Gründungsort kämpfen 15 Leute Anfang bis Mitte 20 für Menschenrechte und gegen Faschismus. Die Verwaltung interessiere sich nicht genug für die Ausländer, lautet ihr Vorwurf. Der einberufene Rat habe keinen Wandel herbeigeführt.

In der Bevölkerung will Nikitina inzwischen eine Resignation ausgemacht haben. „Die Leute haben die Schnauze voll“, sagt sie, „niemand ist mehr interessiert“. Der erste rassistische Mord habe einen Skandal ausgelöst, die zweite tödliche Tat jedoch habe gezeigt, dass alle Bemühungen wirkungslos waren. Seit Ende 2005 seien Universitäten, Behörden und Einwohner „müde, weil sich nichts verändert hat“. Dabei reiche ein einziges Jahr nicht aus für einen Wandel, so Nikitina. Die fehlende Unterstützung in der Bevölkerung sei das größte Problem, erklärt auch Andreij Jurow, mit 39 Jahren der Ehrenpräsident von YHRM. Rassismus sei tief in der Mentalität der Menschen verwurzelt, Gewaltverbrechen nur die Spitze des Eisberges.

Arbeitslosigkeit und Alkohol

Solche Straftaten begehen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Oft leiden sie unter einer miserablen Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Armut, nicht selten in Verbindung mit Alkohol. Ihnen fehle es an interkultureller Erfahrung, sagt Jurij Epifantsew, Direktor für internationale Kooperationen an der Staatlichen Universität. „Viele sehen zum ersten Mal einen Afrikaner.“ Getrieben von Perspektivlosigkeit und Sozialneid attackieren sie die Ausländer, analysiert YHRM-Ehrenpräsident Jurow: „Die Jugendlichen suchen nach einem Feind, dem sie die Schuld für ihre Probleme geben.“ Dabei ist nicht immer fehlende Bildung der Grund: Einer von Hurtados Angreifern war dessen Kommilitone. Rassismusexperte Koslow kennt einen Lösungsvorschlag: Gegen die mangelnde Bildung müssten Schulen mehr über Rassismus und Holocaust lehren. Es gebe da noch große Lücken im Lehrplan. Immerhin gibt es erste Projekte bei denen Afrikaner Schulen und Kinderheime besuchen, um, wie Epifantsew schildert, zu zeigen, „dass sie ganz normale Menschen sind“.

Oliver Bilger

GEFÄHRLICHES AUSLANDSSTUDIUM

Begegnung mit Fremden will auch die Freiwilligenorganisation Passage Zebra ermöglichen. Seit zehn Jahren fördert der Jugendverband internationalen Austausch: Mal wird Flamenco-Tanz unterrichtet, mal ein anderssprachiger Film gezeigt, mal ein Straßenfest mit unbekanntem Musikklängen und unbekanntem Speisen organisiert. Direktorin Milana Fuhrmann freut sich, dass Hochschulen und Stadtverwaltung ihre Aktionen zunehmend unterstützen – allerdings erst nach den Morden der vergangenen Jahre. Im August haben junge Erwachsene aus den USA, Frankreich, Spanien und Deutschland Sitzbänke vor grauen Wohnburgen zusammenschraubt und bemalt: rot, gelb, grün, blau; mit Sternen, Gänseblümchen, Bärenspuren und einer grinsenden Raupe. „Wir wollen so einen ersten Kontakt zwischen Ausländern und den Anwohnern herstellen“, erklärt Fuhrmann. Gerade für den Nachwuchs aus der Nachbarschaft sei dies wichtig, hätten viele doch noch nie eine andere Sprache als die eigene gehört. Nach und nach seien immer mehr interessierte Kinder aus den Plattenbauten gekommen, ihre Eltern verliehen Werkzeuge. Zufrieden ist die 28-Jährige jedoch noch nicht: Damit sich ein Mord wie der an Hurtado nicht wiederholt, gebe es noch viel zu tun, sagt Fuhrmann, „noch sehr sehr viel“.



*Wasja Budej*

AUFMARSCH ZWISCHEN KIRCHE & FUSSBALLPLATZ

Die rechtsradikale Partei „Noua Dreapta“ erfreut sich in Rumänien einer breiten Akzeptanz, auch bei der Kirche. Gegenorganisationen haben es schwer.

Wieder wütend fluchende Anwohner, wieder der „Marsch der Normalen“ durch die Bukarester Straßen, wieder Großeinsatz der Polizei. Das Gayfest ist in der Stadt. Nun schon zum dritten Mal. Unterstützt von Orthodoxer Kirche, nationalistischen Verbänden und rechten Populisten wie Gigi Becali brachte die Noua Dreapta (ND, dt. Neue Rechte) mit dem Slogan „Rumänien ist kein Sodom. Gegen Homosexualität, für Normalität“ am Morgen des 9. Juni 2007 etwa 1000 Anhänger und Sympathisanten auf die Straße, um gegen das Gayfest am Nachmittag zu protestieren. Wieder wurde die Demonstration für die Rechte Schwuler, Lesben und Transsexueller mit Steinen und anderen Wurfgeschossen angegriffen, wieder berichtete die Presse live von Ausschreitungen und von mehr als 100 Festnahmen. Nur eines war neu:

Der im Gegensatz zum Gayfest auffällig harmonische Ablauf des „Marsches der Normalen“ wurde erstmals durch eine Protestaktion gestört. 30 Jugendliche aus der kleinen libertären und antifaschistischen Szene Rumäniens stoppten lautstark mit Slogans gegen Diskriminierung und Nationalismus die Demonstration der ND und zogen das Interesse der Presse auf sich.

Noua Dreapta

Noua Dreapta propagiert Homophobie, Rassismus, Xenophobie und Nationalismus. Dabei versteckt sie ihre faschistischen Tendenzen hinter christlicher Frömmigkeit. Das muss öffentlich gemacht werden. Aufklärung ist nötig, anstatt solchen Gruppen die Straße zu überlassen“, so der Kommentar einer Aktivistin. Schon nach 20 Minuten wurde ein Teil der Gruppe von der Polizei festgenommen. Sie hätten die öffentliche Ordnung gestört, sie hätten ihre Gesichter ver mummt. Die verborgene Identität diente dem Schutz vor Übergriffen, aber auch vor Auseinandersetzungen mit Familie und Kollegen. Der Kopfschmuck zog nicht

Wasja Budej wurde 1977 geboren und studiert derzeit an der Humboldt-Universität Berlin am Institut für Europäische Ethnologie und am Geographischen Institut. Dort untersucht er soziale und politische Prozesse in Rumänien nach 1989. Gleichzeitig recherchierte er zum Holocaust in Rumänien für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Seit 2003 ist Budej regelmäßig in Rumänien.



Wasja Budei

AUFMARSCH ZWISCHEN
KIRCHE & FUSSBALLPLATZ

nur Pressefotografen an. Noch während der Festnahme versuchten Teilnehmer der rechten Demonstration Gesichter und Personalien zu fotografieren. Binnen kürzester Zeit erreichten die Antifaschisten breite mediale Aufmerksamkeit.

Gegenüber solchen Skandal-Nachrichten sind aufklärende Presseberichte über rechte Strukturen und Strategien in Rumänien allerdings eine Seltenheit. Erst am 6. Februar 2007 erschien ein umfangreicherer Zeitungsartikel über die Noua Dreapta in Rumänien. Ionell Dancu titelte in der Zeitschrift Curentul „Die Nachfolger Zelea Codreanus im Sturm auf Rumänien“. Mit dem Hinweis auf umfangreiche Publikationen mittels Printmedien und Internet verwies Dancu auf die gut vernetzte Propaganda der ND und versuchte anhand der Verlinkung mit staatlichen Institutionen wie dem Nationalen Amt für die Verehrung der Helden Verbindungen bis in Regierungs- und Militärkreise nachzuweisen. Die Gegendarstellung seitens des Vorsitzenden der ND, Tudor Ionescu, folgte auf dem Fuße: Als eingetragene NGO seien der ND „Faschismus, Extremismus, Antisemitismus und Fremdenhass völlig fremd“, nichts weiter als „Früchte der kranken Vorstellung des Autors“ bzw. Verschwörungstheorien. Die geistige Anbindung an die faschistische Eiserne Garde Zelea Codreanus weist Ionescu jedoch nicht zurück.

Ionescus Amtsvorgänger Dan Ghita teilte auf einem Anti-EU-Kongress die Ansicht, dass den Rumänen „heute europäische Werte wie Heirat Homosexueller, Pädophilie, Pornographie und Abtreibung aufgezwungen werden“, wie auf der Homepage der ND nachzulesen ist. Ghita ist Initiator der rumänischen Versionen von Novopress und Altermedia, europaweite Internetportale rechter Intellektueller. Der damals in der ND für die Kaderbildung verantwortliche Ghita ist heute nicht mehr in der Führungsriege anzutreffen, vermutlich um die enge Vernetzung der ND mit den „unabhängigen“ Nachrichtenmagazinen nicht direkt offen zu legen. Die ND ist auf ihren Ruf bedacht, denn „gesitteter“ Rechtsextremismus ist in Rumänien Sprungbrett zur parlamentarischen Karriere.

In der südwestlichen 300.000-Einwohner-Stadt Temesvar (Timisoara) bezeichnet sich Goran Mrakici als Vorsitzender der ND des Banater Bezirkes. Mrakici ist Anfang dreißig, wie fast alle Führungskader der ND. Im Gegensatz zu deren Hemd und Scheitel trägt er Kampfshorts und militärischen Kurzhaarschnitt. Ende der 1990er Jahre war er von der Dark-Wave in die Skinhead-Szene gewechselt und interessierte sich für die Legionärsbewegung. In einem Internetcafé waren Legionärliteratur und Musik vom Label Blood&Honour zu kaufen. Aus seinem Viertel kannte Mrakici ein paar Punks. Auch sie hörten jetzt Skinhead-Musik und brachten später das Skin-Fanzine „Militanti“ heraus. 2003 gründete Mrakici in seiner Stadt die Noua Dreapta Timisoara, das Fanzine wurde nun über die Internetseite der ND vertrieben. Es ist nur eine von vielen Filialen, die seit der Gründung 1999 landesweit verbreitet sind.

Die Gruppe gilt als die militanteste im Land. Nach Angaben der lokalen linken Szene ist sie verantwortlich für zwei Überfälle auf Konzerte antifaschistischer Bands im November 2006 und im Januar 2007. Mrakici ist seit einigen Jahren Redakteur einer serbischen Lokalzeitung und gilt als Chef der Fußballfans von Poli Timisoara. Als solcher präsentiert er sich im lokalen Fernsehen gern mit „White Power 88“-T-Shirt. Flyer auf Schulhöfen und CDs mit rechtsextremer Musik und Propaganda sind Werbestrategie. Seit zwei Jahren zielt das Keltenkreuz die Fanschals des örtlichen Fußballvereins.

Rechte Symbole

Generell sind das Wissen und die Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus in Rumänien gering. Dürftige statistische Daten und Analysen, politisch instrumentalisierte und schwer einsehbare Berichte des Inlandsgeheimdienstes SRI sowie die weit verbreitete Relativierung mit Verweis auf den totalitären „Nationalkommunismus“ unter Nicolae Ceausescu produziert ein sehr konfuse mediales Bild der rechten Szene; ihre Symbole werden oft falsch gedeutet. Das Keltenkreuz, Wappen der Noua Dreapta, aber auch der in Osteuropa erstarkenden White-Power-Bewegung, ist in Rumänien als frühchristliches Symbol überall anzutreffen und wird dementsprechend nicht mit Rassismus, sondern Gläubigkeit assoziiert. Linke Symbole sind gar nicht erst bekannt: Bei der ersten antifaschistischen Demonstration im Herbst letzten Jahres ordnete ein Journalist die anarchistische schwarz-rote Fahne dem rechten Spektrum zu.

Antifaschismus stößt als überstrapazierter Begriff der sozialistischen Ära auf Ablehnung. Die Veranstalter der Demonstration anlässlich des 9. November 2006 als Gedenktag an den Holocaust versuchten den Begriff gerade mit Bezug auf die verdrängten



Gayfest 2007, Bukarest (oben), Noua Dreapta (unten)



Wasja Budei

AUFMARSCH ZWISCHEN
KIRCHE & FUSSBALLPLATZ

Verbrechen des rumänischen Faschismus 1940 bis 1944 und Kontinuitäten in die heutige Gesellschaft neu zu definieren. Solidarische anstatt diskriminierende Alltagspraxis forderte das unabhängige Bukarester Bündnis aus liberalen und sozial engagierten Gruppen. Mit dem Motto „Normalität – Nein Danke“ wandten sie sich demonstrativ gegen die Noua Dreapta und deren politisches Umfeld. Aber diese Stimmen werden kaum gehört.

Nationalismus ist weiterhin gesellschaftsfähig. Überzogen zelebrierter Nationalstolz diente schon Ceausescu bei der Abgrenzung vom politischen Kurs der Sowjetunion als Identitätsmoment der Rumänen. Minderheitenrechte waren maximal auf eine kulturell-folkloristische Ebene reduziert. Nach 1990 brachen Nationalitätä



Legionäre: Ebrung Codreanus

tenkonflikte offen aus. Die neu gegründete Partei der Ungarischen Minderheit (UDMR) sah sich dem Separatismusvorwurf ausgeliefert, das Bild der „parasitären Zigeuner“ musste für soziale Missstände erhalten. Die beiden größten Minderheiten, knapp vier Millionen Ungarn und etwa zwei Millionen Roma, sahen sich zu Beginn der 1990er Jahre gewaltsamen Übergriffen durch die rumänische Mehrheitsbevölkerung ausgeliefert. Militanter Nationalismus, antisemitische Verschwörungstheorien, fundamentalistische Religiosität und großrumänische Gebietsansprüche formten die Konzepte rechtspopulistischer Parteien zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise im Übergang zum Kapitalismus.

Orthodoxe Kirche

„Es ist die Rede von einer ganzen Serie extrem nationalistischer Parteien wie der damaligen Partei der Einheit der Rumänischen Nation (PUNR), dann die Großrumänien-Partei (PRM), seit langer Zeit Zentrum des Extremismus in Rumänien“, schreibt Gabriel Andreescu, Professor an der Nationalen Hochschule für Politische und Administrative Studien in Bukarest in seinem 2004 erschienenen Buch „Rechtsextremismus in Rumänien“. „Heute sehen wir Aufstieg und Wachsen der Partei der Neuen Generation (PNG) von Gigi Becali mit ihrer unübersehbaren autoritären Tendenz. Dazu kommen Organisationen wie die Vatra Romaneasca (VR, dt. Rumänische Heimstätte, Teil der PUNR; *Anm. des Autors*). Wenn wir heute die Ergebnisse der Wählerstimmen summieren, sind es mehr als 20 Prozent, die rechtsextrem wählen!“, resümiert Andreescu. Sein Buch ist bis heute thematisch ein Unikat in Rumänien. Darin hat er einen weiteren Faktor für den aufkommenden Rechtsextremismus beschrieben: „Es existiert noch eine wichtigere Quelle der Intoleranz und des Nationalismus, über welche wir viel zu wenig reden. Es geht um die BOR, die Orthodoxe Kirche Rumäniens.“

Der politische Einfluss der Orthodoxen Kirche ist groß. Ihr gehören 80 Prozent der rumänischen Bevölkerung an. Vermögen und Grundbesitz sind immens, überall entstehen riesige Gotteshäuser. Religion ist schulisches Pflichtfach. Progressive Kräfte kritisieren, dass nach 1989 die ideologische und moralische Bevormundung der Bevölkerung vom Staat auf die Kirche überging. Neben der Tradition des Orthodoxen Glaubens dient rechten Parteien als historischer Bezugspunkt die faschistische Periode Rumäniens bis 1944 – verkörpert einerseits durch Zelea Codreanu und die von ihm 1923 gegründete Legion Erzengel Michael, andererseits durch den Militärdiktator und Hitlerverbündeten Marschall Ion Antonescu. Bekannter unter dem Namen Eiserne Garde wurde die Legion in den 1930er Jahren zu einer besonders von Bauern und Studenten getragenen ultranationalistischen und militant antisemitischen Massenbewegung. Nach der Machtübernahme 1940 riefen die Legionäre gemeinsam mit Marschall Antonescu den „national-legionären Staat“ aus, ein faschistisches Regime, beteiligt am Krieg gegen die Sowjetunion. Die Verfolgung von Andersdenkenden, Pogrome und Massendeportationen von Juden und Roma forderten mehrere 100.000 Opfer.

Wasja Budei

AUFMARSCH ZWISCHEN
KIRCHE & FUSSBALLPLATZ

Vadim Tudor

„Vadim Tudor? Das ist ein Linker. Der steht für soziale Politik und er kümmert sich um sein Volk.“ So antworten

viele Rumänen auf die Frage nach der politischen Verortung des als Patron über seine Partei herrschenden Großrumänen. Unter Ceausescu Hofdichter und Informant der Securitate, in den 1990ern dann Gewerkschaftsfreund und Judenfeind, in den letzten Jahren Verfechter von Zwangsmaßnahmen zur „sozialen Eingliederung der Zigeuner“ und von radikaler Abrechnung mit korrupten Eliten wird Tudor zwischen den Labeln (Ex-)Kommunist und revisionistischem Nationalisten eingeordnet.

Tudors Großrumänienpartei (PRM) erreichte bei den Wahlen 2000 den zweiten Platz, seit 2004 verliert sie ihre Wähler zunehmend an die PNG. Mit fünf Abgeordneten im Europaparlament war die PRM im Januar 2007 maßgeblich an der Gründung der Rechtsaußen-Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) beteiligt. Gemeinsam mit der französischen Front National von Le Pen, der FPÖ Haider, aber auch der ultranationalistischen bulgarischen Ataka fordern die „Großrumänen“ eine EU nationalistisch orientierter Vaterländer.

In Rumänien, wie in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks, fällt es schwer, zwischen einer politischen Rechten und einer Linken zu unterscheiden. An westlichen Parteiprogrammen gemessen ist beinahe jede rumänische Partei rechts von der Mitte anzusiedeln, sie alle, selbst Teile der Sozialdemokraten, sprachen sich im Europaparlament für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei aus. Eine ernst zu nehmende Linke existiert nicht. Nun gut, das Symbol der Sozialdemokratie sind mittlerweile rote Rosen. Ihre Politiker aber werden, besonders von jungen Wählern, als „kommunistisch“ abgekanzelt, was, um das Chaos perfekt zu machen, auch als Synonym für konservativ stehen kann.

Dem Bukarester Bündnis, der verummten Gruppe, die gegen den Marsch der Normalen demonstrierte, ist dieses Dilemma bewusst. Während sich rechtsextreme Politiker und Organisationen die verschwimmenden politischen Lager zunutze machen, ist es für junge Linke schwer, dem Erbe des Staatssozialismus zu entgehen. Klassische linke Ideen und Begriffe – Klassenkampf, Gleichberechtigung, Antifaschismus – sind historisch belastet und trotz wachsender sozialer Missstände bei der Bevölkerungsmehrheit in Verruf geraten. Sich gegen Autoritarismus des alten Sozialismus und neuen Kapitalismus wendend sind die Bukarester Aktivisten nur locker und temporär organisiert, was es wiederum schwer macht, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

In dem an Medien und Vereine für Minderheitenrechte versandten Manifest „Warum eine antifaschistische Aktion?“ in Vorbereitung der Demonstration gegen Diskriminierung im November 2006 heißt es: „Das Ziel antifaschistischer Aktionen könnte der Versuch sein, verschiedene (Sub-)Kulturen aufzubauen, welche gegen



das Ausbreiten von Diskriminierung und Intoleranz kämpfen.“ Mit Konzerten und Workshops auf Festivals wie dem Ladyfest, spontanen Fahrradkonvois zur Einführung von Radwegen oder Essensverteilung in Armenvierteln sollen verschiedene gesellschaftliche Gruppen für das Eintreten für die eigenen Interessen sensibilisiert werden. Das Engagement innerhalb der Jugendkulturen ist dringend notwendig, denn Organisationen wie die Noua Dreapta haben sich hier längst festgesetzt.



Aglaiia Dane

DIE EINEN GEDENKEN, DIE ANDEREN HASSEN

Stolpersteine erinnern in Ungarn seit Sommer 2007 an den Holocaust – es sind die ersten im östlichen Europa.

Die meisten Ungarn kennen die Kleinstadt Makó wegen ihrer berühmten Zwiebeln. Früher war Makó als Klein-Jerusalem bekannt, denn vor 1944 gab es hier eine der größten jüdisch-orthodoxen Gemeinden Europas. Heute leben in Makó noch 15 Juden. Von der Synagoge aus ein kleines Stück die Straße entlang glänzt es metallisch auf dem Gehweg. Vor einem gelben Wohnhaus liegt ein mit Messing überzogener Stein, ein winziges Stück hebt er sich vom Boden ab. Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat diesen so genannten Stolperstein im Sommer 2007 verlegt. Mehr als 9000 Mal hat er das schon in Deutschland getan, nun zum ersten Mal in Osteuropa. Die Gravur erinnert an Vilmos Montág. Er war einer der berühmtesten Zwiebelhändler der Stadt und lebte in dem gelben Haus, bis er interniert wurde.

Makós liegt ganz im Süden Ungarns, gleich hinter der Stadtgrenze beginnt Rumänien. Budapest mit seinen Prachtbauten und Touristen ist weit entfernt. Weit weg waren auch die zehntausenden von regierungskritischen Demonstranten und die tagelangen Straßenschlachten zwischen Rechtsradikalen und Polizei, die die Hauptstadt im vergangenen Herbst in Atem hielten.

Ziegelsteine auf der Empore

Ziegelsteine auf der Empore der Synagoge von Makó zeigen, wie vor knapp einem Jahr dieses Budapest plötzlich sehr nah rückte. Rechtsradikale warfen sie durch die Fenster der Synagoge. Auch über diese Steine stolpert man, denn der Küster hat sie zum Gedenken liegen gelassen. So etwas sei hier vorher noch nie passiert.

Nur etwa fünfzig Meter trennen die Steine in der Synagoge von denen auf der Straße. Die einen wurden von Menschen geworfen, um zu zerstören, die anderen von welchen, die etwas aufbauen wollen - das Gedenken an den Holocaust in Ungarn. Zu diesen Menschen gehört der Historiker und Grundschullehrer Zsolt Urbancsok.

Aglaiia Dane wurde 1982 geboren. Seit 2002 lebt und arbeitet sie in Leipzig als freie Journalistin für MDR Info, den Lokalsender mephisto 97.6, die Leipziger Volkszeitung und die ungarische Zeitung Pester Lloyd. Sie studiert Kulturwissenschaften, Journalistik und Spanisch an der Universität Leipzig. Im Laufe ihres Studiums verbrachte sie sieben Monate in der ungarischen Hauptstadt Budapest.





Aglaiá Dane

DIE EINEN GEDENKEN, DIE ANDEREN HASSEN

Der 40-Jährige ist Christ, dennoch setzt er wie selbstverständlich erst eine Kippa auf, bevor er die Synagoge betritt. Seit Jahren erforscht Urbancsok in seiner Freizeit die Geschichte der Juden von Makó. „Als Kind erzählte mir mal jemand, wie groß die Bedeutung der Juden hier einst war. In meiner Welt konnte ich dieses Makó aber nicht finden“, sagt Urbancsok. Das beunruhigte ihn, und er durchwühlte Archive, sammelte Daten und veröffentlichte sie schließlich in einem Buch.

Dann rief ihn Ágnes Berger an, die Organisatorin des Stolperstein-Projektes in Ungarn. Sie suchte nach Namen deportierter Juden aus Makó. Urbancsok wählte für sie einige Schicksale aus und organisierte dazu eine kleine Ausstellung in einem Nebenraum der Synagoge. Mit Fotos und Informationen zu Vilmos Montág und den anderen Holocaust-Opfern Makós, hat er den Menschen auf den Steinen Gesichter gegeben.

„Ungarn fehlt es an Erinnerungskultur“, meint Urbancsok. Im Kommunismus war die eigene Verantwortung am Holocaust ein Tabuthema und auch nach dem Systemwechsel hat es kaum Ansätze einer intensiven Auseinandersetzung gegeben. Das zeigt sich auch in den Schulen, in denen vor allem lexikalisches Wissen gefordert wird. „Der Lehrplan sieht für das Thema Holocaust gerade mal eine Schulstunde vor“, sagt der Grundschullehrer resigniert. 45 Minuten für den Mord an einer halben Million Ungarn. Dem Thema mehr Zeit zu widmen, obliegt dem einzelnen Lehrer. Urbancsok macht es, andere nicht.

Dabei ist die Geschichte der Deportation in Ungarn auf erschütternde Weise einzigartig. Binnen weniger Monate und so schnell wie in keinem anderen Land Europas wurden ab dem März 1944 die ungarischen Juden



verschleppt und umgebracht. Das wäre nicht möglich gewesen, hätten nicht die ungarische Verwaltung, Polizei und auch die Bevölkerung aktiv mitgeholfen. Auf dem Land ist die jüdische Bevölkerung so fast vollständig ausgelöscht worden.

Versteckter Antisemitismus

Eine der wenigen noch funktionierenden jüdischen Gemeinden gibt es in Kiskunhalas, etwa 80 Kilometer nördlich. „Die Religionen leben hier friedlich miteinander“, meint die Verkäuferin in einem kleinen Supermarkt im Stadtzentrum. „Ich bin reformiert, hier im Laden kaufen viele Zeugen Jehovas ein, nebenan ist die katholische Kirche und eine Ecke weiter die Synagoge. Probleme gibt es eigentlich keine“, sagt sie und kassiert währenddessen eine Kundin ab. Viele auf dem Land äußern sich wie sie.

Auch hier in Kiskunhalas liegen seit dem Sommer Stolpersteine, unter anderem vor der großen weißgetünchten Synagoge. Für den Gemeindevorsitzenden Gábor Raáb ergänzen sie seine Bemühungen der vergangenen Jahre. „Wir als jüdische Gemeinde versuchen etwas gegen Antisemitismus zu tun, indem wir uns öffnen. Viele Leute sind neugierig und wir laden sie ein“, zu Tagen der offenen Tür, Festen auch außerhalb von Holocaust-Gedenktagen und zu einem jüdischen Kulturfest. Kleine gelbe Plakate in der Stadt weisen darauf hin, in zwei Wochen ist es wieder so weit. Im vergangenen Jahr seien 400 Leute gekommen, 90 Prozent davon Nicht-Juden.

Fragt man Raáb nach Judenfeindlichkeit, fällt ihm zunächst ein einziges Hakenkreuz ein, das er von der Synagoge entfernen lassen musste. Dann denkt er noch mal kurz nach und räumt zögerlich ein: „Natürlich gibt es auch bei uns Antisemitismus“. Doch der zeige sich meist verdeckt, als so genanntes „zsidozni“, ein weit verbreitetes und nicht hinterfragendes



Aglaiá Dane

DIE EINEN GEDENKEN, DIE ANDEREN HASSEN

Schimpfen auf die Juden. Raáb erinnert sich beispielsweise an eine Demonstration vor ein paar Wochen. Es ging um ein großes Unternehmen, das angekündigt hatte, Kiskunhalas zu verlassen. Da ertönten Rufe: Schuld seien die Juden.

„Der Jude als Sündenbock und als hinterlistiger Kapitalist, so zeigt sich der Antisemitismus am häufigsten in Ungarn“, sagt der Budapester Politologe und Holocaust-Überlebende György Márkus. Umfragen ergaben, die politische Form des Antisemitismus ist am stärksten verbreitet. Mehr als 42 Prozent der Befragten stimmten den Aussagen zu, Juden hätten selbst von ihrer Verfolgung profitiert oder sie würden versuchen, politische und wirtschaftliche Prozesse zu lenken.

Während des Kommunismus sah das anders aus. Ähnliche Befragungen Ende der 80er Jahre offenbarten, die Ablehnung gegenüber den Juden war nicht größer als gegenüber anderen Minderheiten. Das sich das nach dem Systemwechsel änderte, sei auch Schuld der rechtskonservativen Partei FIDESZ, meint Politikwissenschaftler Márkus. Mit einfachen und teilweise absurden Feindbildern erkläre sie sowohl komplexe Themen wie das hohe Staatsdefizit, als auch Probleme beim Autobahnbau. Die Feinde sind in erster Linie die Kommunisten, der ausländische Kapitalist, die Modernisierer, das Fremde, die Anderen und damit auch die Juden. Der Antisemitismus versteckt sich hinter politischen Parolen und wird damit zunehmend salonfähig.

Brennpunkt Budapest

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden in Ungarn (Mazsihisz) Péter Feldmajer sieht besorgt aus. Gerade hat er eine Pressemitteilung abgeschickt, in der er vor der möglichen Gefahr der „ungarischen Garde“ warnt, die die rechtsradikale Partei im August 2007 vor der Budaer Burg vereidigen ließ. „Die judenfeindlichen Stimmen sind seit der Regierungskrise und den Demonstrationen vor einem Jahr lauter geworden“, sagt er. Seine Anwaltskanzlei in einem unscheinbaren Altbau im südungarischen Kecskemét ist dennoch unbewacht. „Im Gegensatz zu meiner Kollegin Charlotte Knobloch, brauche ich keine Personenschützer“, sagt Feldmajer. Er sei aber auch kein ängstlicher Mensch, fügt er lächelnd hinzu. Generell solle man das Bild von Ungarn nicht zu dunkel malen, findet der Vorsitzende der jüdischen Gemeinden. „Es ist wahrscheinlich schwierig, in Kiskunhalas einen Menschen zu finden, der nicht stolz auf die Synagoge ist. Egal zu welchem politischen Lager er gehört“, meint er. Auf dem Land sei es eben anders als in Budapest.

„Der politische Antisemitismus ist zu großen Teilen ein Problem der Hauptstadt“, stimmt Politologe György Márkus zu. Zahlen zeigten: Alter, Herkunft und Bildung spielten kaum eine Rolle, der Stadt-Land-Unterschied sei aber enorm. „Die antisemitischen Erklärungsmuster sind abstrakt“, meint Márkus. Dass alltägliche Probleme mit der Globalisierung zu tun haben könnten, und damit implizit mit einer jüdischen Weltherrschaft, kommt

auf dem Land nicht an, meint er. Der Antisemitismus durchdringe deshalb auch die intellektuellen Kreise. Außerdem würden in Budapest mit Abstand die meisten Juden leben und damit eine willkommene Projektionsfläche für den Hass bilden.

Das bekam auch die Organisatorin Ágnes Berger zu spüren, die bei der Verlegung der Stolpersteine die einzige negative Erfahrung in Budapest machte. Der Bezirksbürgermeister sagte kurzfristig ab, eine Frau schrie sie an, andere Passanten kritisierten, warum man der Juden gedenken müsse, schließlich seien die doch auch Kommunisten gewesen. Die Steine polarisierten, genau das hatte Berger nicht gewollt. Denn die Kluft, die die ungarische Gesellschaft spaltet, spürt sie auch in sich. Ein Teil der Familie hat einen jüdischen Hintergrund und unter dem Holocaust gelitten, die anderen sind Katholiken, die im Sozialismus enteignet wurden.

Dennoch ist Ágnes Berger, die in Berlin für das ungarische Kulturinstitut arbeitet, optimistisch. „In den meisten Orten waren die öffentlichen Stellen kooperativ und hilfsbereit“, sagt sie, „auch die Medien haben großes Interesse gezeigt“. Gerechnet habe sie damit nicht. Mittlerweile bekommt sie aus dem ganzen Land täglich neue Anfragen.

György Márkus bleibt derweil skeptisch. Der wachsenden Zahl an Stolpersteinen in seinem Land steht eine lauter werdende Gruppe von Steinewerfern gegenüber, wenn auch viele bisher nur verbal angreifen. Im Moment sind in Makó, Kiskunhalas und auch Budapest Steine Zeichen des Gedenkens. Das könnte sich aber schnell ändern.



Saskia Drude

TRIPPELSCHRITTE ZUR VERSÖHNUNG

In zweisprachigen Kindergärten versuchen bosnische und albanische Erzieher mit der Initiative „Mozaik“ von klein auf Völkerverständigung zu vermitteln - mit Erfolg.

„Meine besten Freunde sind Amir, Dion und Olti“, zählt der fünfjährige Vranin Gafurri auf. „Ist doch egal, welche Sprache die sprechen – mit den dreien kann ich am besten spielen!“ Dann setzt Vranin sich schnell mit seinen Freunden auf den Boden, denn im Kindergarten ist es Zeit für den Morgenkreis. Vranin und Dion sprechen albanisch, Amir und Olti sind Bosniaken, wie die Bosnier im Kosovo genannt werden. Die zwei Erzieherinnen Resmije Bujupaj und Asliha Skenderovic begrüßen die Kinder in ihrer eigenen Muttersprache: Resmije auf Albanisch, Asliha auf Bosnisch. Dann erzählen beide eine Geschichte, in der sich die Farben des Regenbogens auf den Weg machen, um die Welt zu entdecken. Resmije und Asliha wechseln sich beim Erzählen ab, jede führt die Geschichte in ihrer Sprache fort. Die drei- bis sechsjährigen Kinder steuern die Namen der Farben bei – mal auf Bosnisch, mal auf Albanisch. In den Regalen stehen Bilderbücher in beiden Sprachen, Spielecken laden zur Interaktion ein. Nach dem Morgenkreis gehen das albanische Mädchen Dea und ihre bosnische Freundin Majla zusammen die Fenster des Spielhäuschens putzen.

Szenen aus der „Mozaik“-Gruppe im Kindergarten „Friedenstauben“ in Peja, 85 Kilometer westlich von Prishtina - eröffnet im April 2007. Verantwortlich für das beispielhafte Modellprojekt zur integrativen multikulturellen Erziehung ist die auch in Deutschland tätige gemeinnützige Organisation „Save the Children“; die Finanzmittel kommen vom norwegischen Außenministerium und der US-Entwicklungsagentur USAID. Nach dem Vorbild einer zweisprachigen Familie beschäftigen sich zwei Erzieherinnen, Vertreterinnen verschiedener Sprachen und Kulturen, gemeinsam ganztags mit einer ethnisch gemischten Gruppe von Kindern. Die Kinder der „Mozaik“-Gruppen lernen nicht nur die Sprache, sondern auch die Feste, die Lieder, Geschichten und Traditionen der Nachbarn kennen. Der Schwerpunkt liegt nicht auf frühem intellektuellen Lernen, sondern auf dem respektvollen Umgang miteinander sowie der Achtung vor der eigenen und der anderen Kultur.

Saskia Drude wurde 1968 in Niedersachsen geboren und wuchs in Bremen auf. Nach ihrem Studium der Slavistik und Baltistik lebte sie von 1995 bis 2005 in der litauischen Stadt Vilnius. Dort unterrichtete und übersetzte sie, u.a. auch zwei Reiseführer über Litauen. Derzeit lebt sie im Kosovo und schreibt von Prishtina aus Reportagen für n-ost.



Saskia Drude

TRIPPELSCHRITTE ZUR VERSÖHNUNG

Minderheiten zwischen den Fronten

Die Wirklichkeit außerhalb des Projekts sieht auch heute, mehr als acht Jahre nach dem Kosovo-Krieg, völlig anders aus. „Normalerweise würden die Eltern dieser Kinder kaum ein Wort miteinander sprechen“, sagt die Direktorin des Kindergartens in Peja, die Albanerin Gjejlane Begolli. Die etwa Vierzigjährige erinnert sich: „Als ich jung war, haben Albaner, Serben und Bosniaken zusammen gelebt, unsere Kinder haben Serbokroatisch von ihren Spielkameraden gelernt, jeder konnte sich in mehreren Sprachen mit seinen Nachbarn verständigen. Und jetzt?“ Gjejlane zuckt mit den Schultern.

Seit dem Kosovo-Krieg 1999, in dem sich serbische und albanische Nachbarn erbittert bekämpften, haben sich die Dörfer und Wohngebiete entmischt. Häuser wechselten die Besitzer, Flüchtlinge von damals haben sich nach ihrer Rückkehr aus Deutschland oder der Schweiz unter ihresgleichen angesiedelt. Heute leben die ethnischen Gruppen im Kosovo strikt getrennt. Die Grenzen zwischen den serbischen Enklaven und den albanischen Wohngebieten werden mancherorts von den internationalen Friedenstruppen KFOR bewacht. Andersorts liegen die Grenzen unsichtbar zwischen zwei Straßenecken, sind aber ebenso wirksam wie Stacheldraht. Fast niemand übertritt die Grenzen, man bleibt unter sich. Albaner, Roma, Bosniaken und Serben wissen mehr über die Realitäten in Stuttgart und Bern beziehungsweise Sarajevo und Belgrad als über das Leben in der Nachbarstraße oder im Nachbardorf. Serben bewegen sich nur im bewachten Konvoi durch albanisches Gebiet, Albaner meiden serbische Wohnviertel. Serbisches Fernsehen und serbische Zeitungen aus Belgrad – und auf albanischer Seite die albanischsprachigen Medien aus Prishtina und Tirana – tragen mit ihrer einseitigen Berichterstattung noch weiter zum Auseinanderdriften der Gesellschaft entlang der ethnischen Trennlinien bei. Bei der allgemeinen Polarisierung zwischen Albanern und Serben geraten die kleineren ethnischen Minderheiten im Kosovo wie Türken, Roma, Kosovo-Ägypter oder Aschkali leicht in Vergessenheit. Die größte Minderheit nach den Serben stellen die etwa 22.000 Bosniaken; in Peja (serbisch/bosnisch Peć) stellen sie einen Bevölkerungsanteil von knapp acht Prozent. Wie die Mehrheit der Albaner sind die Bosniaken Moslems, aber ihre eng mit dem Serbischen verwandte Sprache macht sie manchen Albanern suspekt; hinzu kommen offene Rechnungen aus dem Kosovo-Krieg, als Bosniaken in der Wahrnehmung der Albaner auf die serbische Seite gerieten. Die von der internationalen Gemeinschaft immer wieder geäußerte Forderung nach einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo scheint ziemlich utopisch.

Innovative Erziehung mit „Mozaik“

„Save the Children“ will mit dem Projekt „Mozaik“ einen Beitrag zur Überwindung der ethnischen Trennung leisten. „Die Kinder sollen das Miteinander der Kulturen und Sprachen als Normalzustand erleben, noch bevor sie die Trennung der ethnischen Gruppen verinnerlichen“, erklärt Rudina Ademi vom „Mozaik“-Team das Konzept des Projekts. „Daher fangen wir bei den jüngsten Bürgern des zukünftigen Kosovo an.“ Nach dem

erfolgreichen Anlauf eines entsprechenden Projekts in der benachbarten, ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurden in diesem Frühjahr die ersten „Mozaik“-Gruppen im Kosovo eröffnet, Sollstärke: zwölf bis zwanzig Kinder. In mittlerweile drei kosovarischen Städten besuchen kleine Albanerinnen und Albaner gemeinsam mit türkischen und bosnischen Kindern zweisprachige Kindergartengruppen; weitere Gruppen, auch mit serbischen Kindern, sind geplant.

Alle „Mozaik“-Gruppen sind in öffentliche Kindergärten integriert. „Save the Children“ finanziert die Ausstattung und Materialien für die jeweilige Gruppe – und oft auch dringend nötige Renovierungen der Bauten und Außengelände. In Obiliq zum Beispiel entsteht neben dem bestehenden, mit Giftstoffen schwer belasteten Gebäude ein Neubau für den gesamten Kindergarten. Die Baukosten trägt das norwegische Außenministerium. So profitiert der ganze Kindergarten von dem „Save the Children“-Projekt.

Die wichtigsten Impulse gehen jedoch von den insgesamt 23 Erzieherinnen aus, die „Save the Children“ in speziellen Fortbildungskursen für die Arbeit in den integrativen Gruppen ausbildet. Fachleute aus dem In- und Ausland leiten das Training, das seinerseits zu einer grenzüberschreitenden Erfahrung werden kann. Seminarleiterin Elizabeth Gowing, 33, aus England erzählt: „Bei uns wird viel über das körperliche Selbstbestimmungsrecht der Kinder diskutiert. Um dieses Recht nicht zu verletzen, hüten sich die Erzieherinnen im Kindergarten davor, die Kinder auch nur zu berühren. Hier im Kosovo nehmen die Erzieherinnen die Kinder oft in den Arm, wiegen sie oder schmusen mit ihnen – so wie es auch Eltern tun würden. Daran musste ich mich zuerst gewöhnen. Im Kosovo geht man selbstverständlich davon aus, dass Kinder auch im Kindergarten ganzheitliche Zuwendung brauchen – und nicht unbedingt mit sechs Jahren lesen können müssen wie bei uns in Großbritannien.“

Die „Mozaik“-Erzieherinnen wirken ihrerseits als Multiplikatorinnen. Ihr Beispiel regt zu Diskussionen im Kollegium des Kindergartens an: Was ist interkulturelle Erziehung? Welche altersgemäßen Strategien zur Lösung von Konflikten können wir den Kindern an die Hand geben? Wie höre ich einem Kind richtig zu? „Mozaik“ hat sich eine zeitgemäße, am Kind orientierte Pädagogik auf die Fahnen geschrieben – bisher noch eine Seltenheit im Kosovo. Meistens sind es überlastete, schlecht ausgebildete und unterbezahlte Kindergärtnerinnen, die ihre bis zu 30-köpfigen Gruppen teils im Alleingang über den Tag bringen müssen.

Kindergartenbesuch ist im Kosovo ohnehin keine Selbstverständlichkeit. Peja mit seinen etwa 98.000 Einwohnern verfügt nur über einen einzigen Kindergarten. Die Kinderbetreuung obliegt in der Großfamilie normalerweise den Frauen, älteren Geschwistern oder Verwandten. Viele Familien sind von Arbeitslosigkeit betroffen: dann steht zu Hause Zeit im Überfluss zur Verfügung, aber es mangelt an Geld. Die Ganztagsbetreuung



Saskia Drude

TRIPPELSCHRITTE ZUR VERSÖHNUNG

im Kindergarten kostet je nach Gemeinde monatlich 25 bis 50 Euro – nicht leicht aufzubringen, selbst wenn man Arbeit hat und durchschnittlich 200 Euro im Monat nach Hause bringt. Die „Mozaik“-Gruppe kostet die Eltern allerdings nicht mehr als die normale Kindergartenbetreuung.

Unterstützung und Ablehnung

„Wenn es nicht diese zweisprachige Gruppe gäbe, würden unsere Kinder gar nicht in den Kindergarten gehen“, sagt

der Vater der bosnischen Brüder Amir und Emir Idrizović. „Früher mussten die bosnischen Kinder in diesem Kindergarten albanisch sprechen. Aber in der „Mozaik“-Gruppe hören sie ihre Muttersprache und noch Albanisch dazu, und sie lernen im gemeinsamen Spiel, sich gut zu vertragen.“

Allmonatliche Eltern-Schulungswochenenden von „Save the Children“ machen die Mütter und Väter mit dem Konzept der kind-zentrierten Pädagogik und der zweisprachigen Erziehung vertraut und sorgen dafür, dass die Eltern das Projekt mittragen. Widerstände gegen die integrative Erziehung gehen denn auch nicht von den Eltern oder den Erzieherinnen aus, die großen Enthusiasmus für ihre Aufgabe mitbringen. „Das größte Hindernis ist der ungelöste Status des Kosovo“, meint Rudina Ademi von „Save the Children“. „Ansonsten arbeiten wir quer über die ethnischen Grenzen erfolgreich mit den Kommunalverwaltungen und Eltern zusammen. Was uns Sorgen macht, sind die serbischen Parallelstrukturen.“ Zum Beispiel in Kamenica im Osten des Kosovo, wo 17 Prozent Kosovo-Serben etwa 82 Prozent Albanern gegenüber stehen. Im Verwaltungsbezirk Kamenica gibt es mehrere albanischsprachige öffentliche Kindergärten – und eine rein serbische Gruppe, die unter dürftigen Bedingungen in einem Privathaus zusammenkommt. Der albanische Kindergarten hat sein Interesse an einer „Mozaik“-Gruppe mit serbischen Kindern geäußert, aber die serbischen Familien stehen dem Projekt skeptisch gegenüber. Sie verlassen sich lieber auf die von Belgrad gesteuerten serbischen Parallelstrukturen im Kosovo, in denen Lehrer, Ärzte und Richter zusätzliche Gehälter aus Serbien beziehen. Aber das kann sich bald ändern.

Vieles hängt vom zukünftigen Status des Kosovo ab. Die Entscheidung über den Status hatten viele noch für 2007 erwartet – doch die sogenannte „bedingte Unabhängigkeit“, die der UNO-Beauftragte Matti Ahtisaari nach monatelangen Verhandlungen mit Prishtina und Belgrad empfohlen hatte, wird immer weiter aufgeschoben. Wenn die Kosovo-Albaner, deren Geduld sich dem Ende nähert, einseitig ihre Unabhängigkeit erklären, könnten serbische Familien massiv abwandern – oder sie melden ihre Kinder in der gemischten Gruppe an.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit

„Save the Children“ legt großen Wert auf die Nachhaltigkeit des Projekts „Mozaik“ und dessen Verwurzelung im

Kosovo. Fast alle Mitarbeiter des Büros in Prishtina sind Einheimische, im Beratergremium sitzen Experten der Universität Prishtina, serbische, bosnische und bald auch türkische Wissenschaftler. Im Interesse des

Projekts leistet „Save the Children“ darüber hinaus Lobbyarbeit beim kosovarischen Ministerium für Erziehung, Wissenschaft und Technologie. Die Erzieherinnen erhalten ihr reguläres Gehalt – 190 Euro – von der öffentlichen Kindergarteneinrichtung; der Mehraufwand für längere Arbeitszeiten und die andauernden Fortbildungsmaßnahmen wird von „Save the Children“ getragen.

„Save the Children“ hat gerade sein Fünfjahresprogramm für 2007 bis 2012 verabschiedet. Auf Dauer aber will sich die Organisation aus dem Projekt zurückziehen. Dann sollen die kosovarischen Stadtverwaltungen die integrativen Gruppen selbst tragen. Die Übernahme der Gruppen bedeutet eine große Herausforderung für die von Stellenkürzungen bedrohten Kindergärten. Denn der Internationale Währungsfonds, der die kosovarische Wirtschaft mit Millionenbeträgen unterstützt, verlangt zur Verringerung des immensen Haushaltsdefizits die Entlassung von Staatsdienern aus allen Bereichen – auch dem Erziehungswesen.

Dabei werden Lehrer und Erzieher dringend gebraucht, denn die Hälfte der Einwohner des Kosovo ist jünger als 25 Jahre, Familien mit vier bis fünf Kindern sind eher die Regel als die Ausnahme. Die hochwertige Bildung und Ausbildung der heranwachsenden Generation ist Bedingung für die Weiterentwicklung des Kosovo – und wird auf die Dauer auch die Abwanderung junger Kosovaren verhindern helfen. „Save the Children“ entwickelt bereits Pläne für eine Fortführung der integrativen Erziehung auf Grundschulebene – damit Amir, Dion, Olti und Vranin auch in der Schulzeit Freunde bleiben.



Annett Müller

„ICH BIN FÜR VIELE EIN VATERLANDSVERRÄTER, WEIL ICH SCHWUL BIN“

Menschen wegen ihrer Homosexualität zu kündigen, ist auch in Rumänien verboten. Dennoch sind Homosexuelle in Rumänien erpressbar, verlieren ihre Arbeit und ihre Zukunft. Deshalb führt die homosexuelle Szene ein Doppelleben.

Ramona* hat versucht, vieles in ihrem jungen Leben richtig zu machen. Sie ist 35 Jahre, absolvierte hervorragend, befolgte, was der Vater sprach: „Mädel, lern was Konkretes.“

Sie wollte Film studieren, Geschichten erzählen. Der Vater riet: „Filme heißt Geschmack und über den lässt sich streiten. Bei einem naturwissenschaftlichen Fach kannst Du Dich hingegen auf Gesetze berufen.“ Einen sicheren Arbeitsplatz hat sie mit ihrem Wirtschaftsstudium dennoch nicht gefunden, nicht aus wirtschaftlichen sondern privaten Gründen.

Die Kaffeepause in der Bukarester Baufirma ist zum Tratschen da, über die Ehe, die Familie, Kinder. Ramona plaudert von der Liebe. Sie spricht von „ihm“, statt von „ihr“. Sie verschweigt, dass sie lesbisch ist. Würde sich die junge Frau öffentlich zu ihrer Liebe bekennen, wäre es ihr letzter Arbeitstag – auch in dieser Firma. Sie ist dreimal „gegangen worden“. Nicht, weil sie ihre Partnerin offiziell bei einer Betriebsfeier vorgestellt hätte, - daran wäre gar nicht zu denken - sondern weil Gerüchte schon reichen. Eine Frau über 30, unverheiratet, kinderlos, die nur mit Frauen zu sehen ist, ist verdächtig genug. Gehaltserhöhungen wurden verweigert, versprochene Aufstiegschancen zurückgenommen, die Arbeitgeber haben ihr so zu verstehen gegeben, dass sie nur noch geduldet ist – ihr offiziell wegen Homosexualität zu kündigen, ist in Rumänien verboten. Doch was allein nützt ein Gesetz, wenn die Arbeitskollegen angewidert blicken? Ramona liebt eine Frau, in ihrem Heimatland ist sie erpressbar damit.

Das Menschenrecht auf ein Coming-Out

Mehr als ein Jahrzehnt wurde in dem orthodoxen Land erbittert um das Thema gestritten: Im Mittelpunkt stand ein in der Ceausescu-Zeit initiiertes Strafparagraf. Er sah mehrjährige Haftstrafen für gleichgeschlechtliche Liebende vor – es war die restriktivste Gesetzgebung, die ein osteuropäischer Staat nach der Wende hatte. Die mehr als ein Jahrzehnt andauernden Parlamentsdiskussionen um die Abschaffung des Strafartikels lesen sich, als sei es damals um das Überleben der rumänischen Nation gegangen. Politiker zitierten die Rumänisch-

Annett Müller, Jahrgang 1971, stammt aus Thüringen. In Leipzig studierte sie Journalistik und Psychologie. Seit zehn Jahren ist sie freiberufliche Hörfunkjournalistin und oft für Recherchen in Rumänien. Sie schreibt u.a. für „debizz“ und die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“.





Annett Müller

„ICH BIN FÜR VIELE EIN VATERLANDSVERRÄTER, WEIL ICH SCHWUL BIN“

Orthodoxe Kirche, dass Homosexualität „Unheil über das Volk bringe“. Die EU sah das anders: Wer zur Union gehören wolle, müsse Minderheiten alltägliche Menschenrechte einräumen. Dazu gehört auch das Recht auf ein Coming-Out. Im Jahr 2002 war es soweit: Rumänien gab dem EU-Druck nach, schuf ein Gleichberechtigungsgesetz, das sich gut auf dem Papier liest. Die Wirklichkeit sieht homophob aus.

Rumänien gehört wie Polen zu den konservativsten Ländern der EU. Es gibt viel Glauben, viel Nationalstolz und viele Paradoxa. Traian Basescu setzte einst in seinem Präsidenten-Wahlkampf das Homosexuellen-Thema auf die Agenda und erklärte: „Bei uns gibt es rund zehn Prozent Homosexuelle, und sie sind nicht gottlos“. Dass er wegen dieser Äußerung die Wahl gewonnen hat, ist zweifelhaft, „allerdings können wir uns jetzt auf die Aussage des Präsidenten berufen, wenn sich Behörden quer stellen“, sagt Florentina Bocioc, die Geschäftsführerin von „Accept“, der landesweit größten Schwulen- und Lesben-Vereinigung. Doch was nützt schon die Unterstützung des Präsidenten, wenn die Mehrheit der Rumänen lieber glaubt, was die orthodoxe Kirche predigt. Und die weist der homosexuellen Szene weiterhin den Status des Kriminellen zu. Kirchensprecher Constantin Stoica sagt: „Wenn Homosexualität etwas Normales wäre, dann müsste auch Diebstahl etwas Normales sein. Beides ist laut Bibel eine Sünde, die wir als orthodoxe Kirche nicht akzeptieren können.“

„Gewalt ist bei uns eine Denkhaltung“

Kann Liebe müde machen? Der 25-jährige Vlad* ist müde vom täglichen Versteckspiel in seiner Heimatstadt Bukarest, in der mehr als zwei Millionen Menschen leben. Eine Stadt, die sich im Zeitraffer wandelt – zumindest optisch. Der britische Sänger George Michael, der sich zum Schwulsein bekennt, gab unlängst ein Konzert. Zehntausende strömten ins Stadion und jubelten ihrem Idol zu. Ansonsten wirkt die homosexuelle Szene in Bukarest wie verschluckt, wie abgetaucht. Es gibt lediglich drei Clubs, eine Ausgehzone von rund 250 Quadratmetern. „Jeder Gay-Tourist ist entsetzt über das Angebot und so viel Heimlichkeit“, sagt Vlad. Der junge Bukarester könnte ein Doppelleben führen und - wie so viele Homosexuelle – eine Scheinheirat eingehen. Vlad geht einen anderen Weg, weil er nicht in zwei Rollen schlüpfen will, sondern „in die eine, die mein Leben ist“. Leicht fiel ihm das nicht. Erst nach dem Drängen seines Bruders, „endlich zuzugeben, dass etwas mit ihm nicht stimmt“, gestand Vlad, dass er Männer liebt. Er war erleichtert. Seine Mutter hat ihm keine Ehe, keine ärztliche Behandlung und auch keine Hormonpräparate vorgeschlagen, wie das die Kirche rät. Vlads Mutter hat vor Kummer geweint, Mut hat ihm das keinen gemacht.

Wie gern würde der junge Mann mit einem Liebsten durch die Straßen schlendern, turteln, händchenhaltend, wie es Liebespaare nun mal tun, ohne nachzudenken. Er würde riskieren, angepöbelt und möglicherweise auch verprügelt zu werden. „Gewalt ist bei uns eine Denkhaltung“, sagt Vlad, „Man spuckt auf die Straße, auf An-sichten, auf Andersdenkende“. Er hat das zuletzt im Sommer auf der Gay-Parade erlebt. Sie sollte ein Festumzug

für die Szene sein, in Wirklichkeit war sie ein Trauerspiel. In Kirchen beteten Priester in Sonder-Gottesdiensten „für die Sünder“, auf der Straße skandierten Anhänger der rechtsextremen Gruppierung „Neue Rechte“ („Noua Dreapta“) schwulenfeindliche Parolen. „Wir sind kein Volk von Arschfickern!“, riefen sie. Eine Botschaft, die für eine kirchliche Predigt mit Sicherheit zu ungehörig wäre.

Rechtsradikale, die sich auf Gott berufen

Auch Tudor Ionescu, dem Chef der „Neuen Rechten“, würden diese Worte in der Öffentlichkeit nicht über

die Lippen kommen. Er ist studierter Geschäftsmann, mit Anfang 30 Familienvater und wirkt wie ein braver Schwiegersohn. Ein Image, das er zur jährlichen Anti-Gay-Demonstration mitnimmt. Schlips tragend, erklärt er den Reportern, dies sei „ein Umzug für Normalität“. In Wirklichkeit ist es ein militanter Aufmarsch von Rechtsextremen: Nationalflaggen schwenkend, tragen Ionescus Gesinnungsgenossen T-Shirts, die das Porträt des rumänischen Faschistenführers Corneliu Zelea Codreanu zeigen und das Symbol 18-88. Die Zahlen kodieren Anfangsbuchstaben im Alphabet und stehen in der internationalen rechtsextremen Szene für „Adolf Hitler“ und „Heil Hitler“. Anders als rechte Gruppierungen im Westen beruft sich die „Neue Rechte“ auf die Kirche als mächtige Institution in Rumänien. Sie ist mit 20 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte orthodoxe autokephale Kirche der Welt. Ionescu sagt: „Wir entscheiden gar nichts, Gott entscheidet für uns.“

Die unheilige Verquickung von Rechtsextremismus und Christentum hat eine lange rumänische Tradition. Schon die „Legion des Erzengels Michael“ – die stärkste rechtsextremistische Gruppierung im Südosteuropa der Zwischenkriegszeit – wollte im Namen Gottes eine faschistische Diktatur errichten. Zu ihren selbsterklärten Nachfolgern zählt heute die „Neue Rechte“, die in Rumänien die bekannteste rechtsextreme Gruppierung neben mehr als 30 anderen im Land ist. Die Gruppe unterhält rege Verbindungen zur NPD, veranstaltet regelmäßig Arbeitstreffen mit polnischen und slowakischen Rechtsextremen, hat einen eigenen Radiosender im Internet, mit dem sie ihre militanten Botschaften über Ländergrenzen hinweg sendet. „Es gibt eine aktivere rechtsextreme Szene in Osteuropa als in Westeuropa, das muss man endlich mal zur Kenntnis nehmen“, sagt der Rechtsextremismusforscher William Totok aus Berlin. Allein die „Neue Rechte“ zählt nach eigenen Angaben 900 Mitglieder, für eine Parteigründung fehlt es bislang an der notwendigen Mitgliederzahl. Einen Weg in politische Strukturen lässt sich aber auch auf andere Art und Weise finden. „Es gibt genügend Beispiele, dass Rechtsextreme von angeblich demokratischen Parteien mit offenen Armen empfangen wurden“, sagt Rechtsextremismusforscher Totok. „Wer glaubt, dass die rumänische Demokratie gefestigt ist, gibt sich einer Illusion hin.“

Am Abend der Bukarester Gay-Parade übertragen die Fernsehstationen erschreckende Bilder. Es ist eine Parade, die von Hunderten von Polizisten geschützt wird. Steinwerfer sind vor Ort. Auch zeigt das Fernsehen unkommentiert den Gegenmarsch der „Neuen Rechten“, zu denen sich Priester und Nonnen mit Kreuzfixen und



Annett Müller

„ICH BIN FÜR VIELE EIN VATERLANDSVERRÄTER,
WEIL ICH SCHWUL BIN“

Heiligenbildern gesellen. Eine Mischung, die nach Ansicht Totoks eine gefährliche Botschaft vermittelt, „weil man glauben könnte, dass es sich hier um eine Manifestation der Kirche handelt, statt um einen rechtsextremistischen Aufmarsch.“ Die orthodoxe Kirche schweigt über die Ausschreitungen zur Gay-Parade. Sie protestiert auch nicht, dass die rechtsextreme Szene Gott zu ihrem Chefideologen erklärt.

Die Aktionen der „Neuen Rechten“ gegen die homosexuelle Szene fruchten längst. So sind die rumänischen Blogs voller Gay-feindlicher Kommentare, dass „Schwule in Arbeitslager geschickt werden sollten“, dass sie die „Fundamente der Christlichkeit beleidigen“, dass es ganz „einfach kranke Zeiten sind“. Starker Tobak für Vlad: „Ich bin für viele kein Mann, sondern ein Nestbeschmutzer, ein Vaterlandsverräter, weil ich schwul bin“. Die Homosexuellen sind nur ein Feindbild von vielen, denen sich die rechtsextreme Szene verschreibt. Sie hysterisiert gegen Juden, Roma, gegen Ungarn und gegen Amerikaner, die schuld seien am Kapitalismus. Feindbilder, die bis zur Wende der nationalistische Diktator Ceausescu bediente, in der Transformationszeit haben sie erneut Hochkonjunktur. Wie leicht ist gerade jetzt, den Leuten zu vermitteln, dass einer Schuld sein muss an der Korruption, am Negativ-Image in Westeuropa, an der Zwei-Klassengesellschaft, die das Land in Ober- und Unterschicht teilt. „Die Menschen denken aus ihrer Armut heraus, dass die Demokratie nichts taugt“, sagt Florentina Boicoc von „Accept“.

„Das ist schon mal die halbe Wahrheit“

Ramona und ihre Freundin haben es satt, dass die Rentner vor ihrem Wohnblock zählen, wie oft und wer rein und raus geht und vor allem mit wem. Sie bauen sich in einem Vorort von Bukarest ein Eigenheim. Sie haben im Ausland gejobbt, Geld gespart. Das Haus wird ihre 180 Quadratmeter große Privat-Scholle, wo mit Sicherheit das rumänische Gleichberechtigungsgesetz gelten wird. „Unser Eigentum garantiert uns Eigenleben“, sagt Ramona. Auf der Baustelle wundert sich keiner, dass zwei Frauen bauen. Sie spielen ihre Rollen perfekt: Die eine ist die Architektin, die andere Chefin und Geldgeberin. Wer sollte da anderes vermuten? Den Müttern der beiden Frauen wird der gemeinsame Umzug schwieriger zu erklären sein. Sie gelten in ihren Familien als gute Freundinnen, nicht als Liebespaar. „Ich werde sagen, dass ich mich in meinem neu gebauten Haus alleine fürchte. Das ist schon mal die halbe Wahrheit“, sagt Ramona. Die volle Wahrheit wird in Zukunft wohl noch schwerer zu erklären sein. Die beiden Frauen wollen eines Tages eigenen Nachwuchs. Dann wird das Doppelleben absurd. Im Eigenheim können sie Eltern spielen, an allen anderen Orten, werden sie vortäuschen, zwei allein stehende Frauen zu sein, die sich gemeinsam um ein Kind kümmern.

Auch Vlads Freunde bauen gerade aus. Ein heterosexuelles Pärchen, das sich wenig daran stört, dass er homosexuell ist. Sie empfangen ihn inmitten von Baulärm und Staub. Vlad ist froh über diese Freunde, die ihm ein Gefühl von Normalität geben. Sie fragen ihn nach Alltäglichkeiten, sie fragen, was die Liebe macht. Sie schließen auf einmal die Wohnzimmertür.

*Mia Raben***„EIN TSCHETSCHENE, KEIN MENSCH“**

Polen muss neuerdings mit Flüchtlingen fertig werden – Isa Abubakarow wurde abgefertigt.

„Guantanamo in Poland“ steht handgeschrieben auf dem ersten Blatt in der grünen Mappe. Iakha Abubakarowa bewahrt darin die Aufzeichnungen ihres Bruders Isa auf. Er hat sie in der polnischen Abschiebehafte gemacht, kurz vor seinem Tod. Obwohl er fließend Polnisch sprach, schrieb er die Worte auf Englisch, wie für eine imaginäre Öffentlichkeit.

In ihrer Warschauer Wohnung steht zwischen dem Bett Iakhas und dem Kühlschrank ein runder Tisch. Um die grüne Mappe liegen die Fotos ihrer vier toten Brüder. Daneben Knäckebrot, Zuckerwürfel und schwarzer Tee. Die tschetschenischen Männer lachen in die Kamera. Iakha aber weint. Drei Brüder starben im Krieg bei Grozny. Der Vierte, Isa Abubakarow, zuletzt – im Kampf um seinen Status als Flüchtling. Iakha geht ins Bad und wäscht sich das Gesicht mit kaltem Wasser. Als die 45-Jährige zurückkommt, sagt sie mit bebender Stimme: „Manchmal denke ich, es ist nicht auszuhalten. Er hat doch niemandem etwas getan.“

Als Isa, der an einer Warschauer Journalistenschule studierte, am 19. Juni 2006 in die polnische Abschiebehafte kam, notierte er: „Zum ersten Mal erinnert man mich daran, dass ich kein Mensch bin, sondern ein Tschetschene. Ein Krimineller, kein Ausländer. Es zeigt sich, dass in einem demokratischen Staat Platz für rassistische Bemerkungen und kommunistische Behandlung ist. Nach allem befragt, außer meiner Gesundheit, werde ich gezwungen, mich nackt auszuziehen und mich vor ihnen hinzuhocken. Schließlich werde ich in eine Zelle gebracht.“

Isas Gesundheitszustand verschlechterte sich in der Haft so sehr, dass er wenige Monate später starb. Bis dahin hatte er das Leben eines in Polen vollkommen integrierten Ausländers geführt. Aber alles der Reihe nach: Im Jahr 1992, noch vor dem ersten Kriegsausbruch in seiner Heimat Tschetschenien, kommt Isa Abubakarow auf der Suche nach einem besseren Leben nach Polen. Nach ein paar Jahren Arbeit als Tellerwäscher spricht er fließend Polnisch. Er schließt eine Fachausbildung ab und baut eine gut laufende Massagepraxis auf. Mit seinen

Mia Raben, Jahrgang 1977, studierte bis 2004 an der Universität von Amsterdam Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und Europarecht. Im Anschluss daran machte sie eine Ausbildung zur Redakteurin an der Berliner Journalistenschule. Danach arbeitete sie als freie Korrespondentin für deutsche Zeitungen und Fernsehsender in Warschau, mit Abstechern nach Minsk. Seit 2006 ist sie freie Journalistin in Hamburg.



Mia Raben

„EIN TSCHETSCHENE, KEIN MENSCH“

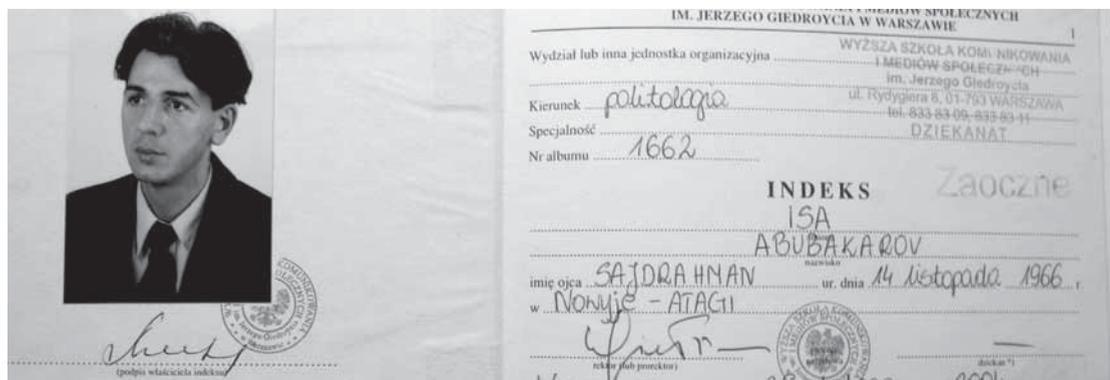


Einkünften aus der Praxis ernährt Isa seine Familienangehörigen, darunter Schwester Iakha und ein von ihr adoptiertes tschetschenisches Waisenmädchen. Iakha erinnert sich: „Er sagte immer: Ich kann die Sprache, ich habe polnische Freunde, ich habe hier gearbeitet und studiert – warum soll ich hier nicht leben dürfen?“ Wieder kommen ihr die Tränen.

Überfüllte Flüchtlingslager

Immer wieder bemüht sich Isa um eine Aufenthalts-erlaubnis – vergeblich. Im September 1998 heiratet er eine polnische Frau. Doch auch dieser Versuch, sein Leben in Polen dauerhaft zu legalisieren, scheitert. Als dann Ende des Jahres 2005 Isas Visum abläuft, unterstellen die polnischen Behörden ihm eine Scheinheirat, und verweigern ihm erneut das Aufenthaltsrecht. Im Amt für Repatriierung und Ausländer-Angelegenheiten (URiC) ist Isa Abubakarow nur eine weitere – mittlerweile geschlossene – Akte. Joanna Majewska, stellvertretende Leiterin, ist eine junge, aufstrebende Beamtin, die keine Stellung beziehen will. Sie sagt nur, dass Isa Abubakarows Fall geprüft worden sei, wie alle anderen Fälle auch. „Er war wohl nicht glaubwürdig“, sagt Majewska und zieht die Brauen hoch.

Rund 90 Prozent der Anträge auf Asyl in Polen werden abgelehnt. Die große Mehrheit der Anträge stellen Tschetschenen, die danach weitgehend sich selbst überlassen bleiben. Die Hälfte jener, die kein Asyl bekommen, erhält den so genannten „tolerierten Aufenthaltsstatus“, mit dem sie theoretisch legal arbeiten könnten, praktisch aber mittellos und obdachlos sind. Wer „toleriert“ ist, verliert sein Recht auf einen Platz in einem der überfüllten Flüchtlingslager. Tausende Tschetschenen leben in Polen unter teils katastrophalen Bedingungen in der Obhut überforderter Sozialarbeiter. Ein Beispiel: Im Lager Debak bei Warschau ist ein Mitarbeiter für 150 oft schwer traumatisierte Flüchtlinge zuständig.

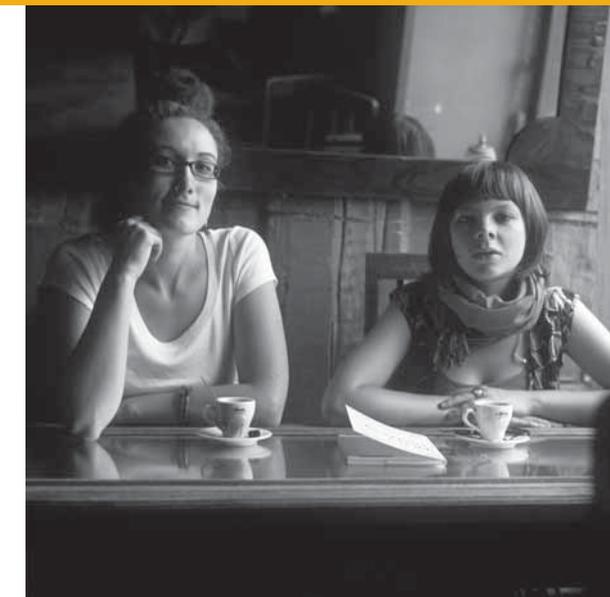


„In den Lagern kommt es zu rassistischen Zwischenfällen“, wissen Ania Grudzinska und Kasia Kubin. Die beiden jungen Anthropologinnen von der gerade selbst gegründeten Stiftung „Forum Równorodności“, haben Schulungen für die Sozialarbeiter organisiert. „Sie sind keine echten Sozialarbeiter. Sie sind nicht ausgebildet und dazu noch schlecht bezahlt. Der Rassismus hat viele Gründe“, sagt Grudzinska.

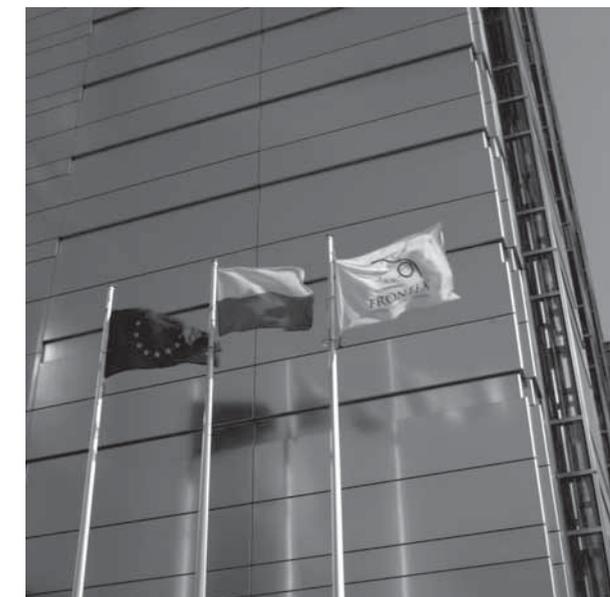
Ihre Theorie: „Die polnische Identität besteht darin, dass ein Pole weiß und katholisch ist. Wir haben in Polen kein historisch gewachsenes Konzept vom Staat, nur von der Nation. Daher werden Ausländer als Bedrohung empfunden. Willkür ist im Umgang mit Ausländern leider keine Seltenheit. Das wollen wir mit unserer Stiftung versuchen zu ändern.“ Eine Partei, die das Thema Ausländer offen anspricht, gibt es in Polen nicht.

Isa Abubakarow kämpft gegen die Entscheidung, sein Antrag sei „nicht glaubwürdig“. Er wendet sich mit der Bitte um Asyl nun direkt an das Innenministerium. Eine Mitarbeiterin teilt ihm inoffiziell mit, dass ihm die Abschiebung drohe. Isa gerät in Panik. Er weiß, dass ihm in Russland und Tschetschenien Gefängnis und Folter drohen. Denn seine drei Brüder haben in Tschetschenien gegen die Russen gekämpft. Die Frau im Ministerium rät ihm, Polen zu verlassen.

Isa leidet bereits an Hepatitis C, einer Infektionskrankheit, die anfangs ohne Symptome verlaufen kann, aber lebensgefährlich ist, wenn sie unbehandelt bleibt. In Belgien hofft er auf eine bessere Behandlung. Versteckt in einem Lastwagen gelangt Isa mit Hilfe von Menschenhugglern für 650 Euro nach Belgien. Hier bittet er wiederum um Asyl. Während sein Antrag bearbeitet wird, verschlechtert sich sein Gesundheitszustand. Belgische Ärzte diagnostizieren die Hepatitis C und einen Verdacht auf Tuberkulose.



Kasia (links) und Ania (rechts), Gründerinnen „Forum Równorodności“



Der Sitz von Frontex in Warschau



Mia Raben

„EIN TSCHETSCHENE, KEIN MENSCH“

Sie arrangieren seine Behandlung im Tropeninstitut von Antwerpen. Doch bevor die Therapie beginnen kann, schieben die belgischen Behörden den Schwerkranken zurück nach Polen ab. Nach der europäischen Dublin-Verordnung bleibt Polen für seinen Asylantrag zuständig. Die Probleme von Flüchtlingen und Einwanderern werden auf diese Art den Außenstaaten der EU zugeschoben. Dabei sehen sich gerade Länder wie Polen, Ungarn, die Slowakei, Rumänien oder Bulgarien oftmals nicht in der Lage, sie richtig, das heißt nach den Genfer Konventionen, zu betreuen.

Die supranationale EU-Agentur Frontex sitzt im 24. Stock eines verspiegelten Wolkenkratzers im Warschauer Zentrum. Mit einem stark anwachsenden Budget von derzeit 35 Millionen Euro im Jahr hat sie sich dem Kampf gegen illegale Einwanderung verschrieben. Wo, wie an den östlichen Außengrenzen der EU ein „hoher Druck illegaler Einwanderung“ herrscht, werden „abschreckende Maßnahmen mit hoher Wirkung“ angewendet, sagt der Spanier Gil Arias, stellvertretender Direktor von Frontex. Nebulöse Formulierungen, die zeigen, dass der legale Einwanderungsweg in die EU durch militärische Abschottung nahezu unmöglich gemacht wird. Humanitäre Hilfe gerät dabei in den Hintergrund. „Da sind wir nicht zuständig“, sagt Arias.

Kaum am Flughafen Okecie in Warschau angekommen, habe der Grenzschutz ihm die Medikamente weggenommen und ihm Handschellen angelegt. „Die Leute starren mich an wie einen Terroristen“, schreibt Isa am 19. Juni 2006. Die Krankenakte der belgischen Ärzte, auf der „Need Treatment in Poland“ steht, habe niemanden interessiert. Vor dem Haftrichter macht Isa darauf aufmerksam, dass er seit 14 Jahren in Polen lebt und kein Gesetz gebrochen hat. Er sagt auch, dass er bis zur Entscheidung über seinen Asylantrag bei seiner Schwester Iakha wohnen könnte. Doch das Gericht verkündet: Isa muss in die Abschiebehaftanstalt in Lesznowola, die der Polizei unterstellt ist. Sein Vergehen: Illegaler Grenzübertritt.

Psychische Erniedrigung

Von Lesznowola haben Isa und andere Insassen Einzelheiten berichtet, die zu einer Anklage gegen die Leitung der Anstalt führen könnten. Amnesty International (ai) Polen hat Isas Akte dem Ombudsmann übergeben. Dieser hat den Staatsanwalt gebeten, sich den Fall vorzunehmen. Maciej Faganski, Jurist bei ai, hofft, dass es zur Anklage kommen wird. „Die Polizei ist in dieser Sache verantwortlich. Das ist ein sehr wichtiger Fall“, sagt er.

Isas Notizen sind voller Details über psychische Erniedrigung und Ignoranz gegenüber seiner Krankheit. Ein Wärter habe ihm Suppe über den Kopf gießen wollen. Eine Küchenangestellte habe ihn mit seinem muslimischen Glauben aufgezo-gen und ihm lachend „Schweinesuppe“ angeboten. Zitternd und mit 40 Grad Fieber sei er allein gelassen worden. Er habe schreien müssen, bis man ihn endlich ins Krankenhaus gebracht hätte. Danach sei er wieder inhaftiert worden, in der Isolationszelle.

Als Isa Ende Juli 2006 aus der Haft entlassen wird, ist er schon so krank, dass die Ärzte ihm nicht mehr helfen können. Er lebt eine Zeit lang bei Iakha, und stirbt am 9. Oktober 2006 in einem Warschauer Krankenhaus. „Ich habe keine Antwort auf die Frage, warum mein Bruder so behandelt wurde“, sagte Iakha in einer Rede vor dem Europäischen Parlament im März 2007. Ihr größter Wunsch ist es, dass die Öffentlichkeit vom Schicksal der Tschetschenen in Europa erfährt.

*rechts oben:*

Ein Bild von Isa Abubakarow mit seiner Schwester Iakha und seiner Nichte Hawa. Für eine lange Zeit lebten sie wie eine Familie.

rechts unten:

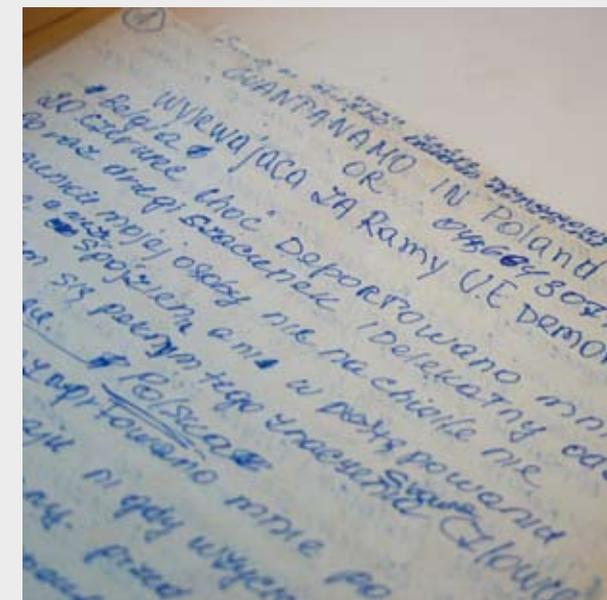
Seiten aus Isas Tagebuch.

Seite 56:

Studentenausweis von Isa Abubakarow

Seite 54:

Iakha zeigt ihrer Nichte alle Briefe, die ihr Bruder Isa an eine große Anzahl an Organisationen schrieb und um Hilfe bat, während er in der Abschiebehaftanstalt Lesznowola saß. Keine der Organisationen antwortete.



Cornelia Riedel

KASACHISCHE GRENZZIEHUNGEN GEGENÜBER ALTEN HERREN

Entgegen staatlich verordneter Gleichbehandlung aller Ethnien werden kasachische Traditionen und die Sprache überbetont. Russen geraten unter Druck.

„Selbst vage Bemühungen sind unzulässig, die Rechte von Menschen wegen Unkenntnis der kasachischen Sprache zu beeinträchtigen.“ Was Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew im August 2007 in einer Rede vor der Volksversammlung Kasachstans sagte, berührt eine der wichtigsten derzeitigen Fragen des 15-Millionen-Staates in Zentralasien. Denn auf der Suche nach einer eigenen Identität 16 Jahre nach Staatsgründung ist es besonders die Sprachenpolitik, mit der im Vielvölkerstaat Kasachstan Druck auf die Minderheiten ausgeübt wird. „Mein Mann arbeitet bei der Polizei, er ist einer der wenigen verbliebenen Russen dort und fürchtet um seinen Job, weil er kein Kasachisch kann“, sagt Olga Pawlenko, eine Ukrainischstämmige, und beschreibt damit ein Problem, mit dem heute in Kasachstan viele Angehörige anderer Ethnien kämpfen.

54 Prozent der Einwohner Kasachstans sind ethnische Kasachen. Der Anteil der ethnischen Russen, der Anfang der 90er Jahre noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachte, ist inzwischen deutlich geschrumpft. Doch ungefähr 80 Prozent der Einwohner sind Russisch-Muttersprachler und auch viele ethnische Kasachen sprechen die Turksprache nur als zweite Sprache. Kasachisch ist laut Verfassung die Staatssprache, Russisch und Kasachisch sind die Amtssprachen, jedes offizielle Dokument muss laut Gesetz in beiden Sprachen erhältlich sein.

Seit der Unabhängigkeit 1991 hat Kasachstan eine rasante Entwicklung genommen. Mit fast zehn Prozent Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren, reichen Vorkommen an Erdöl und Erdgas und Investitionen aus dem Ausland ist es das wirtschaftlich stärkste Land der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien. Doch das Land im Süden Russlands zwischen Tienschengebirge und Kaspischem Meer ist auf der Suche nach einer eigenen Identität. Die geht mit nationalistischen Tendenzen und einer teilweise rigiden Sprachen

Cornelia Riedel, geboren 1975, studierte Journalistik, Europa- und Kulturwissenschaften in Leipzig, Cardiff/GB, Aarhus/Dänemark und Utrecht/Niederlande. Sie absolvierte ein Volontariat bei der Sächsischen Zeitung in Dresden. Für zwei Jahre unterrichtete sie Journalistik an der Staatlichen Universität St. Petersburg. Bis Herbst 2007 leitete sie als IfA-Redakteurin die deutschsprachige Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Almaty/Kasachstan.





Cornelia Riedel

KASACHISCHE GRENZZIEHUNGEN
GEGENÜBER ALTEN HERREN

politik einher. Die 23-jährige Studentin Akbota Jlylysova, selbst ethnische Kasachin, erzählt vom Universitätsalltag an ihrer Fakultät: „Wenn wir in der Pause zusammen stehen und auf Russisch reden, fordern uns manche Kommilitonen auf, Kasachisch zu sprechen, und wer den Dozenten auf Russisch antwortet, muss mit einer schlechteren Note rechnen.“

Traumatische Geschichte

Mit den Russen verbindet die Kasachen eine traumatische Geschichte. 1731 unterzeichneten Teile der als Nomaden lebenden kasachischen Stämme im Kampf gegen das Volk der Dschungaren einen Beistandspakt mit Russland. In den folgenden 150 Jahren wurde das gesamte kasachische Territorium russisches Hoheitsgebiet und weitgehend friedlich kolonisiert. Während der Zwangskollektivierung der nomadisierenden Bevölkerung unter Stalin starben fast zwei Millionen Menschen und eine weitere Million wanderte aus. Deportierte, Sträflinge und Siedler, darunter Tausende Deutschstämmige, kamen in diese Gebiete in der Steppe.

Zu Sowjetzeiten lebten Kasachen und Russen weitgehend friedlich nebeneinander. Viele Nachkommen der durch Stalin Deportierten empfinden heute noch Dankbarkeit gegenüber den Kasachen, die die Verbannten in den 1930er und 40er Jahren aufnahmen. Die gegenwärtigen nationalistischen Tendenzen und die Betonung kasachischer Traditionen im Vielvölkerstaat sind Ausdruck der Identitätssuche des jungen Nationalstaats und der Abgrenzung vom übermächtigen Nachbarn und der ehemaligen Schutzmacht Russland. Rechtsradikalismus in Kasachstan zu vermuten, sei jedoch nicht angemessen. Aus Sicht von Arne Seifert vom Centre for OSCE Research in Hamburg sind es vor allem materielle Gründe, die Nationalismus begünstigen: „Wenn russische Taxifahrer zur Charakterisierung der Position ihrer kasachischen Mitbürger ihnen gegenüber den Begriff „Titularnation“ gebrauchen, dann finde ich das bedenklich. Das kann nationale Risse andeuten. Nationalismus ist eine gefährliche Lunte, der Sprengsatz ist soziale Unzufriedenheit“, sagt der Zentralasien-Experte.

Die Traumata der Stalinzeit werden heute von den Anhängern einer schnellen Einführung der kasachischen Sprache in Kasachstan instrumentalisiert. Direkte Angriffe auf die Russischsprecher finden sich vorwiegend im Internet: „Manche wollen wahrscheinlich nicht verstehen, dass Kasachstan kein Teil des russischen Imperiums ist, und die Russen keine Herren mehr sind. Statt den Kasachen dankbar zu sein, dass sie den Russen und anderen Slawen gestattet haben, auf ihrem Territorium zu leben, klagen sie. Was wollen sie noch, vielleicht die Autonomie im Norden Kasachstans?“, mokiert sich ein anonymes Schreiben.

Nach Angaben von Bulat Sultanow, Politikwissenschaftler am Institut für Strategische Studien der Republik Kasachstan, sind es vor allem die kasachischen Intellektuellen, Autoren und Poeten, die forderten, das Kasachische innerhalb kürzester Zeit durchzusetzen. Der Schriftsteller Mughtar Schachanow und der Parlamentsab

geordnete Scherchan Murstasa sind die Gründer der Partei „Chalik Ruchani“ (der Geist des Volkes). Sie berufen sich auf „die Sprache als heilige Grundlage der Nation“ und schlagen vor, eine Sprachenpolizei zu gründen.

„Unsere Schriftsteller fürchten zu Recht, dass eine eventuelle weitere Staatssprache, das Russische, die Entwicklung der kasachischen Sprache behindern würde. Hier muss die richtige Balance gefunden werden, denn es besteht natürlich die Gefahr, dass Nicht-Kasachisch-Sprecher das Land verlassen. Jeder hat ein Recht auf seine Muttersprache“, sagt Sultanow. Jedoch könne man nur von der Jugend fordern, beide Sprachen zu lernen, das von älteren Menschen noch zu verlangen, sei unmöglich.

Heute leben acht Millionen Kasachen und vier Millionen Russen, 200.000 Deutschstämmige, die in der kasachisch-chinesischen Grenzregion lebende Minderheit der Uiguren und eine Vielzahl anderer Völker in Kasachstan. Präsident Nursultan Nasarbajew beschwört den Vielvölkerstaat: „Unser Land ist ein Beispiel für die harmonische und friedliche Koexistenz verschiedener Ethnien.“ 130 ethnische Gruppen sollen in Kasachstan leben, 40 verschiedene Glaubensrichtungen gebe es.

Druck auf die russische Ethnie

Doch der Almatyer Unternehmer und Journalist Adil Dschalilow glaubt nicht an das enge Miteinander der Völker in seinem Heimatland. 50 Prozent der Diskussionen in den kasachischsprachigen Zeitungen würden sich um Sprache und Nationalismus drehen, erzählt er. Er sieht sogar Parallelen zum Deutschland der 30er Jahre. „Wer die kasachische Sprache fordert, dem sage ich: Stell Dir vor, 100 Prozent der Leute würden Kasachisch sprechen, wären dann etwa unsere anderen Probleme, die Armut auf dem Lande beispielsweise, gelöst?“

Der Druck auf die russische Ethnie und die Russischsprecher würde zu zunehmender Emigration führen. „Viele glauben, dass eine Karriere hier ohne fließendes Kasachisch nicht möglich ist und gehen beispielsweise nach Russland. Und das sind oft gut ausgebildete und fitte Leute“, so Dschalilow, der eine Journalistenschule betreibt. Druck kommt teilweise auch ganz von oben: Jermuchamet Jertysbajew, Kultur- und Informationsminister Kasachstans und verantwortlich für eine rigide Medienpolitik, sagt: „Die kasachische Kultur ist zwar offen für andere Kulturen, aber es ist ein Risiko, andere Kulturen zu akzeptieren, die untraditionell für das Kasachische sind. Das kann das Einfügen einer fremden Kultur in unsere bedeuten, den Verlust nationaler Identität und nationaler Kultur.“

Nicolás de Pedro, spanischer Kasachstan-Experte, der sich mit Minderheiten in Kasachstan beschäftigt, sieht die Entwicklungen im Land zwiespältig: „Im Moment kann man in Kasachstan noch von einer interethnischen Harmonie sprechen. Aber die Politik der Kasachifizierung könnte ernste Probleme und Risiken für die Zukunft

Cornelia Riedel

KASACHISCHE GRENZZIEHUNGEN
GEGENÜBER ALTEN HERREN

Kasachstans bedeuten“, schätzt er ein. Kasachen seien immer noch 50 Prozent der Einwohner und die Bevölkerung sei sehr passiv. „Wenn sich die ökonomische Situation weiter so verbessert, scheint alles unter Kontrolle. Aber wie lange werden die 50 Prozent Nicht-Kasachen ihren Zweite-Klasse-Status im Land akzeptieren? Ich bin mir nicht sicher, ob das interethnische Problem in Kasachstan gelöst oder ob es nur hinausgeschoben ist und sich verschlimmert bei der derzeitigen Politik“, so de Pedro.

Rachegefühle gegenüber den Russen, antirussische Ressentiments und eine unreflektierte Vergangenheitsbewältigung der Sowjetzeit sieht er jedoch nicht als Ursachen: „Die Kasachifizierungsprozesse sind in erster Linie durch ein Gefühl der Schwäche, das vom kasachischen Staat selbst ausging, stimuliert worden.“ Die Kasachifizierung bedeute Nachteile nicht nur für die ethnischen Russen sondern auch für den Rest der nicht-kasachischen Bevölkerung. „Wie auch immer, ich sehe darin nicht eine Art spezieller institutioneller oder sozialer Diskriminierung der russischen Community. Der Staat versucht nur, korrigierende Maßnahmen zu tätigen, um interethnische Konflikte zu vermeiden“, fasst de Pedro zusammen.

Wohl eindrucksvollstes Beispiel der Identitätssuche in Kasachstan ist die Route, die Brautpaare am Tag ihrer Hochzeit durch Almaty nehmen. Am Platz der Republik legen Frischvermählte ihre Hände in den bronzenen Handabdruck des Präsidenten auf der Verfassung. „Das soll Glück bringen“, sagt Bibigul Kumambetowa. Hier auf dem zentralen Platz der Stadt steht das Unabhängigkeitsdenkmal mit dem Schneeleoparden und dem Goldenen Mann, der Nachbildung eines Sakenkriegers, der in der Nähe von Almaty gefunden worden war – Symbole der kasachischen Kultur. Danach fährt jede Hochzeitsgesellschaft zur Ewigen Flamme und dem sowjetischen Kriegerdenkmal im nur wenige Kilometer entfernten Panfilow-Park, um die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs zu ehren. „Die Kasachen, das sind die Titularnation, klar müssen wir deren Sprache sprechen, schließlich leben wir ja auch hier in Kasachstan“, sagt Wassili, der ethnische Russe. In den Panfilow-Park, in dem tagsüber dutzende Brautpaare mit ihren Gästen flanieren, geht er im Dunkeln jedoch nicht mehr. „Als Russe ist mir das zu gefährlich, auch wenn es nur einfache Schläger sind“, erzählt er.

Seit Anfang 2007 seien einige Dokumente des Finanzamtes nur noch auf Kasachisch erhältlich, obwohl das nicht erlaubt sei. „Ich muss einen Freund bitten, mir beim Übersetzen zu helfen“, sagt Sergej Melnik. Der 33-jährige ethnische Russe lebt gern in Kasachstan, „das ist meine Heimat, hier will ich bleiben!“ Doch auch er kann sich vorstellen, seinem Heimatland den Rücken zu kehren, sollte der Druck auf die Nicht-Kasachisch-Sprecher weiter zunehmen. „Ohne uns würden die Kasachen heute noch in Jurten wohnen und auf dem Pferd reiten“, fügt sein Freund hinzu, der seinen Namen nicht nennen will.





Wilhelm Siemers

EINE NATIONALISTISCHE SACKGASSE

Das „Russische Projekt“ der staatstragenden Partei „Einiges Russland“ widerspricht der Idee des Vielvölkerstaats der Föderation.

Wilhelm Siemers ist 1969 in Rhauderfehn/Ostfriesland geboren. Er studierte Politologie und arbeitet seit 2003 als Redakteur beim deutschsprachigen Jugendjournal für Osteuropa, vitamin.de, in Omsk.



Aleksej Schtschepetkin schaut irritiert. Der junge Mann aus der westsibirischen Stadt Omsk ist Mitglied der Jugendorganisation „Molodaja Gwardija“ (Junge Garde). Doch von der neuen Aktion „Russisches Projekt“ seiner Organisation hat er noch nichts gehört. Auf Anhieb mag der 21-jährige Student den Titel nicht. „Das klingt nach Nationalismus“, sagt er. Für ihn sei es unverständlich, warum die Regierungspartei „Einiges Russland“ in ihrer Jugendabteilung ein solches Projekt mache. „Das Problem des Nationalismus und des Fremdenhasses ist bei uns nicht aktuell“, meint der Sibirier. Solche Diskussionen würden nur die Gewaltbereitschaft radikaler Jugendlicher steigern, Aussagen wie diese erstaunen, machen doch die russischen Statistiken über Gewalt gegenüber Ausländern weltweit Schlagzeilen. Aber sie sind charakteristisch für die Politik der Staatspartei „Einiges Russland“. Die Partei ist der verlängerte Arm des Präsidenten Wladimir Putin. Nach Meinung der russischen Politikwissenschaftlerin Lilija Schewzowa initiierte der Kreml in den letzten zwei Jahren die Renaissance des Nationalismus. Vor allem die Interessen der einheimischen Bevölkerung sollen gegenüber Einwanderern aus den ehemaligen Sowjetrepubliken geschützt werden. Dazu holt der Kreml sogar den alten Slogan „Russland den Russen“ aus der Mottenkiste. Diesmal neu verpackt als „Russisches Projekt“.

„Einiges Russland“ – Wahlkampf mit nationalistischen Parolen Spiritus Rector des „Russischen Projekts“, das im Februar 2007 begann, ist Iwan Demidow.

Der frühere populäre Fernsehmoderator ist heute Chef für ideologische und politische Arbeit und kümmert sich um Themen wie „russischer Nationalismus“ oder „Russen und Orthodoxie“ in der Jugendabteilung „Junge Garde“. Zu den Duma-Wahlen am 2. Dezember war die Zielsetzung der Regierung klar: Die Zweidrittelmehrheit der Partei „Einiges Russland“ im Parlament sollte verteidigt werden, damit der künftige Präsident, der am 2. März 2008 gewählt wird, weiter regieren kann wie bisher der noch amtierende Präsident Putin. Dabei setzt die Regierungspartei auf die Mobilisierung der Jugend. Nur jeder dritte Wähler im Alter von 18 bis 25 Jahren geht zur Wahlurne. Gerade die Organisation „Junge Garde“ mit ihren 50.000 Mitgliedern sollte die Jugend für die Wahlen mobilisieren. Mit dem „Russischen Projekt“ will „Einiges Russland“ vor allem die „weichen“ Nationalisten unter den Jugendlichen gewinnen.



Wilhelm Siemers

EINE NATIONALISTISCHE SACKGASSE

Nach Angaben der Moskauer Politologin Schewzowa unterstützten Ende 2006 ungefähr 56 Prozent der Bürger Russlands die Losung „Russland den Russen“. Allerdings liegt der Anteil der Bevölkerung, der einen offenen ethnischen Nationalismus befürwortet, nur bei fünf Prozent. Die Mehrheit der Russen lehnt gewaltsame Auseinandersetzungen und ethnische Diskriminierungen ab. Dass ethnischer Nationalismus im russischen Vielvölkerstaat nicht gefragt ist, musste auch Iwan Demidow bemerken. An den verschiedenen Orten Russlands haben selbst die Mitglieder der Staatspartei Vorbehalte gegenüber solchen offensiven Ideen. Nationalismus landesweit durchzusetzen ist schon ein Widerspruch an sich: Ein Teil der Parteimitglieder ist selbst nicht russisch.

Burjatien – Vorsicht mit nationalistischen Projekten Jeden Morgen wenn Bair Angurow zur Arbeit geht, fällt sein Blick auf den größten Lenin-Kopf der Welt. Das Denkmal aus Granit steht im Zentrum von Ulan-Ude, der Hauptstadt der Republik Burjatien, auf der Ostseite des Baikalsees. 21 dieser nationalen Republiken gibt es in der Russischen Föderation. Sie haben ihre Amtssprache, eine Verfassung und dürfen sogar einen Präsidenten wählen. Burjatien hat eine Bevölkerung von knapp einer Million Menschen. Russen, Burjaten, Ukrainer und Tataren leben friedlich zusammen. Der Präsident der Republik ist Russe, doch viele politische Eliten sind Burjaten – typisch im asiatischen Teil Russlands. In der Sowjetunion war dies nicht so. Die Politiker im Kreml betrieben eine Russifizierung der politischen Eliten, nicht nur in den Sowjetrepubliken. Ethnische Russen besetzten damals stets die politischen und wirtschaftlichen Schlüsselpositionen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatten auch Burjaten bessere Chancen in die Politik zu gehen. Bair Angurow ist einer von ihnen. Der 41-Jährige leitet die Jugendbewegung „Junge Garde“ in seiner Republik. Auf die Frage, ob er schon etwas von dem „Russischen Projekt“ gehört habe, antwortet er: „Ehrlich gesagt, habe ich nichts davon gehört.“ Doch schon der Titel und die Thesen des Projektes machen ihn nachdenklich. „Ich bin mit Projekten dieser Art immer sehr vorsichtig“, sagt er. Burjatien sei eine der stabilsten Republiken Russlands. Ethnische Konflikte gebe es praktisch nicht. Deshalb solle man das Thema Nationalismus und Extremismus lieber nicht anrühren. „Damit kann man nur die Aktivitäten jugendlicher Radikaler provozieren“, meint der Lokalpolitiker. Dass Burjaten, die asiatisch aussehen, selbst Opfer von rassistischen Übergriffen werden, weiß Angurow gleich zu berichten: Vor drei Jahren wurden Mitglieder der burjatischen Mannschaft im Bogenschießen in der westrussischen Stadt Tula von Russen verprügelt. Der Vorfall wurde in Burjatien viel diskutiert. Seither sind die Burjaten sensibilisiert für alle Bestrebungen der Russen, ihre ethnische Überlegenheit den anderen Nationalitäten zu demonstrieren.

Fremdenfeindlichkeit im Westen Russlands

Bair Angurow geht in seinen Überlegungen noch weiter: Anstatt sich in Moskau irgendwelche nationalen Projekte auszudenken, solle man lieber von der Nationalitätenpolitik in den Republiken lernen. Vor allem in den westrussischen Städten gebe es Fremdenfeindlichkeit. Viele burjatische Eltern würden lange

nachdenken, ob sie ihre Kinder zum Studium in eine größere Stadt im Westen des Landes schicken. „Sie haben Angst, dass ihre Kinder aufgrund ihres nichtslawischen Aussehens angegriffen werden“, erzählt Angurow. Dagegen müsse der Kreml endlich etwas tun. Das „Russische Projekt“ sei für die Bekämpfung von rassistischen Übergriffen ungeeignet. Auch wenn er diesen Posten zu Sowjetzeiten innehaben würde, „Damals gab es solche Angriffe auf andere Nationalitäten nicht“, erinnert sich Angurow.

In der vorlesungsfreien Zeit herrscht in den Fluren der Staatlichen Universität Omsk gähnende Leere. Nur Wiktor Mironow hält die Stellung. Der Juniorprofessor und Konfliktforscher sitzt in seinem Büro und bereitet einen wissenschaftlichen Aufsatz über den Irakkrieg vor. Im Hintergrund brummt die Klimaanlage. Auch er hat von dem „Russischen Projekt“ noch nichts gehört, doch im Prinzip findet er das Thema interessant. „Einerseits ist das Thema Nationalismus von der Regierungspartei bisher nicht bearbeitet worden. Andererseits ist es in einem Vielvölkerstaat nicht ungefährlich solche Projekte durchzuführen“, sagt der 34-Jährige. Besonders im Kaukasus oder in der Altai-Region werde ein Projekt, das die Rolle der ethnischen Russen hervorhebt, auf Widerstand stoßen. Ohnehin bestehe die Gefahr des Nationalismus in der Hegemonie einer Nationalität. „Ethnizität ist immer gefährlich“, konstatiert der Forscher. Doch auch die Entwicklung eines gesamt-russischen Patriotismus habe nicht funktioniert. Die Formel „Wir sind alle Russländer“, die vom ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin in den 90er Jahren als Staatsideologie ausgegeben wurde, konnte sich nicht etablieren.

Deshalb ist der junge Professor der Meinung, dass die „Junge Garde“ das „Russische Projekt“ weiter führen sollte. „Wer dieses Thema vermeidet, steckt wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand“, glaubt der Wissenschaftler. Nationalismus trotz Gefahr der Hegemonie einer Nationalität? Der Konfliktforscher nickt. Der Kreml mache es richtig, wenn er das Thema nicht Parteien wie der LDPR von Wladimir Schirinowski und den Kommunisten überlasse. Nur in der Art und Weise, wie der Kreml das Thema öffentlich diskutiere, sollte man vorsichtiger zu Werke gehen.

Gerade in den russischen Regionen gehören die Mitglieder der Staatspartei „Einiges Russland“ unterschiedlichen Nationalitäten an. „Bei uns ist alles ruhig. Die Nationalitäten leben friedlich zusammen. Solche nationalistischen Projekte wollen wir nicht“, sagt der junge Russe Aleksej Schtschepetkin in Omsk. Er macht vieles von dem mit, was die Staatspartei sagt. Aber das gehe zu weit. Der Kreml schafft es also nicht immer, die politischen Prozesse nach Belieben zu kontrollieren. Mit einem staatlich verordneten Nationalismus kann der Kreml in Zukunft nicht punkten. Zu vielfältig sind die Interessen im Vielvölkerstaat Russland und auch der Kreml ist nicht allmächtig.

Jutta Sommerbauer

NATIONALISMUS AUF ALLEN KANÄLEN

Die Parteimedien der nationalistischen Partei „Ataka“ versorgen ihr Publikum mit xenophoben Botschaften. Täglich.

Jutta Sommerbauer ist 1977 in Wien geboren. Sie studierte Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Huddersfield (GB). Insgesamt fünf Jahre arbeitete sie in Bulgarien als Universitätslektorin und freie Journalistin. Ihre Schwerpunkte sind Gesellschaftspolitik und Wirtschaft in Südosteuropa, das Innenleben der Transformation, Reisereportagen.



Wehklagender türkischer Frauengesang legt sich über die eindringlichen Klänge des osmanischen Blasinstruments Zurna. In der linken Bildhälfte des Fernsehers erscheinen vor dem verschwommenen Hintergrund eines Minarets bedrohliche Begriffe in Großbuchstaben. „Türkisierung“. „Separatismus“. Im Bild rechts: die bulgarische Fahne, im Vordergrund Grundsätze aus der Verfassung. „Artikel 2: Die Republik Bulgarien ist ein Einheitsstaat mit örtlicher Selbstverwaltung. In ihm sind keine autonomen territorialen Einheiten zulässig. Artikel 3: Die Amtssprache in der Republik ist die bulgarische Sprache.“

Erneut versklavt?

Türkisierung, Kolonialisierung, Abspaltung, Untergang der bulgarischen Nation – und das heute, 130 Jahre nach der Befreiung vom so genannten „osmanischen Joch“: Der Dokumentarfilm „Die neue Sklaverei“ lässt keinen Zweifel, dass die türkische Dominanz in den südbulgarischen Gebieten längst Realität ist. „Der Terror gegen die Bulgaren in den gemischtethnischen Gebieten wird immer arroganter“, fährt eine Sprecherin aus dem Off fort. Welcher Terror? – Moscheen „sprießen wie Pilze aus dem Boden“, Kinder erhalten muslimischen Religionsunterricht, türkische Folkloreensembles werden staatlich gefördert, manche der Dorfbewohner bezeichnen ihre Identität eher als „türkisch“ denn „bulgarisch“. Fazit des Films: In den südlichen Landesteilen entsteht eine „fünfte Kolonne“ Ankaras.

Die sechsteilige Dokumentar-Serie war im vergangenen Jahr der Publikumserfolg des Kabelsenders SKAT, zugleich das mediale Sprachrohr der nationalistischen Partei Ataka. Ataka räumt radikal mit einer angeblichen „Lebenslüge“ der bulgarischen Politik nach der Wende von 1989 auf: dem friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen in einem Land.



Jutta Sommerbauer

NATIONALISMUS AUF ALLEN KANÄLEN

*Medienpartei Ataka*

Atakas Erfolgsstory beginnt im SKAT-Fernsehstudio: Denn die Partei Ataka ist ein Klon der gleichnamigen TV-Sendung ihres Chefs Volen Siderov. Dieser war vor seiner Politikerkarriere Journalist; zunächst Chefredakteur der antikommunistischen Tageszeitung „Demokracija“ und danach beim populistischen Blatt „Monitor“ aktiv. Siderov ist ein politisches Chamäleon: Zunächst Anhänger der Reformbewegung Vereinigung der Demokratischen Kräfte, sympatisierte er später unter anderem mit dem aus dem spanischen Exil zurückgekehrten Ex-Zaren Simeon. Erst in den letzten Jahren entwickelte er eine radikal-nationalistische Position.

Als Autor dreier verschwörungstheoretischer Monographien hat sich Siderov mittlerweile auch auf dem Buchmarkt einen Namen gemacht. In seinem 2002 erschienenen Buch „Bumerang des Bösen“ deckt er den angeblichen Angriff des Judentums auf die Orthodoxie auf. Siderov unterstellt, dass der „jüdische Bolschewismus“ bzw. eine „jüdische Clique“ den Tod von „66 Millionen orthodoxen Christen“ zu verantworten hätte. Weiter stellt er die terroristischen Angriffe auf die USA am 11. September 2001 infrage: Die USA hätten diese vielmehr inszeniert, um ihr Ziel der Weltherrschaft zu erreichen. Richtig bekannt wurde der weißhaarige Mann mit dem stechenden Blick aber durch seine Auftritte im Kabelfernsehsender SKAT: als zorniger Kommentator seiner zehn Minuten langen Sendung „Ataka“, die von Montag bis Freitag pünktlich um 19:20 Uhr über den Bildschirm flimmert. In der One-Man-Show, untermalt von Wagner-Musik und vor dem Standbild eines bulgarischen Grenzübergangs, hetzt Siderov gegen alle, die ihm nicht in den Kram passen: Roma, Türken, Juden, korrupte Politiker, ausländische Investoren, Homosexuelle. Auch heute noch, als Abgeordneter der Nationalversammlung.

Die Siderov-Show

Siderov hat seinen medialen Bekanntheitsgrad in politisches Kapital umgewandelt. Im Sommer 2005, kurz vor den Parlamentswahlen, gründete er seine Partei Ataka – die erste Partei in Bulgarien seit 1989, die xenophobe Ressentiments politisiert und damit erfolgreich ist. Bei den Wahlen erlangte die Gruppierung acht Prozent der Stimmen und zog in die bulgarische Nationalversammlung ein. Bei den Präsidentenwahlen im Oktober 2006 gelangte Volen Siderov sogar bis zur Stichwahl – gegen den heute amtierenden Präsidenten Georgi Parvanov. Auch nach dem Urnengang zum Europäischen Parlament konnte Ataka drei von insgesamt 18 bulgarischen Europa-Abgeordneten entsenden. Diese sind nun Mitglied in der neu gegründeten Rechtsaußen-Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“, der auch Jean Marie Le Pens Front National und die Großrumänienpartei angehören.

„Seit seiner Entstehung baut TV SKAT kontinuierlich das Image eines ‚Fernsehens des Volkes‘ auf, das die dringenden Probleme der Bulgaren aufgreift“, schreibt der Journalist Orlin Djelepov. Siderov ist die Speerspitze des Mediums – seine Sendung ist die bekannteste und gehört zu den meist gesehenen. „Für gewöhnlich gleicht

die Analyse einer Katastrophe, die dargebotenen ‚Fakten und Beweise‘ basieren auf stereotypen Ängsten, altertümlichen Vorurteilen und unüberprüften Behauptungen“, so Djelepov. Das Fazit seiner Medienanalyse: Ataka nutze die Minderwertigkeitskomplexe der heutigen Bulgaren systematisch aus.

Attacke in Papierform

Noch ein zweites Parteimedium – die Tageszeitung „Ataka“ – verbreitet das Programm der Nationalisten. Berichte über die Kriminalität der „Zigeuner“, drohende Bauprojekte neuer Moscheen, Denunziationen von „Vaterlandsverrätern“ sowie regelmäßige Interviews mit Ataka-Politikern füllen die 24 Seiten des Blattes. Laut Angaben der PR-Agentur „Argenta“ hat Ataka eine Auflage von etwa 16.000 Stück und liegt damit auf dem 5. Platz in der Rangliste der landesweit erscheinenden Zeitungen.

Chefredakteurin ist Kapka Siderova, Volen Siderovs Frau. Doch damit erschöpft sich das Familienbusiness nicht: Die Zeitung wird von der „Bumerang“-Verlagsgesellschaft herausgegeben, in der auch die Bücher von Volen Siderov erscheinen. Siderov ist ihr eingetragener Gründer, laut der Unternehmens-Datenbank DAXY gehört die Firma zu 90 Prozent Kapka Siderova.

Medienmacht als Propagandavorteil

Während die Tageszeitung in Bulgariens Hauptstadt Sofia hergestellt wird, ist die Schwarzmeerstadt Burgas der Sitz der Firma SKAT. Valeri Simeonov, Geschäftsführer und Mehrheitseigentümer des Unternehmens, versteht sich als Businessmann mit patriotischem Auftrag. „Meine Ambition, ein patriotisches Fernsehen zu machen, entwickelte sich in einer Zeit der sich ausbreitenden Heimatlosigkeit, als die Regierungen und Institutionen den Nihilismus provozierten und tolerierten“, erklärt er in einem Interview. „Das Bulgarische zu beschimpfen und zu bespucken ist zu einer medialen Tradition geworden. Das hat meine Überzeugung gestärkt, dass ich auf dem richtigen Weg bin – wir sind Bulgaren und es gibt nichts, wofür wir uns schämen müssen.“

Das Geheimnis des Erfolges des nationalistischen TV-Kanals: Sein Negativismus gegenüber den Herrschenden lässt es als unabhängiges Medium erscheinen, die populistische Rhetorik der Kompromisslosigkeit und beständigen Aufdeckung von Skandalen wirkt glaubwürdig – und verleiht den von der Politik Enttäuschten eine vermeintliche Stimme.

„Bei Ataka und SKAT gibt es keinen Unterschied zwischen medialer und politischer Öffentlichkeit“, sagt der Sofioter Medienwissenschaftler Orlin Spassov. „Die Partei Ataka hat als Medienpartei begonnen; nicht zufällig wurde der Name der Partei und Zeitung von Siderovs Sendung auf SKAT übernommen.“ SKAT ist damit seit der Wende 1989 die einzige TV-Station, die im Dienste einer Partei steht. „Aufgrund des Fernsehsenders

Jutta Sommerbauer

NATIONALISMUS AUF ALLEN KANÄLEN



hat Ataka einen großen Propagandavorteil gegenüber den übrigen politischen Formationen“, erläutert Spassov. Viele Bulgaren schauen SKAT wegen des „Kuriositätsfaktors“. Derartiger Medienkonsum kann zur Normalisierung eines nationalistischen Diskurses und zur Akzeptanz von diskriminierender „Hate Speech“ beitragen.

Aktionen gegen „unbulgarische“ Medien

Aber auch Ataka macht ihrem Image einer Medienpartei alle Ehre. Denn erstaunlich oft stehen die als „unbulgarisch“ gebrandmarkten übrigen Medien im Visier der Gruppierung. Zuletzt organisierten die Nationalisten eine Protestkundgebung gegen die Ausstrahlung des bulgarisch-türkischen Spielfilms „Gestohlene Augen“ im Programm des Nationalfernsehens BNT. Im Februar 2007 wiederum stürmten Ataka-Anhänger das Redaktionsgebäude des WAZ-Konzerns in Sofia, um Redakteure der Wochenzeitung „168 Stunden“ wegen eines missliebigen Artikels persönlich zur Rede zu stellen. Schon seit den Anfangstagen der Partei polemisieren die Nationalisten gegen die Kurznachrichten in türkischer Sprache im staatlichen Fernsehen, und liefern sich mediale – und in Folge gerichtliche – Schlachten mit bekannten Journalisten.

Der Abwehrkampf im Dienste des „Bulgarentums“ wird wiederum in den parteieigenen Medien übertragen und als Propagandaerfolg dargestellt. Der harte Kern der Wähler, der auch zu den regelmäßigen Medienkonsumenten gehört, befindet sich in einem hermetisch abgeschlossenen Informations-Zyklus: In Zeitung und TV wird ebenfalls Parteipropaganda wiedergegeben. Der Kreis schließt sich: Für Widerspruch ist kein Platz mehr.

Medien gegen Öffentlichkeit

Nicht ausgewogen, ideologisch, keine Spur von Objektivität: Mit diesen Worten charakterisiert Orlin Spassov die Ataka-Medien. Dadurch würden sie sich auch von den anderen Medien, selbst der Boulevard-Presse, unterscheiden. „Die Spezifik dieser Medien besteht darin, dass sie gegen das Prinzip der Öffentlichkeit vorgehen. Das mag paradox klingen, doch geht es hier um einen Gebrauch des Zugangs zu Öffentlichkeit, um eben die Bedingungen von Öffentlichkeit zu untergraben: Dialog, Diskussionen, rationale Argumente.“ Die Folgen seien alarmierend, so Spassov: „Es ist ein Beispiel dafür, wie eine Mediatisierung der Politik extreme Formen von Privatisierung und Erosion der Öffentlichkeit schafft.“

Nach den überraschenden Wahlerfolgen der Nationalisten herrschte unter Medienmachern und Kommentatoren zunächst Ratlosigkeit. Während die landesweiten TV-Stationen das Phänomen Ataka ignorierten und sich selbst eine Informationssperre auferlegten, gab es im zivilgesellschaftlichen Sektor mehr Reaktionen. So brachte die breite Initiative „Bürger gegen den Hass“ Siderov wegen diskriminierender Aussagen gegen Juden, Roma, Armenier und andere Minderheiten vor Gericht – auf Grundlage des bulgarischen Antidiskriminierungsgesetzes.

Straflose Hate-Speech?

Juliana Metodieva war als einzige Klägerin bislang erfolgreich. „Siderovs Aussage ‚Bulgarien den Bulgaren‘ hat mich diskriminiert, da ich armenischer Herkunft bin“, erklärt die Sofioter Journalistin der Menschenrechtszeitschrift „Objektiv“. Die anderen Klagen sind noch immer bei Gericht anhängig. Die Prozesse ziehen sich in die Länge – vornehmlich auf Grund der Verzögerungstaktik von Siderovs Anwälten.

Im Medienbereich selbst greifen Kontrollmechanismen nur langsam. Im November 2004 unterzeichneten Vertreter von über 160 Medien einen „Ethischen Kodex“, der zu mehr Fairness im täglichen News-Business beitragen soll: der erste Versuch der Verankerung medienethischer Grundsätze im bulgarischen Journalismus. Die Medien verpflichten sich zur Einhaltung bestimmter Grundsätze: nur verifizierte Informationen sollen verbreitet, die Identität von Opfern und Beschuldigten muss geschützt werden, Berichterstattung soll keinen ethnischen Hass schüren. Doch weder Ataka noch SKAT sind Mitglied des „Ethischen Kodexes“ – für sie gelten diese Verhaltensregeln also gar nicht.

Auch über die tatsächliche Effizienz des Kodexes gibt es geteilte Meinungen. Eine Studie der Nichtregierungsorganisation Metodieva etwa kritisiert, dass in der Praxis die Maxime „Hausverstand“ Vorrang vor journalistischen Prinzipien habe. Fazit: Der Kodex spiele im journalistischen Alltag kaum eine Rolle. „Nicht einmal alle Unterzeichner halten sich an die Regeln“, kritisiert auch Metodieva.

Der bulgarische „Rat für elektronische Medien“ vergibt Sendelizenzen und überwacht die Programmausübung. Er kann bei Verstößen gegen das Fernsehgesetz – etwa bei der Verwendung diskriminierender Sprache – Geldstrafen aussprechen. Doch diese scheinen die nationalistischen Medienmacher nicht wirklich abzuschrecken. Einmal hat der Rat in der Vergangenheit einer TV-Station aufgrund des Vorwurfs der „Hate Speech“ die Lizenz entzogen – was damals selbst Proteste unter vielen Medienmachern hervorrief, die die Entscheidung als unverhältnismäßig kritisierten. Bei SKAT möchte der Rat nun anscheinend nicht mehr so weit gehen – und das, obwohl der Sender viel radikaler und einflussreicher ist. „Die Regulativorgane handhaben das Problem der Hate Speech zu lax. Schließlich führt das dazu, dass es in Bulgarien eine große Geduld mit dem ‚Markt‘ der Hate Speech gibt“, sagt Orlin Spassov.

Während Journalisten, NGOs und demokratische Kontrollorgane sich wundern, wie man gegen die mediale Hetze von Ataka vorgehen könnte, sitzt die Gruppierung – zumindest derzeit – am längeren Hebel. Atakas Medien haben einen neuen journalistischen Stil etabliert: einen nationalistischen Diskurs, täglich frisch auf Papier gedruckt, und vor dem TV-Bildschirm zu konsumieren.

Nina Stoffers

THE SOUND OF SHUTKA

Am Rand von Mazedoniens Hauptstadt Skopje befindet sich das größte Roma-Viertel Europas. Eine Geschichte von Menschen, der Freiheit und ihren Grenzen.

Es ist fünf Uhr morgens. Muezzine rufen zum Gebet. Blechern scheppert ihr Rufen zunächst von einem, dann vom nächsten Minarett aus den Lautsprecherboxen. Ein Hund beginnt zu bellen, mehrere andere stimmen ein. Golden steigt die Sonne hinter den Hügeln von Shuto Orizari auf. Kein Wölkchen trübt die Sicht auf den sich allmählich färbenden Himmel. Alles ist friedlich, hier und da kräht ein Hahn. Ein alter Mann hustet sich die Seele aus dem Leib, dann riecht es nach Zigarettenrauch. Nur vereinzelt sind Menschen unterwegs, die Straßen noch leer.

Abraham reibt sich die Augen, während seine Schwester gegen acht Uhr aufsteht, um zur Arbeit zu gehen. Sie hat Glück, denn als eine von wenigen hat die 19-Jährige eine Arbeit als Putzfrau bei einer mazedonischen Familie gefunden. Offiziellen Quellen zufolge sind bis zu 90 Prozent der Roma in Shuto Orizari arbeitslos. Viele behelfen sich jedoch mit Arbeit im informellen Sektor, vor allem im Baugewerbe und im Handel mit Waren. Es sind allerdings nicht die hohe Arbeitslosigkeit oder die blühende Schattenwirtschaft, weshalb Shuto Orizari einzigartig ist: Shutka, wie der Vorort der mazedonischen Hauptstadt Skopje von seinen Einwohnern auch genannt wird, ist mit 70.000 Roma die größte Roma-Siedlung Europas. Hier gibt es einen Bürgermeister, der selbst Rom ist, zwei eigene Fernsehstationen, eigene Schulen und zwei Roma-Abgeordnete, die im Parlament sitzen. Hier leben die Roma ausnahmsweise nicht in der Minderheit, hier bilden sie die Mehrheit.

Abraham und seine Schwester wohnen zusammen mit ihren Eltern, Großeltern und drei weiteren Geschwistern in zwei winzigen Zimmern. Als seine Schwester aus dem Haus ist, dreht Abraham sich um und breitet sich aus, denn jetzt hat er das Bett für sich alleine. Er schläft wieder ein, denn er war bis spät in der Nacht noch mit Freunden in der Disco. Die Großeltern stehen auf, räumen von der überdachten Terrasse das Nachtlager weg. Im Sommer schläft die Familie draußen. Es ist schon kurz nach elf Uhr als Abraham aufsteht und sich wäscht. Vor dem Spiegel zupft er seinen Fokuhila zurecht und setzt sich blaue Kontaktlinsen ein. Dann fährt er

Nina Stoffers wurde 1978 in Berlin geboren. In Hildesheim studierte sie Kulturwissenschaften und in Marseille machte sie ihren Abschluss in Médiation Culturelle de l'Art. Sie ist musikethnologisch und journalistisch tätig für verschiedene Medien, wie den Deutschlandfunk, Kulturpolitische Mitteilungen, Stichwort oder ‚eisbrecher‘.





Nina Stoffers

THE SOUND OF SHUTKA



seinen Rechner hoch, denn es sind Ferien und endlich kann er sich ungestört seinem größten Hobby widmen: der Musik. Diese ist ungewöhnlich für einen Jugendlichen aus Shutka, denn „Hard Rap“ hört hier fast niemand. Abraham bezeichnet sich selbst als „Gangsta Rapper“, schreibt und mischt seit ungefähr fünf Jahren seinen ganz persönlichen Underground-Rap. Musik macht er nicht mit den stereotypen Roma-Instrumenten wie Geige, Klarinette oder Keyboard, sondern mit Computer und Mikrofon. Er singt nur auf Englisch, nicht auf Romanes, der Sprache der Roma, damit er auch jenseits von Shutka verstanden wird. Der 17-Jährige hat noch ein Jahr Schule vor sich und er muss sich anstrengen, um nicht durchzufallen. Ohne Abschluss die Schule zu verlassen, hätte für ihn fatale Konsequenzen. Denn es ist ohnehin schon schwierig genug eine Arbeit zu bekommen, erst recht für einen Rom.

Keine Jobs für Roma

Viele mazedonische Arbeitgeber erkennen die Roma an ihren in der Regel muslimischen Vor- oder Nachnamen und geben dann vor, keine Arbeitsstelle für sie zu haben. Diskriminierungen wie diese führen häufig dazu, dass Roma ihre ethnische Herkunft verleugnen. Dies ist auch ein Grund dafür, dass offizielle und inoffizielle Zählungen der Roma häufig stark voneinander abweichen. Solange Abraham noch in der Schule ist, bekommt er von der Caritas in Shutka ein Stipendium, das von internationalen Geldgebern finanziert wird. Von den 35 Euro im Monat kann er sich lediglich einen Teil der Fahrtkosten für den Bus zur Schule leisten, da diese auf der anderen Seite der Stadt liegt. In Shutka selbst gibt es bislang zwar zwei Grundschulen, jedoch keine weiterführenden Schulen. Abraham ist einer der wenigen, der ein Gymnasium in Skopje besucht. Im Laufe des nächsten Jahres soll zwar auch in Shutka ein Gymnasium gebaut werden, doch laut Auskunft der österreichischen Botschaft, die den Schulbau zum Teil finanziert, gibt es keinen offiziellen Termin für die Realisierung der Planungen. Obwohl Abraham weiß, wie wichtig der Schulabschluss für ihn ist, wünscht er sich momentan nichts sehnlicher als ein Mikrofon, mit dem er seine Songs professionell aufnehmen kann.

Inzwischen ist es Mittag geworden und während Abraham am Computer im abgedunkelten Zimmer sitzt, haben die Händler im Zentrum auf der „Straße des neuen Lebens“ schon längst ihre Tische aufgebaut. Neben Tomaten, Auberginen und Melonenbergen werden gefälschte Markenartikel zu Spottpreisen angeboten. Raritäten wie Gürtel mit BMW-Emblem finden hier genauso ihre Käufer wie die klassische Adidashose. Auf improvisierten Verkaufsständen türmen sich Ghettoblaster, die in ohrenbetäubender Lautstärke arabische, türkische, bulgarische, serbische oder auch indische Musik von selbst gebrannten CDs über die Straße schallen lassen. Dort drängen sich Daimler mit deutschem oder italienischem Kennzeichen hinter klapprigen alten Ladas, selbstgebauten Fuhrwerken und Pferdekarren. Bei 39 Grad Celsius flirrt die Luft vor Hitze und Staub. Es riecht nach gebratenem Fleisch und Autoabgasen. Die Hitze treibt die Menschen in ihre Häuser und die Straßenhunde in den Schatten. Aber erst am Abend erreicht der Geräuschpegel seinen Höhepunkt, wenn sich viele der Straßen mit Menschen füllen.

Arbeiten in Deutschland

Festlich geschmückte Frauen in traditionellen Pumphosen und reich bestickten Jäckchen mit hochgesteckten Frisuren und Pfennigabsätzen flanieren und tanzen auf den Straßen. Die Traditionen werden trotz der auf den ersten Blick sehr modern erscheinenden Roma Gesellschaft hoch gehalten und befolgt. Der Sommer ist die Zeit der Hochzeiten, der hier für Hochstimmung und die so genannten Urlauber sorgt. Als Urlauber werden diejenigen bezeichnet, die zwar ein Haus in Shutka haben, aber im Ausland leben und arbeiten. Aber nicht nur viele der Urlauber sprechen Deutsch, in Shutka trifft man im Taxi, im Café oder auch in der Schule auf viele Roma, die in Deutschland gelebt haben. Und dies nicht erst als Folge der Jugoslawienkriege, sondern bereits vor den politischen Umwälzungen der 1990er Jahre. 1968 hatte Jugoslawien mit der Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen für Gastarbeiter geschlossen. Viele der mazedonischen Roma gingen auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Südosteuropa mussten jedoch fast alle zurückkehren: Asyl wurde ihnen verweigert, ihre Abschiebung in die Wege geleitet. Viele landeten durch ein „Reintegrations“-Projekt in Shutka, für das beispielsweise Nordrhein-Westfalen große Summen zur Verfügung

Nina Stoffers

THE SOUND OF SHUTKA



stellte. So setzte sich ein Prozess fort, der mit dem Erdbeben von 1963 begonnen hatte. Damals wurden große Teile Skopjes zerstört, unter anderem ein Viertel, das überwiegend von Roma bewohnt wurde und sehr zentral lag. Für den Wiederaufbau wurden den Roma günstige Darlehen für den Wohnungsbau gewährt, allerdings nicht in ihrem ursprünglichen Viertel, sondern am Rande von Skopje. Auch die US-amerikanische Regierung stellte Container-Notunterkünfte bereit, die bis heute noch teilweise bewohnt werden. Das Dorf Shuto Orizari wurde eingemeindet und entwickelte sich zur größten Roma-Siedlung europaweit. Shutka ist ein Ghetto, gefördert von internationalen Geldgebern.

Spannungen zwischen Roma und Albanern

Ab fünf Uhr nachmittags herrscht auf den Straßen nach der Mittagshitze wieder reges Treiben. Abraham hat mittlerweile sein Lied neu abgemischt und steigt in den Bus, den er normalerweise zur Schule nimmt. Der Weg aus Shutka führt vorbei an zwei Moscheen, die keine 300 Meter voneinander entfernt sind. Während die Moschee der Roma schon fast fertig und mit Teppichen ausgelegt ist, befindet sich die andere noch im Bau. An ihrem halbfertigen Minarett hängt allerdings schon ein Lautsprecher, aus dem fünf Mal täglich der Muezzin zum Gebet ruft. Der Unterschied zur Nachbarmoschee: Hier tönt es auf Albanisch und Arabisch, nie aber auf Romanes.

In der Peripherie von Shutka werden in letzter Zeit immer mehr Häuser von und für Albaner gebaut. Alleine deshalb würde Abraham unterwegs hier nicht aus dem Bus steigen. Zwischen Roma und Albanern herrscht eine angespannte Stimmung. Die Geschichte eines nahe liegenden Roma-Viertels ist nur ein Beispiel: Der größte Platz, der den Roma als Tanzplatz diente, wurde von Albanern aufgekauft, um ein Geschäftshaus zu bauen



Nachdem der Boden aufgerissen wurde, hat wiederum die mazedonische Baubehörde aufgrund angeblich fehlender Papiere den Bau des neuen albanischen Hauses gestoppt. Statt einem Tanzplatz oder einem Haus zielt den Platz zwischen Albanern und Roma nun ein tennisplayt großes Loch, das von den umliegenden Bewohnern täglich als Müllhalde genutzt wird. Die Beziehungen zwischen den beiden ethnischen Gruppen sind zwar nicht von gewalttätigen, aber doch von starken unterschwelligem Feindseligkeiten bestimmt.

Mit Musik in die Welt

Eine Stunde und zwei Busse später hat Abraham sein Ziel, ein ruhiges Wohnviertel im Osten der Stadt, erreicht. Hier wohnen bis auf einige wenige Roma größtenteils Mazedonier. Abraham ist auf dem Weg zu Ljatif und Fatime Demir um anzufragen, ob er in deren Tonstudio Aufnahmen für seine neuen Lieder machen kann. Ljatif und Fatime sind selbst Roma und kümmern sich um deren Belange außerhalb von Shutka. Gemeinsam haben sie 1998 den Kulturverein „Darhia“ gegründet, der besonders jungen Roma einen kreativen Raum bieten will. „Darhia“ bedeutet Wurzel auf Romanes. Eine energische Frau Anfang 50 öffnet Abraham mit einladenden Handbewegungen die Tür und bittet ihn hinein. Er ist zum ersten Mal bei den Demirs. Aufgeregt wandert sein Blick über Mandolinen, alte Roma-Trachten, vollgepackte Bücherregale, Fotos an den Wänden. Plötzlich lacht er auf, denn auf einem Foto hat er einen Schulfreund entdeckt, der im Mandolinenorchester von „Darhia“ mitspielt. Abraham fragt Fatime neugierig nach dem Orchester aus. Sie fängt an zu erzählen und gerät ins Schwärmen: die Roma Kinder aus der Nachbarschaft waren zu Beginn des Projekts alle zwischen 9 und 14 Jahren alt. Musikalische Vorkenntnisse hatten die wenigsten von ihnen. Über die Jahre gelang es ihrer charismatischen Leiterin Bajsa Arifovska, selbst Romni und studierte Musikerin, die Jugendlichen zu virtuosen Musikern auszubilden. Mittlerweile treten sie nicht nur in Mazedonien, sondern auch in anderen europäischen Ländern auf. Die Auslandsreisen lockten auch mazedonische Kinder in das Orchester. Diese Interaktion zwischen Roma und Mazedoniern bestätigte Fatime in ihrer Arbeit, die von vornherein darauf abzielte, interethnisch zu vermitteln. Um nicht nur den interkulturellen Austausch, sondern auch den der Generationen zu stärken, haben die Demirs alte und bekannte Roma Musiker wie Seljatin Huna eingeladen, ein Klarinettist aus Esma Redžepovas Ensemble. In den Liedern, die Bajsa für die Gruppe komponiert, verbinden sich wie in der „Orientrumba“ traditionelle und moderne Elemente. Um diese für die Nachwelt festzuhalten, legt Fatime besonderen Wert auf die anschließenden Aufnahmen im Tonstudio. Auf diese Weise, so die Kulturschaffende, bleibt das kulturelle Erbe der Roma nicht nur erhalten, sondern lässt sich damit auch nicht von der Hand weisen.

Abraham interessiert sich zwar für die Aktivitäten seiner Gastgeber, ist aber erleichtert, als er für die ersten Probeaufnahmen endlich ins Studio darf. Während er ins Mikrofon rappt, kommt Fatimes Ehemann Ljatif von einer Reise zurück. Die letzten Tage hat er bei der Konferenz „Roma are Europe!“ in Ohrid verbracht. Die Touristenhochburg war in der vergangenen Woche Schauplatz eines Festivals, zu dem das „Forum for European



Young Roma People“ (FERYP) eingeladen hatte. Zu den Referenten zählte auch Ljatif Demir, der vor jungen Roma aus 14 europäischen Ländern einen Vortrag über seine Arbeit als Linguist gehalten hat. Das kulturelle Erbe sieht er vor allem in der Sprache, die so heterogen ist wie die Roma selbst. Aufgrund der Jahrhunderte langen mündlichen Überlieferungen gibt es viele, teils sehr unterschiedliche Dialekte, aber keine einheitliche Schriftsprache. Ein Phänomen, das sich derzeit durch die Bemühungen der Roma-Linguisten in der Transformation befindet. So wird beispielsweise versucht, auf regionaler und internationaler Ebene eine Standardisierung des mündlichen und schriftlichen Romanes einzuleiten. Ein Versuch der auch unter den Experten sehr kontrovers diskutiert wird. Im Bildungssektor allerdings hat diese Diskussion noch keine Früchte getragen. So bietet die Grundschule in Shutka zwar seit einigen Jahren fakultativen Unterricht auf Romanes an, aber grundsätzlich werden alle Fächer auf Mazedonisch gelehrt, was sich nicht nur auf die Sprache, sondern auch auf den Unterrichtsstoff auswirkt. Die Geschichte der Roma zum Beispiel bleibt völlig unberücksichtigt – obwohl es das Material dafür gäbe. So tritt man auf der Stelle und die Roma Kinder lernen im Geschichtsunterricht eben nichts über die eigene, sondern nur über die Geschichte und die Beziehungen einzelner Staaten. Dass sie Teil dessen sind, wird ihnen nicht vermittelt. Ljatif Demir hat für diese Lücke im Bildungssystem ein bilinguales Buch zur Geschichte der Roma in Mazedonien, ihrer vermutlichen Herkunft aus Indien und ihrer Ansiedlung auf dem Balkan publiziert. Vor einigen Jahren bot er dies der Schule an. Die Antwort der Schule lautete daraufhin, man könne das Buch nicht verwenden, weil keine offizielle Stelle es bislang abgesegnet habe. Eine Aufnahme des Buches in den Lehrplan ist auch auf längere Sicht nicht abzusehen, da Aufgaben dieser Art häufig in der Schublade liegen bleiben.

Emanzipationsprozess

Die Sprachproblematik zeigt den Interessenskonflikt einer sich im Emanzipationsprozess befindenden Minderheit.

Während die Interessen der Roma-Bevölkerung von ihren eigenen politischen Repräsentanten oft kein Gehör finden, schieben diese die Schuld auf das Desinteresse der mazedonischen Staatspolitik. Sowohl die mazedonische Regierung als auch verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen werfen in diesem Zusammenhang vielen Roma vor, dass sie nur auf Hilfe von außen warten anstatt ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Damit machen sie es sich jedoch zu einfach, denn seit Ende des sozialistischen Systems haben sich verschiedene Faktoren für die Roma deutlich verschlechtert: Während die Roma zu Titos Zeiten vergleichsweise gut in die Arbeits- und Sozialpolitik der jugoslawischen Teilrepubliken eingegliedert waren, werden heute die wenigen Arbeitsplätze vielfach nach ethnischer Zugehörigkeit vergeben. Dabei haben die Roma kaum eine Chance.

Minderheitenrechte und Diskriminierung im Alltag sind Themen, über die auch Abraham ein Lied rappen kann. Vor allem in seinen ersten Jahren auf dem Gymnasium saß er im Klassenzimmer mit anderen Roma meistens in der letzten Reihe und sprach nur Romanes. Machte er Fehler im Mazedonischen wurde er als „dummer Zigeuner“

Nina Stoffers

THE SOUND OF SHUTKA

verspottet, sprach er gut Mazedonisch, galt er unter den Roma schnell als Gadzo, wie ein Nicht-Rom genannt wird. Erst durch die Musik verschaffte sich Abraham sowohl im Klassenzimmer als auch auf dem Schulhof Anerkennung und Respekt.

Beispiele wie Abraham sind allerdings eher die Ausnahme als die Regel. Meist bleiben ethnische Gruppen unter sich und in ihrem „Revier“. Wie eng die Grenzen verlaufen, wird jeden Tag aufs Neue ausgehandelt. Entweder durch Schlägereien zwischen Jugendbands der Albaner, Mazedonier und Roma auf dem Schulhof. Oder aber durch Jungen wie Abraham, der mit seiner Musik die Grenzen der ethnischen Territorien überwinden will.

Es ist schon spät, als Abraham sich zufrieden auf den Nachhauseweg macht. Erschöpft hält er im Bus sein Demotape fest in der Hand. Dann beginnt er zu träumen. Abraham möchte raus aus Shutka, raus in die weite Welt, der sozialen Kontrolle und den familiären Verpflichtungen entfliehen. Gleichzeitig weiß er, das Shutka der einzige Ort ist, an dem ein Rom wie er so frei leben kann. Hier sind eben die Roma die Mehrheit, nicht die Gadze. Obwohl vieles von dem, was man in Shutka sieht, riecht, hört und erlebt gar nicht unbedingt typisch für ein Romaviertel, sondern eher für Südosteuropa ist. Doch bleibt das Gefühl, dass hier alles eine Spur anders ist. Während Abraham die letzten Meter zu seinem Haus in der Walt Disney Straße geht, huscht eine Katze durch ein Loch im Zaun und gleich darauf ein Lächeln über seine Lippen. Auch er wird seinen Weg finden, ob hier in Shutka oder außerhalb, dessen ist er sich sicher. Er wird weiter Musik schreiben, rappen und den Ghettablaster auf die höchste Stufe drehen. Morgen früh wird er an seinem Rechner sitzen und das neue Tape abspielen. Der Muezzin wird dann nicht allein seine Botschaft musikalisch in die Welt rufen, er wird Gesellschaft bekommen.



*Andreas Strohfeldt*

WEIHWASSER UND FAUSTRECHT VS. SCHWULE UND LESBEN

*In Russland kämpfen
Homosexuelle immer noch
um ihre Grundrechte.
Teilnehmer an der Parade gegen
Diskriminierung sexueller
Minderheiten leben gefährlich.*

An diesem Pfingstsonntag 2007 steht über Moskau ein wolkenloser Himmel. Bärtige Männer in schwarzen Uniformen, Kreuze auf der Brust, Kruzifixe in Händen, laufen die Moskauer Prunkstraße, die Twerskaja, auf und ab, skandieren: „Moskau ist nicht Sodom.“ Junge Leute ergänzen dies mit den Rufen „Schwule ins Lager“, „Tod den Päderasten“. Hysterische Babuschki in Kopftüchern, bewaffnet mit Schirmen und Heiligenbildern, werfen Eier auf vermeintliche Lesben und Schwule. Hunderte Polizisten, TV-Kameras, Journalisten, ein gutes Dutzend Vertreter sexueller Minderheiten und mit ihnen Sympathisierende wallen die Twerskaja auf und ab. Hier und da kommt es zum Handgemenge. Die Polizei verhaftet Schläger und Geschlagene. Fazit dieses zweiten Moskauer Gay Pride, der Demonstration für Toleranz und gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten: Dutzende Verhaftungen, sieben verletzte LGBT-Aktivist*innen, schockierende TV-Bilder.

Ein Ärmel von Lenas Bluse ist zerrissen. Die zierliche Moskauerin wirkt deprimiert, als stünde sie unter Schock. „Dabei habe ich doch nur gesagt, dass Lesben und Schwule auch Menschen sind.“ Eine Frau habe sie daraufhin attackiert und als sie diese abgewehrt hatte, versuchte deren Mann, sie zu würgen. Keiner der Passanten sei ihr zu Hilfe gekommen. „Was nur ist los mit diesem Land?“

Das fragen sich viele, die die Fernsehbilder sahen – die von den zusammengeschlagenen Oppositionellen in Moskau und Petersburg und nun vom Gay Pride 2007 in Moskau. Im Anfang 2007 veröffentlichten Jahresbericht von Amnesty International beklagen die Menschenrechtler einen bedeutenden Anstieg fremdenfeindlicher Aktivitäten und Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Russland. Nach Tschetschenienkriegen, Terroranschlägen, rassistischen Übergriffen und politisch motivierten Morden ist Gewalt in Russland Alltag geworden. Aber was haben Lesben und Schwule damit zu tun?

Andreas Strohfeldt, geboren 1962 bei Berlin, studierte unter anderem in Moskau und lebte anschließend mehrere Jahre in St. Petersburg. Mittlerweile lebt er überwiegend in Berlin. Strohfeldt arbeitet freiberuflich in den Bereichen Filmproduktion, Recherche und Regie. Dabei verfasst er Essays zu russischen Themen, übersetzt und ist Autor von Reisebüchern über Russland und Georgien u.a.



*Andreas Strohfeldt**„Gay, Slavjanje“¹*

Anfang der 90er Jahre formierte sich eine erste politische Lesben- und Schwulenbewegung, vornehmlich gegen die Abschaffung des Paragraphen 121, Absatz 1, der Beischlaf zwischen Männern mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren ahndete. Daneben war eines der wichtigsten Themen damals AIDS. Russland strebte in den Europarat. Zu den Bedingungen für die Aufnahme gehörte die Abschaffung jenes Paragraphen 121. Am 27. Mai 1993 stimmte eine Mehrheit in der Duma für die Entkriminalisierung homosexueller Beziehungen und am 4. Juli 1999 verschwand Homosexualität von der Liste der psychiatrischen Erkrankungen. In den großen Städten entstanden Klubs und Diskotheken, Saunen, Internetportale. Seit einigen Jahren erscheint das Hochglanzjournal „KVIR“ (Queer) im gleichnamigen Verlag. Die politische Lesben- und Schwulenbewegung verabschiedete sich unspektakulär. Die Avantgarde hatte ihre Schuldigkeit, so schien es, getan. Jedoch dem Tauwetter Anfang der 90er folgte ein Kampf ums Überleben zum Ende des Jahrzehnts.

An die Eingangstür zu Professor Igor Kons Moskauer Wohnung haben Unbekannte 2001 einen Davidsstern gezeichnet und in der Nacht das Imitat einer Bombe dort abgelegt. Zuvor waren seine Vorlesungen an der Moskauer Universität von jungen Glatzköpfen, die antisemitische und homophobe Sprüche skandierten, gestört worden. In der Presse erschienen diffamierende Artikel. „Eine gut konzertierte Aktion gegen mich“, erzählt Igor Kon. Schon zu Sowjetzeiten hatte sich der Soziologe und Sexualwissenschaftler mit dem Freundschaftsideal der Griechen befasst. „Damals durfte man nicht einmal das Wort Homosexualität erwähnen.“ Der antihomosexuelle Paragraph war 1934 ins sowjetische Strafrecht aufgenommen worden. „Die Entkriminalisierung und die Depathologisierung der Homosexualität geschahen von oben“, meint der Professor. „Aber niemand hat den Menschen erklärt, warum. Die russische Kultur kennt den Begriff des Privatlebens nicht“, fügt Kon hinzu. „Russland ist ein Land ohne demokratische Traditionen. Ich kenne keinen Politiker, keinen Wissenschaftler, keinen einigermaßen geachteten Menschen, der mit der Lesben- und Schwulenbewegung sympathisieren oder sich für einen Gay-Pride aussprechen würde, denn Rechte hat in diesem Land niemand, nur Privilegien.“

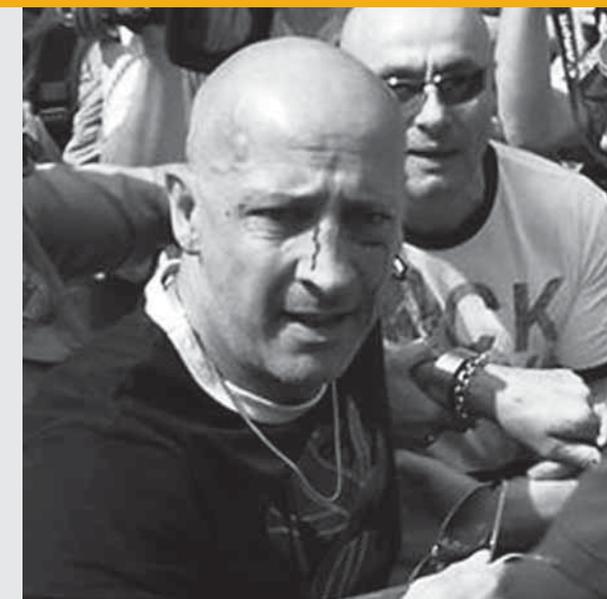
„Moskau ist nicht Sodom“

Das eigentliche Problem aber in Russland sei das durch Tabuisierung des Sexuellen im öffentlichen Diskurs hervorgerufene Unwissen über Sexualität im Allgemeinen und Homosexualität im Besonderen, meint Professor Kon. Sexuelle Belange blieben im Bereich des Privaten und so entstünde ein fruchtbarer Boden für das Wuchern von Vorurteilen aller Art. Homosexualität sei ein Quasi-Tabuthema. „Der großen Mehrheit der Russen sind Lesben und Schwule eigentlich egal, doch sind die Menschen aufgrund der Vorurteile leicht beeinflussbar. Es ist deshalb leicht, den Volkzorn gegen Homosexualität hervorzurufen“ – und mit populistischen Losungen zu punkten.

Als 2005 der Antrag auf eine Gay-Parade gestellt wurde, konterte Bürgermeister Juri Luschkow, er werde solcherlei „satanische Umtriebe“ in seiner Stadt auf keinen Fall dulden. Die Medien, ultranationale Politiker und Populisten entfachten daraufhin im Frühjahr 2006, im Vorfeld des ersten Gay Pride, eine Diffamierungskampagne gegen sexuelle Minderheiten. Als hätte Luschkow Geister beschworen, die er nicht bändigen wollte, kam es zu regelrechten Pogromen in Diskotheken, Clubs und einer Galerie durch aufgeputschte Jugendliche, Klerikale und Babuschki in Kopftüchern mit Ikonen in den Händen.

„Es war in jener Nacht, als die Clubs überfallen wurden. Am späten Abend kam ich aus dem Supermarkt und ging nach Hause. Da traf ich auf eine Gruppe von ungefähr 40 Jugendlichen, die meisten zwischen 16 und 18 und nur einige, die älter waren. Das waren keine Skins, die meisten sahen aus wie Muttersöhnchen. Ich kam ihnen entgegen und als sie mich sahen, riefen sie: ‘Auf dich haben wir gewartet!’“, erzählt Arman, ein junger Armenier. „Sie stürzten sich auf mich und schlugen auf mich ein.“ Die Schläger konnten nicht wissen, dass Arman schwul ist. Sie waren auf dem Weg zu einem der Szene-Clubs, die in jener Nacht belagert wurden. Letztlich aber war es ihnen egal, gegen wen sie ihren Hass und ihre Gewalt richteten – ob nun gegen einen Kaukasier oder gegen Lesben und Schwule.

So wie Arman wurden in jener Nacht und während beziehungsweise nach der ersten, trotz Verbotes durchgeführten Gay-Parade, Dutzende Schwule Opfer von Überfällen. „Moskau ist nicht Sodom!“ Ultrationale Organisationen und Parteien, wie die RONS (Russkij Obschenazionalnyj Sojus: Russische Gesamtnationale Union), die DPNI (Dvishenje Protiv Nelegalnoi Immigraczi: Bewegung gegen Illegale Immigration), die NNP (Nacionalnaja Narodnaja Partija: Nationale Volkspartei) und andere hatten zu gewaltsamen Aktionen gegen die „Päderasten“





Andreas Strohfeldt

WEIHWASSER UND FAUSTRECHT
VS. SCHWULE UND LESBEN

aufgerufen. Es sind die gleichen Parteien und Gruppen, die auch immer wieder im Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Und das vermehrt nach dem Amtsantritt Präsident Putins. Dessen antiliberaler Politik hat diesen bis dahin marginalen Gruppen Zulauf und Auftrieb gegeben. Die meisten Übergriffe bleiben ungeahndet. Wer für sein Tun keine Strafe erwartet, fühlt sich ermutigt. Im ersten Halbjahr 2007 töteten rassistische Schläger 34 Menschen, 14 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Insgesamt 38 Gotteshäuser, darunter elf Synagogen, acht protestantische und zwei russisch-orthodoxe Kirchen, wurden Opfer von gezieltem Vandalismus.

Lesbian Gay Bisexual Transgender Rights

Die Organisatoren der Gay-Parade um Nikolaj Alexejew – die Gruppe LGBT-Rights – versucht mit rechtsstaatlichen

Mitteln gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben vorzugehen und die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu gewinnen. Sie klagen gegen die Verbote der Gay-Parade, gegen homophobe Hetze von Politikern und Kirchenführern, machen sich einen Namen in TV- und Radioshows, suchen Kontakt zu den Massenmedien. Gleich Don Quichottes kämpfen sie gegen die Windmühlen populistischer Meinungsmache. „Es ist paradox“, meint Nikolaj Alexejew, „aber wir kämpfen für Rechte, die wir längst erworben haben.“ Nur dass weder der Staat noch weite Teile der Gesellschaft sie ihnen zugestehen. Es gibt in Russland keine Beratungszentren und keine Kontakttelefone für Gewaltopfer. Die Moskauer Stadtverwaltung verweigert NGOs, die sich explizit für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzen, die offizielle Registrierung. Niemand im Land gedenkt der unschuldigen schwulen Opfer des Paragraphen 121. Die institutionalisierten Vergewaltigungen im Lager durch Mithäftlinge sind nach wie vor kein Thema. Schwule AIDS-Opfer sind doppelt stigmatisiert – als Träger des Virus und als Homosexuelle. Lesbische Frauen sind von künstlicher Insemination ausgeschlossen. Offen schwul zu sein in der Provinz ist lebensgefährlich.

Eine der meist gelesenen russischen Tageszeitungen, der „Moskowskij Komsomolez“, brachte am 12. Juli 2007 einen Artikel über das schwule Leben in Holland. In Groningen traf die Korrespondentin einen jungen Mann, der aus einer russischen Kleinstadt stammt. Sergej war ungefähr 18, als Polizisten ihn und seinen Freund in einer Nacht vor Neujahr beobachtet hatten, als sie sich in einem Hinterhof küssten: „Sascha rannte weg, doch ich blieb. Schließlich hatte ich nichts Verbotenes getan. Die Milizionäre schlugen mich zusammen und ließen mich liegen. Am nächsten Morgen fand mich meine Mutter im Koma auf dem Hinterhof. Kurze Zeit später ermordeten Skins meinen Freund Sascha... Ich liebe meine Heimat. Es ist nicht meine Schuld, dass ich sie verlassen musste. Aber warum haben sie die Gay-Parade in Moskau verboten? Wir sind genau solche Bürger, wie die anderen auch.“ Die Korrespondentin, Darja Aslanova, wandte ein, die sexuelle Orientierung sei Privatsache und eine Gay-Parade würde die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletzen. Am Ende schreibt die Korrespondentin: „Dieser bescheidene Soldat der universalen schwulen Armee brachte mein Mitgefühl, dass ich ihm nicht geben konnte

und wollte. Hinter ihm stehen die ‘Schwulen-Generale’ und die Ideologie der ‘absoluten Freiheit’, die energisch die Welt erobert.“ In die gleiche Kerbe schlug Bürgermeister Luschkow nach Niederschlagung der zweiten Gay Parade in Moskau. „Anfang der 90er hat man uns applaudiert, doch hinter den Ovationen steckten jene, die den Zerfall unseres Landes betrieben“, erklärt der Bürgermeister. „Wir lassen uns nicht die mit unserer Moral unvereinbare Ideologie der grenzenlosen Toleranz aufzwingen. Ein bisschen Zeit wird noch vergehen, und dann werden diejenigen, die uns heute als rückständig bezeichnen, uns darum beneiden, dass wir unsere Werte bewahrt haben.“

Tonfall und Inhalt der Berichterstattung im „Moskowskij Komsomolez“ sind typisch für die Atmosphäre der in den meisten russischen Massenmedien betriebenen Stigmatisierung. Natürlich sei Sexualität Privatsache, doch, so fügt Nikolaj Alexejew in einem Gespräch mit dem Radiosender Echo Moskwy hinzu: „Die Gay-Parade zielt auf mehr Toleranz in der Gesellschaft, auf die Wahrung der Rechte Homosexueller in Russland. Niemand hatte vor, sich halbnackt auf der Straße zu zeigen.“ Als Anfang der 70er Jahre in einigen europäischen Städten Homosexuelle mit den gleichen Zielen erstmalig auf die Straßen gingen, sei auch ihnen Hass und Unverständnis entgegen geschlagen. Seitdem habe sich im Westen vieles geändert.

„Satanische Umtriebe“

Präsident Putin erklärte Ende Januar 2007 auf die Frage, wie er zu Bürgermeister Luschkows Charakterisierung der Gay-Parade als „satanische Umtriebe“ stünde, dass er die Rechte und Freiheiten jedes Bürgers seines Landes achte, und bemerkte zugleich, dass eines der wichtigsten Probleme des Landes die demographische Situation sei. Mit dieser Argumentation hatte zwei Monate zuvor die Registrierungsbehörde von Tjumen (Westsibirien), einer LGBT-Menschen





Andreas Strohfeldt

WEIHWASSER UND FAUSTRECHT
VS. SCHWULE UND LESBEN

rechtsgruppe den Status einer NGO verweigert: „Die Propaganda nicht-traditioneller sexueller Orientierungen bedeutet eine Gefahr für die Sicherheit der russischen Gesellschaft und des Staates, da sie seine geistigen Werte, seine Souveränität und territoriale Einheit untergrabe.“ Außerdem, so heißt es in dem Dokument, würden Organisationen, die homosexuelle Belange vertreten, die Rechte anderer Bürger beeinträchtigen. Deshalb falle die Tätigkeit solcher Vereinigungen unter Paragraph 1, Absatz 1 des „Bundesgesetzes über die Abwehr extremistischer Aktivitäten“.

Duma-Abgeordnete zahlreicher Fraktionen, auch der Putin-Partei „Einiges Russland“, unterstützten Luschkows verfassungswidrige Entscheidung, auch 2007 die Gay-Parade zu verbieten. Manche gingen so weit, zu fordern, alle Teilnehmer in Flugzeuge zu verfrachten und auf die Kurilen auszufliegen. 2006 hatte der ultranationale Duma-Abgeordnete der LDPR (Liberaldemokratische Partei), N. Kurjanowitsch, verlangt, Schwule in sibirische Arbeitslager zu stecken. (Er wurde später aus der Fraktion ausgeschlossen.)

Dreh- und Angelpunkt der Diskussion um die Rechte sexueller Minderheiten ist ihr Status als soziale Gruppe. In einem Interview gegenüber der Agentur Interfax erklärte Mufti Talgat Tadshuddin (der höchste islamische Würdenträger Russlands), „wenn sie (die Homosexuellen - d.V.) dennoch auf die Straßen gehen, muss man sie züchtigen. Eine nichttraditionelle Orientierung ist ein Verbrechen gegen Gott. Der Prophet Mohammed befahl, Homosexuelle zu töten, da ihre Handlungen zur Verminderung des Menschengeschlechts führen.“ Die Gruppe LGBT-Rights klagte wegen Volksverhetzung gegen eine soziale Minderheit. In der offiziellen Urteilsbegründung berief sich das Gericht unter anderem auf ein Gutachten des Soziologie-Professors Antonow der Moskauer Universität: „Sexuelle Minderheiten sind keine eigenständige soziale Gruppe..., sondern Bestandteil devianter Gruppen, wie es Kriminelle, Drogensüchtige und anderer Personen mit von der Norm abweichendem sozialem Verhalten sind.“ Des Weiteren begründete das Gericht die Einstellung des Verfahrens mit dem Umstand, dass der Mufti lediglich einen religiösen Text rezitiert habe, was a priori kein Tatbestand der Volksverhetzung sei. Alexejew quittierte den Urteilsspruch mit den Worten: „Wir leben nach russischen Gesetzen und nicht nach irgendwelchen religiösen Texten.“ So gut wie alle von ihm und seiner Menschenrechtsgruppe angestregten Verfahren endeten bisher mit Urteilen gegen die Antragsteller.

Mit Kreuz und Bibel

Im Frühjahr 2007 veröffentlichten zehn russische Akademiker einen offenen Brief an Präsident Putin, in dem sie ihre Sorge über die zunehmende Klerikalisierung des öffentlichen Lebens zum Ausdruck brachten. Die Versuche der Russischen Orthodoxen Kirche, im Schulwesen, in der Armee und in anderen Bereichen der Gesellschaft und des Staates Fuß zu fassen und ihre Dogmen in den Rang allgemein gültiger moralischer Imperativa zu erheben, würden den säkularen Charakter des Staates in Frage stellen. Den Brief unterzeichneten bisher mehr als 500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Das Moskauer Patriarchat, religiöses Feigenblatt in der Sowjetunion, hat sich in den letzten Jahren zu einer ernsthaften, eng mit dem Staat verflochtenen politischen und wirtschaftlichen Kraft gemausert. Die klerikale Hierarchie leistet Putin Schützenhilfe und nimmt den Staat zugleich in moralische Geiselschaft. Das Recht auf Freiheit des Gewissens wird generell in Frage gestellt. Das Thema Homosexualität – als Todsünde – erlaubt es dem Klerus, politisches Kapital zu sammeln. Vier Tage vor der zweiten Gay-Parade im Mai 2007 veröffentlichte der Pressedienst des Patriarchats eine Erklärung zur offiziellen Haltung der Kirche zum Thema Homosexualität, die in einem Atemzug mit Pädophilie, Zoophilie und Inzest die Bilder von Sodom und Gomorrha heraufbeschwört. Homosexualität und ihre Dämonen würden zur „Degradierung der Nation“ führen und die Propaganda von Homosexualität käme einem „Appell zum Untergang unseres Volkes“ gleich. Zugleich wird argumentiert, dass das internationale Recht (Konventionen für Menschenrechte) es zulasse, die Rechte der einen Menschen zugunsten der Rechte anderer Menschen einzuschränken. Da nun aber die „Propaganda“ bzw. öffentliche Zurschaustellung von Homosexualität die religiösen Gefühle der Mehrheit in einem a priori für orthodox erklärten Land verletzen würde, wäre eine Gay-Parade „Triumph der Sünde“ und müsse deshalb verboten werden.

Wer ein wenig mit der Situation in Russland vertraut ist, weiß: Erklärungen dieser Art sind Politik. Unter den Popen und Mönchen gibt es gewiss nicht wenige, die mit Misstrauen auf die Moskauer Kirchenbürokratie schauen. „Viele Schwulen und Lesben haben mir selbst gesagt, dass sie bei den einfachen Priestern zumeist auf Verständnis für ihre Probleme stoßen“, erklärt Erzbischof Alexej, Vertreter der reformatorischen bulgarischen Orthodoxie in Russland⁷. Doch passiert es gläubigen Schwulen und Lesben oft, dass sie wegen ihrer sexuellen Orientierung, wenn sie sie nicht verschweigen, der Kirchengemeinde verwiesen werden.

Die sexuellen Minderheiten (immerhin fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung) sind die gegenwärtig am weitesten an den Rand gedrängte Gruppe ohne wirkliche, legitime Interessenvertretung und politische Lobby. Menschenrechtsgruppen hatten ihre Unterstützung für die Gay-Parade 2007 zugesichert, diese aber wegen der Unterstützung durch einen ultranationalen Duma-Abgeordneten zurückgezogen.

Kaum Rückhalt besitzt die Gruppe für LGBT-Rights selbst unter den russischen Lesben und Schwulen. In der New Yorker Christopher Street hatten sich die Menschen 1969 spontan gewehrt und spontan war eine Bewegung von unten entstanden. 2006 waren es vor allem geladene Ausländer, die sich gegen Diskriminierung und Versammlungsverbot auf die Straße gewagt hatten, 2007 knapp zwei Dutzend junge Leute. Nikolai Alexejew besitzt sicher viele heimliche Anhänger, aber ebenso viele Neider und Feinde. Die Mehrzahl der Lesben und Schwulen bevorzugt es, „die Gesellschaft nicht zu provozieren“ (aus einem offenen Brief des Betreibers einer schwulen Website, Alexej Chodorkowskij).



Andreas Strohfeldt

WEIHWASSER UND FAUSTRECHT
VS. SCHWULE UND LESBEN

Die apolitische Haltung der Mehrheit innerhalb der homosexuellen Gemeinde spiegelt die Lage im Land wider. Nationalistische Stimmungen überwiegen. Der Putinsche Bonarpatismus nach den wilden und kriminellen 90er Jahren hat vielen Russen das Gefühl von Sicherheit zurückgegeben. Dank Erdöl und Erdgas ist der Wohlstand gestiegen. Und die Menschenrechte? Pressefreiheit? Meinungsfreiheit? Die Opfer des Tschetschenienkrieges?

Transitland ins Nirgendwo

„Russland ist in Wirklichkeit ein einfaches Land und die Regeln sind simpel: Russia is a country of Business. We make money“ erzählt Dima B., ein im ganzen Land beliebter Discjockey. „Es ist egal, ob Du schwul oder lesbisch oder wer auch immer bist, wenn Du Deine eigene Ölleitung hast.“ Doch wer kein Stück Pipeline besitzt – und das ist wohl die Mehrzahl der Menschen, egal ob schwul, lesbisch, hetero- oder asexuell –, steckt im Überlebenskampf. Und der wird mit allen Mitteln geführt. Egal ob es sich um Politiker, Angestellte, Fremdarbeiter, Journalisten oder Künstler handelt. In dem ungeheuren Abstand zwischen Lebensniveau und -weise einer superreichen Minderheit und der armen oder am Rande der Armut lebenden Mehrheit sieht Professor Gilinski die „objektiven Ursachen“ von Intoleranz, Xenophobie, Hass und Neid. Für viele Menschen sei Russland zum „Transitland ins Nirgendwo“ geworden. 36 Millionen Menschen müssten mit einem Einkommen haushalten, das unter dem Existenzminimum liegt – fast ein Viertel der Bevölkerung. Diese Menschen seien die „excluded“, die Ausgeschlossenen – die Mehrheit von ihnen Jugendliche und junge Erwachsene, und besonders empfänglich für nationalistische und extremistische Losungen, für Feindbilder. Die „neue Armut“ in russischen Verhältnissen.

Professor Igor Kon, der Sexualwissenschaftler, betrachtet die Haltung von Politik und Gesellschaft zur Homosexualität als Lackmustest der russischen Demokratie. Gegenwärtig werde die „gewöhnliche Homophobie“ von der politischen Homophobie getragen und inspiriert. Die erste Gay-Parade habe zu einem gewissen Anstieg der Homophobie beigetragen. „Unter der Sowjetmacht war unser Land rot von Blut, heute errötet es vor Scham.“

Wer das Pech hat, Opfer homophober Gewalt zu werden oder nicht stark genug ist, die Sticheleien auszuhalten, fühlt sich, wie der anonyme Autor eines Briefes an den 2000 nach Tschechien emigrierten Herausgeber einer der ersten russischen Journale zum Thema AIDS und Homosexualität:

„Ich hasse dieses Land, weil ich mein ganzes Leben Angst davor habe, dass mich jemand anschreit: ‘Päderast’ – und mir ins Gesicht schlägt. Ich aber bin physisch nicht in der Lage, darauf zu reagieren – weil ich Angst habe. Und zugleich hasse ich meine Angst. Ich hasse dieses Land, weil ich Angst habe es zu verlassen. Ich bin mir nicht sicher, in einem anderen Land leben zu können, weil mich dieses Land zu dem gemacht, der ich bin. Ich versuche, nicht daran zu denken, die kleinen Freuden zu genießen, mich abzulenken, doch dieses Land raubt mir immer wieder meine Würde, indem es mich dazu zwingt, es zu hassen. In diesem Land bin ich schutzlos: gegenüber dem randalierenden Mob, der Miliz, den Behörden, den Nachbarn, der spießigen Mehrheit und verächtlich-berablassenden Intelligenz... Gott, gib mir die Kraft, dieses Land, dass ich so sehr liebe, nicht zu hassen! V.A.“

¹ „Gay, Slavjanje“ besitzt im russischen eine doppelte Konnotation: 1. als Zuruf – Hey, Slawen!, und 2. verweist das englische ‚Gay‘ auf sexuelle Minderheiten. Zugleich Titel eines künstlerischen homoerotischen Journals aus Petersburg Anfang der 90er Jahre; Herausgeberin: Dr. Olga Zhuk.

² Erzbischof Alexej trat Ende der 90er Jahre aus der russischen orthodoxen Kirche aus. Als einziger Vertreter einer Konfession nahm er an der Konferenz für die Rechte sexueller Minderheiten einen Tag vor der Gay Parade Ende Mai 2007 teil.



*Stefan Tenner***DAS SCHWARZE HAUS VON NOVI SAD**

Jugendliche in der Vojvodina wehren sich gegen Rechtsextremismus und Nationalismus. Begonnen hat alles 2004, als Jugendliche aus Brandenburg in Novi Sad zu Besuch waren.

Mitten in der Nacht flogen Steine in Novi Sad. Fensterscheiben splitterten, die Eingangstür wurde mit SS-Runen und Hakenkreuzen verunstaltet. Das war im Juli 2007. Wer das selbstverwaltete Jugendzentrum CK13 angegriffen hat, ist bis heute nicht geklärt. „Offenbar hatten diejenigen, die das waren, etwas gegen unsere Arbeit“, kommentiert CK13-Koordinator Petar Atanackovic den Angriff. CK13 steht für „Schwarzes Haus Nummer 13“. Passanten der serbischen Hauptstadt bleiben immer wieder verwundert stehen und manch einer muss zweimal hinschauen, denn die Fassade ist komplett schwarz gestrichen. „Die Farbe symbolisiert den Zustand der Gesellschaft in der wir leben“, erklärt Ilja Kosmanovic. Im CK13 kümmert sich der Student mit den Rastazöpfen vor allem um die Technik und die Webseite. „Manche dachten sogar wir wären Faschisten oder irgend eine Sekte“, berichtet der 28-jährige Petar Atanackovic über die Verwirrung die in den ersten Tagen in der Nachbarschaft und Lokalpresse herrschte. Die Zahl 13 tat ihr Übriges. An einem Freitag den 13. wurde das Haus im Oktober 2006 gekauft. Eröffnet wurde es dann ebenfalls an solch einem Tag im April 2007. Und nicht zuletzt ist die Hausnummer eine 13. Also kein schlechtes Omen, hoffen die Aktivisten.

Inzwischen sind die Fenster repariert. Eine Steintafel am Eingang klärt Neugierige selbstbewusst auf: „Dieses Haus könnte von historischer Bedeutung werden“, ist in den acht Sprachen zu lesen, die in der Vojvodina gesprochen werden. Dazu gehören Serbisch, Ungarisch, Kroatisch, Slowakisch, Rumänisch und die Sprache der Minderheit der Russienen (Ruthenen), die Sprache der Roma und Deutsch, das bis 1945 ebenfalls dazu gehörte. Petar und Ilja sind fast täglich hier. Der Weg ins CK13 führt sie über einen Hinterhof und spätestens dort wird klar, dass das Schwarz wirklich nur Fassade ist. Die Rückwand des Hauses ist knallgelb gestrichen und versetzt den betonierten Hof in strahlendes Licht. Im Haus werden Gäste an einem einfachen, selbst

Stefan Tenner, Jahrgang 1977, studierte Medientechnik und Hörfunk an der Fachhochschule in Mittweida. Ab 2003 berichtete er als Korrespondent für Hörfunksender wie DeutschlandRadio und Radio Corax sowie für die Junge Welt, das Neue Deutschland oder den Freitag über Serbien. Derzeit lebt er als freier Journalist in Berlin und organisiert internationale und interkulturelle Medien- und Ausbildungsprojekte.



Stefan Tenner

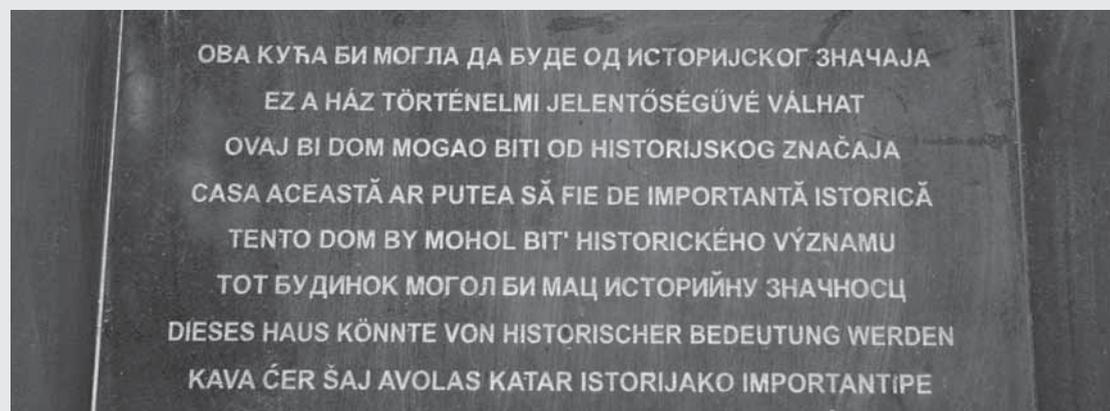
DAS SCHWARZE HAUS VON NOVI SAD

gebauten Tresen empfangen. Es schließt sich ein Saal mit kleiner Bühne an, wo Konzerte, Diskussionen und Filmabende stattfinden. An den Wänden hängen viele Poster der Anti-G8-Aktionen in Heiligendamm. Gemeinsam waren einige Aktivisten vom CK13 im Juni dabei, als in der Nähe von Rostock blockiert und demonstriert wurde.

„Man muss nicht erst zum Opfer werden, um sich dagegen zu wehren“, erklärt Petar die Gründe für sein Engagement gegen Rechts. Er hatte bisher keine körperlichen Auseinandersetzungen mit Neonazis. Es gehe vielmehr um Prävention. „Die Nazis und die Erfahrungen in Deutschland 1933 sind uns hier allen eine Warnung. Viele gute Menschen haben damals nichts dagegen getan und das Ergebnis kennen wir.“ Dabei sei es heute schwierig den Leuten zu erklären, dass Nazis nicht nur ein deutsches Phänomen sind, erklärt er. Genauso wie der zunehmende Neofaschismus in Serbien seine Ursachen in der jahrelangen Konfrontation mit Militarismus, Nationalismus, Hass und Krieg hat. Mit dem CK13 Haus eröffnen sich nun aber endlich neue Möglichkeiten um das zu bekämpfen. „Wir können jetzt viel mehr machen und das vor allem besser“, freut sich Petar.

Anstoß durch Besuch aus Brandenburg

Begonnen hat alles 2004, als Jugendliche aus Brandenburg in Novi Sad zu Besuch waren. Sie berichteten von ihrer Antifa-Arbeit und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. „Es gab erstaunlich viele Parallelen zur Situation in der Vojvodina. Die landwirtschaftliche Prägung, Abwanderung, Arbeitslosigkeit und die gleichen Probleme mit Rechtsextremen“, erinnert sich Petar. Damals entstand die Idee in Novi Sad ein eigenes Hausprojekt ins Leben zu rufen, um Konzerte, Diskussionen, eine Bibliothek und die Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten zu organisieren. Schließlich gab es seit 1973 kein selbstverwaltetes Jugendzentrum mehr in der Stadt.



Aber wie finanziert und organisiert man ein solches Projekt? 20 Jugendliche aus Novi Sad traten 2005 einen Gegenbesuch in Brandenburg an. Sie informierten sich über das Hausprojekt HORTE in Strausberg und andere Initiativen in Berlin und Brandenburg. Das größte Problem blieb die Finanzierung, doch das löste sich schneller als erwartet: 2006 gab die Berliner Organisation „Schüler Helfen Leben“ nach einer Ausschreibung dem CK13 den Zuschlag, und das Haus konnte für rund 200.000 Euro gekauft und renoviert werden.

In der Stadt regieren die Radikalen

Das CK13 ist das bislang einzige Projekt dieser Art in Serbien. In einer Stadt, der die Herrschaft der Habsburger ebenso anzusehen ist, wie das Jugoslawien Titos. Die Bevölkerungszahl hat sich seit den 90er Jahren nahezu verdoppelt – auf heute 400 000. Tausende serbische Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien fanden hier Zuflucht. Doch 1999 kam der Krieg auch nach Novi Sad: Die NATO bombardierte die Stadt und ihre Donau-Brücken, obwohl sie weitab vom Konfliktherd Kosovo lag. Mit EU-Mitteln wiederaufgebaut, scheint heute fast alles so wie vor der Bombardierung.

Seit nunmehr drei Jahren bestimmt allerdings die populistische Radikale Partei Serbiens (SRS) die Stadtpolitik. Ein Szenario, das in der Skupstina, dem serbischen Parlament im 70 Kilometer südlich gelegenen Belgrad, bislang verhindert wurde, obwohl die Radikalen auch dort die mit Abstand größte Fraktion stellen. Die SRS ist ein Sammelbecken für Unzufriedene, für Vertriebenen und für diejenigen, die eine Annäherung Serbiens an EU und NATO genauso ablehnen, wie die liberal-prowestliche Ideologie, die seit dem Sturz von Slobodan Milosevic in wechselnden Spielarten in Serbien in Mode ist. Für Petar ist die SRS eine extrem rechte Partei, jedoch ohne Naziideologie, wie sie beispielsweise bei der deutschen NPD zu finden ist. Die Anzahl der SRS-Wähler ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Die Radikalen profitieren vor allem von der geringen Wahlbeteiligung, die selbst bei Parlamentswahlen extrem niedrig ist. „Die Radikalen sind ein Problem, ein anderes sind die Parteien, die heute in Serbien regieren. Sie präsentieren sich als Demokraten, sind es aber selbst oftmals nicht und sorgen damit für einen immensen Auftrieb rechtsextremer und faschistischer Gruppen“, kritisiert Petar die Entwicklung, seit der tatkräftig vom Westen unterstützten politischen Wende Serbiens vor sieben Jahren.

„Serbien ist bis heute ein isoliertes Land“, sagt Ilja. Noch zu jugoslawischen Zeiten konnte man frei reisen, heute muss man viel Geld, Geduld und Beziehungen haben, um ins Ausland reisen zu können. Mit der EU-Osterweiterung hat sich die Situation sogar noch verschlimmert. Die bürokratischen Hürden ausländischer Botschaften und die hohen Kosten sorgen dafür, dass etwa 70 Prozent der jungen Menschen in Serbien noch nie im Ausland waren. So entstehe besonders unter Jugendlichen ein verzerrtes Bild von anderen Ländern und Kulturen, und das nähre die rechtsextremen Tendenzen. Als Wegbereiter einer nationalistischen Politik gilt liberalen Serben auch die DSS, die Demokratische Partei Serbiens von Premier Vojislav Kostunica. Für den Historiker Milivoj



Stefan Tenner

DAS SCHWARZE HAUS VON NOVI SAD

Beslin ist Kostunica gar ein größerer Nationalist, als es Milosevic je war. „Slobodan Milosevic war Pragmatiker und bereit seine Politik zu ändern. Kostunica hält aber schon seit Jahrzehnten an nationalistischen Ideen fest“, meint der junge Wissenschaftler.

Als Antwort auf diese Entwicklung ist heute besonders bei jungen Menschen ein weit verbreiteter nostalgisch-verklärender Blick zurück angesagt: in die guten, alten Zeiten Jugoslawiens. 45 Jahre existierte der Vielvölkerstaat in der friedlichsten Zeit, die dieser Teil Europas 1000 Jahre lang erlebt hatte. Aus einer primitiven Agrargesellschaft wurde ein Industrieland. Der heute als Kultfigur geltende damalige Staatslenker Tito legte aber auch die Grundlagen für die Konflikte der 90er Jahre, meint Petar. Der „kommunistische Terror“, von dem die Rechten heute reden, war seiner Ansicht nach aber dennoch das Beste was Ex-Jugoslawien passieren konnte. Trotz der vielen Unzulänglichkeiten, die sich später zeigten. Gewünscht hätte sich Petar eine friedliche Transformation des sozialistischen Jugoslawiens in eine moderne demokratische Gesellschaft. Daraus wurde bekanntlich leider nichts. Serbien hat heute dafür andere Probleme zu lösen.

Aktivisten brauchen langen Atem

Für die Vojvodina ist der Auftrieb rechter Tendenzen dabei besonders heikel. Ein Drittel ihrer zwei Millionen Einwohner gehört einer der etwa 30 verschiedenen Minderheiten an. Die Vojvodina ist eine der kulturell vielfältigsten Regionen Europas. Vor allem 2004 ereigneten sich viele Zwischenfälle: Allein im ersten Halbjahr wurden 44 ethnisch motivierte Übergriffe und die Zerstörungen von 32 Gräbern registriert. Das EU-Parlament sah sich damals veranlasst, von einer Unterdrückung der Minderheiten zu sprechen. Seitdem ist es etwas ruhiger geworden. Nicht zuletzt weil Polizei und Justiz vor zwei Jahren schnell und überraschend hart reagierten, als es zu einem faschistischen Übergriff auf eine Veranstaltung in der Philosophischen Fakultät der Uni von Novi Sad kam. Der erste Prozess gegen Neonazis in Serbien endete mit drakonischen Strafen und war für die rechte Szene ein abschreckendes Signal. Trotzdem erhält der serbische Nationalismus weiteren Aufwind. Besonders durch die orthodoxe Kirche, die in den letzten Jahren einen nie da gewesenen Machtzuwachs erlebt hat. Allein 18 neue orthodoxe Kirchen zählten die Autoren einer vom CK13 herausgegebenen kritischen Broschüre in und um Novi Sad. Der Bauboom demonstriert die Klerikalisierung der serbischen Gesellschaft, ist darin zu lesen. Betroffen sei das gesamte öffentliche Leben – Investitionen und die strategische Ausrichtung der Außenpolitik ebenso wie gesellschaftliche Diskurse über moralische Fragen.

Im CK13 läuft auch noch bis 2008 das religionskritische Projekt „Devided God“ (Geteilter Gott). In Zusammenarbeit mit Partnern aus dem slowenischen Ljubljana, dem bosnischen Mostar, Berlin und Istanbul geht es in Videoarbeiten um die Frage: „Sind Religionen der Schlüssel, um Toleranz und die Lösung von Konflikten zu erreichen, oder sind sie selbst daran beteiligt diese Probleme zu schaffen?“

Petar managt das Projekt und hat selbst eine kritische Haltung zu Religionen. „In einer modernen Gesellschaft kann für mich die Kirche keinen starken Einfluss und auch keine wichtige Bedeutung haben“, meint er. Dass andere Menschen religiös sind, akzeptiert er, aber nur solange sie ihn oder andere nicht dazu zwingen, auch an religiösen Ritualen teilzunehmen. Im Mittelpunkt seiner Kritik steht dabei bislang ausschließlich der Einfluss der orthodoxen Kirche, obwohl er auch weiß, dass auch von anderen kirchlichen Organisationen negative Entwicklungen ausgehen. „Es ist ganz einfach: Würde ich in Kroatien oder in Polen leben, würde ich meine Kritik vor allem auf die katholische Kirche richten“, sagt Petar.

Es ist inzwischen Abend. Im CK13 werden die in Mostar entstandenen Filme aufgeführt. Gut 30 Besucher sind gekommen, weit mehr als erwartet. Darunter neue Gesichter, auch älteres Publikum. Für Petar ist das ein erster Erfolg: Langsam wird das CK13 als Ort alternativer Kultur und Diskussion wahrgenommen.

Die Zukunft bleibt indes mit vielen Risiken verbunden, dessen sind sich die Aktivisten bewusst. Wie lange das Schwarze Haus Nummer 13 überlebt, hängt jetzt von ihnen und der Unterstützung von außen ab. Langer Atem wird nötig sein, um das düstere Gesellschaftsbild aufzuhellen. Es geht jetzt nicht darum, zehn Stockwerke auf dem Haus zu errichten, heißt es augenzwinkernd. Besser wären zehn solcher Häuser in der Stadt, in denen man sich um die Lösung der zahlreichen Probleme kümmert. Die müssten auch nicht unbedingt alle schwarz sein.

Mebr Infos zum CK13 in Novi Sad: www.ck13.org



*River Tucker*

EXOTENSTATUS: SCHWARZ & HOMOSEXUELL IN POLEN

Die jungen Warschauer Krystian und Ania gehören gleich mehreren Minderbeitengruppen an. Trotz offener Anfeindungen versuchen sie ein normales Leben zu führen.

„Schwuler, Neger – geht’s noch schlimmer?“-fragten Rechtsradikale im Sommer 2006 auf der polnischen Webseite der rechtsextremen Organisation „Blut und Ehre“. Gemeint war Krystian Legierski, 29 Jahre alt, offen schwul und dunkelhäutig – das perfekte Feindbild für Neonazis.

Krystian Legierski sitzt in seinem Club „Tomba Tomba“ in Warschau, in ein paar Stunden kommen die ersten Gäste. Fragt man ihn nach den Rechtsradikalen, schmunzelt er nur. So richtig ernst nehmen möchte er sie nicht. Seine lässige Körpersprache vermittelt: Hier steht einer, der sich nicht leicht Angst einjagen lässt. Er ist muskulös, spricht besonnen. „Was soll ich schon dazu sagen. Das ist dummer Extremismus, der sehr gefährlich sein kann.“ Nachdem Krystians Name mit Foto und Telefonnummer auf „Blut und Ehre“ veröffentlicht wurde, folgten Telefonterror und Anfeindungen per SMS: „Ich bring dich um. Wir werden dich hängen“ oder „Du schwarze Schwuchtel, geh zurück nach Afrika.“ Passiert ist ihm nichts. Auf der Liste standen Künstler, feministische Professorinnen, Linke, Schwule und Lesben – alle, die in den Augen der Neonazis „Andersartigkeit unterstützen“. Einige auf der Liste hatten weniger Glück. Ein Künstler wurde auf offener Straße niedergestochen, die Wohnung eines schwulen Aktivisten abgebrannt. Verbalattacken ist Krystian gewohnt, auch wenn er nicht findet, dass das häufig passiert. „Vielleicht so zwei Mal im Jahr. Ich bin in Polen aufgewachsen und war schon immer schwarz. Aber ich glaube, solche Sachen können genauso gut in Deutschland oder Frankreich passieren. Vielleicht haben die Leute hier ein Problem mit Homosexualität, aber es sind nicht alle Polen gleich so aggressiv. Diese Rechtsradikalen gibt es überall.“

Aufgewachsen ist er in einem kleinen Dorf im Süden von Polen. Seine Mutter ist weiß, sein schwarzer Vater war als US-Navy-Student in Polen, kennen gelernt hat er ihn nie. Seine Kindheit als einziges schwarzes Kind in dem kleinen Dorf hat Krystian als unproblematisch empfunden. „Klar wollten mich alle anfassen, aber sie waren nur neugierig. Die Leute waren alle sehr nett. In Warschau sind die Menschen dagegen weniger freundlich.“ Erst

River Tucker wurde 1979 in Kanada geboren und wuchs im Ruhrgebiet auf. Im Sommer 2007 beendete sie die Ausbildung an der Berliner Journalistenschule. Seitdem arbeitet sie als freie Journalistin in Berlin für Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender, u.a. für den Tagesspiegel, L.mag und den rbb. Seit ihrem ersten Aufenthalt in Warschau 2005 schreibt sie viel über die Aufbruchstimmung im Nachbarland.



*River Tucker*

in der Metropole erfuhr Krystian was Anderssein bedeutet. Vor zehn Jahren ist er in die polnische Hauptstadt gekommen, um Jura zu studieren, zurzeit schreibt er seine Doktorarbeit über die rechtliche Grundlage für die Homo-Ehe in Polen. Jahrelang engagierte er sich ehrenamtlich im schwulesbischen Verein Lambda. Krystian Legierski ist ein Kämpfer, aber nicht unbedingt aus Leidenschaft, sondern weil es notwendig ist. „Es ist ein blöder anstrengender Job, aber er ist wichtig. Es kommt einem idiotisch vor, dass man hier den Leuten etwas erklären muss, was 600 Kilometer weiter selbstverständlich ist“, echauffiert er sich.

Bei seinem Kampf gegen die Diskriminierung hat er sich sogar mit den ganz Großen der Politik angelegt. Neben seinem Studium führte er den Kult-Club „Le Madame“, bis dieser von Lech Kaczynski geschlossen wurde. Es war ein Club, der zu einem Ort für die junge Kaczynski-Opposition wurde, ein Treffpunkt für Künstler, kritische Journalisten, darunter viele Schwule und Lesben. „Das war Kaczynskis Feldzug gegen uns und er hat die erste Runde gewonnen.“, erklärt der Clubbesitzer. Der Politiker der rechtskonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) war damals noch Bürgermeister in der Hauptstadt. Nachdem das Gebäude durch ein Gerichtsurteil der Stadt Warschau zugesprochen wurde, verlängerte er den Vertrag nicht. Die Auseinandersetzung fiel direkt in den Präsidentschaftswahlkampf 2005. Kaczynski konnte sich mit der Schließung des „Le Madame“ als konservativer Wertewächter profilieren. Im selben Jahr wurde auch die „Parade der Gleichheit“, die Demonstration für die Rechte von Schwulen und Lesben, vom Bürgermeister und Präsidentschaftskandidaten Kaczynski verboten. Es folgten hitzige Diskussionen in den Medien und geschmacklose Äußerungen konservativer Politiker; Schwule wurden als Pädophile bezeichnet, Arbeitslager für Lesben gefordert.

Böser Anruf von der Mutter

Die Sozialdemokraten stellten damals noch die polnische Regierung und unterstützten die Parade demonstrativ. „In welche Richtung will Polen gehen?“, fragten die Demonstranten damals auf der Parade. Die einen marschierten mit der Parade der Gleichheit für Meinungsfreiheit und Vielfalt, für die EU und ein offenes Polen. Die anderen skandierten am Rand gegen die „Perversen“. Mittlerweile ist die Parade nicht mehr verboten, aber die rechtsradikalen Gegendemonstranten sind geblieben, zu lange war Homosexualität ein Tabu im katholischen Polen. Während des Kommunismus und noch Jahre danach waren Homosexuelle unsichtbar. Um das zu ändern, posierte Krystian vor fünf Jahren für eine polenweite Plakat-Aktion eines Musikmagazins. „Es war das erste Mal, dass Schwule sichtbar wurden und es war natürlich ein Skandal“.

Ein Skandal und zugleich das Coming Out in seiner Familie. Seiner Mutter hatte er vorher nichts gesagt, und der erboste Anruf ließ nicht lange auf sich warten. „Seit zwei Jahren wird es besser, sie ist sehr katholisch und versteht es überhaupt nicht. Aber sie liebt mich trotzdem.“ Das ist es was für Krystian zählt. Auch wenn es nicht einfach ist, er liebt seine Heimat. „Polen ist noch nicht fertig, hier kann jeden Tag alles passieren. Das gefällt

mir.“ Anders als andere seiner Generation, darunter viele Schwule und Lesben, die für einen Job und mehr Freiheit ins Ausland gehen, will der 29-Jährige in Polen bleiben. Nach seinem Studium ist er viel gereist. Aber im Ausland leben möchte er nicht. Ihn verbindet eine tiefe Verbundenheit mit Polen und der Art zu leben, zu denken und zu kommunizieren. „Selbst wenn ich mit vielem hier nicht einverstanden bin, ich verstehe es, es ist meine Sprache, alles ist mir vertraut.“ Ob Krystian Diskriminierung, positive wie negative, in der Schwulenszene erlebt hat? Sein Gesicht sieht aus als wolle er fragen, was Diskriminierung ist. Ob er schon mal das Gefühl hatte, dass sich Männer für ihn interessieren, weil er ein „Exot“ ist? Allein die Frage scheint ihm unangenehm zu sein, es passt nicht zu seinem Selbstbild, er zögert. „Ich fühle keine Diskriminierung. Aber vielleicht auch nur deshalb, weil ich sie nicht sehen will.“

Vater aus Haiti, Mutter Polin

Den Exotenstatus kennt auch Ania Pachalko gut. Sie ist in Warschau geboren und lebt seit 37 Jahren in der Hauptstadt. Ihre Mutter ist Polnischlehrerin, ihr Vater stammt aus Haiti und hat die Mutter noch vor der Geburt verlassen. Alles was sie von ihm weiß, ist der Name, es gibt lediglich ein Foto vom Vater.

Ania sitzt im Café Bastylia, in der Crêperie arbeiten fast nur Lesben und ein paar Schwule, das Café ist ein inoffizieller Treffpunkt für die Frauen. Sie erzählt von ihrer Kindheit zu Zeiten des Kommunismus als einziges dunkelhäutiges Kind in der Schule. Wie eine exotische Frucht wollten die Menschen sie ständig anfassen und bestaunen. Alle dachten, sie sei eine Ausländerin. Absurd für die Tochter einer Polnischlehrerin, deren Sprache von der strengen Mutter perfekt geschliffen wurde. „Du kannst aber gut Polnisch“, waren die kränkenden Sätze der Anerkennung. Wie zum Beweis macht sie auch heute noch einen polnischen Zungenbrecher aus verschiedenen Zischlauten nach. „Ich konnte das immer am besten von allen und trotzdem fragten alle, woher ich komme“, empört sie sich. Zudem dachten alle, sie sei ein Junge. Doch schwerer als die Engstirnigkeit von Fremden belastet sie das Verhältnis zu ihrer Mutter. Als Ania neun Jahre alt war, erkrankte die Mutter an Schizophrenie, sie kam in die Psychiatrie und konnte sich nicht mehr um ihre Tochter kümmern. Ania musste ins Kinderheim. Auch dort fiel sie auf, zog durch ihr Anderssein auch schnell mal Ärger auf sich. „Aber ich hatte immer eine Antwort“, erklärt sie, ballt ihre Faust und lacht. „Ich konnte mich immer durchsetzen, und ich hatte Freunde, die zu mir gehalten haben.“

Mit 21 Jahren zog sie wieder zu ihrer Mutter. Doch das Verhältnis war gestört, die fehlenden Jahre konnten beide bis heute nicht aufholen. Dass sie Frauen liebt war ihr damals noch nicht bewusst. Erst in einem christlichen Camp traf sie vor neun Jahren eine Frau, in die sie sich verliebte. Für beide war es schwer, die neuen Gefühle und das Begehren mit ihrem Glauben zu vereinbaren. Dieser war in Anias Leben immer wichtig gewesen. Katholisch erzogen fand sie seit ihrer Zeit im Kinderheim Halt in der protestantischen Gemeinde im Viertel.



Mittlerweile ist sie aus der Gemeinde ausgetreten und singt nur noch im Chor. „Ich wollte niemandem Schwierigkeiten machen, weil ein lesbisches Gemeindemitglied geduldet wird“, erzählt Ania. Noch immer hadert sie mit sich und ihrem Glauben. Manchmal weiß sie, dass Gott sie noch liebt, aber ganz sicher ist sie nicht. „Ich fühle mich verloren.“

Vorbereitung auf das Coming-Out

Bis heute weiß die Mutter nicht, dass ihre Tochter lesbisch ist. Ania ist dabei, sich auf ihr Coming-Out vorzubereiten.

„Noch vor ein paar Jahren dachte ich, es sei völlig unmöglich. Aber ich habe gelernt, immer mehr von mir und meiner Einstellung zu erzählen, auch wenn meine Mutter mir nicht zustimmt.“ In den letzten Jahren hat Ania nach und nach immer mehr Menschen von ihrer Beziehung zu Frauen erzählt. Am Ende wird die Mutter stehen, „auch wenn sie sehr homophob ist“. Dann wird sie sich nicht mehr verstecken müssen und vielleicht das erste Mal eine gleichberechtigte Beziehung mit ihrer Mutter haben. „Sie redet immer – und ich erzähle ganz wenig von mir. Es gibt einfach einen tiefen Bruch in unserer Beziehung.“

Doch jetzt redet Ania. Nach der anfänglichen Scheu scheint es ihr zu gefallen, dass nun allein sie zu Wort kommt. Auch das Interview für die deutsche Presse ist Teil des Coming-Out-Prozesses. Bei der letzten Parade der Gleichheit ist sie mitgelaufen. Auch wenn ihre Kollegen in der Bank nicht wissen, dass sie lesbisch ist, ging sie das Risiko ein, gesehen zu werden. Wie viele andere wäre sie sogar froh, wenn ihr Umfeld es auf diesem Weg erfahren würde.

Ob die Polen rassistisch sind? Ania findet das nicht. „Hier ist es eher die Angst vor dem Unbekannten, die das Land noch immer dominiert, kein Rassismus im eigentlichen Sinne. Ich glaube, es ist schlimmer, wenn du Russe oder Deutscher bist“, meint sie und lächelt. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Polen hat auch sie zu ihrer lesbischen Identität gefunden. Noch immer ist es ein Prozess, darum zu kämpfen, dass andere sie akzeptieren und zu sich selbst zu stehen. Polen ringt mit den Folgen der Freiheit. „Früher waren alle gleich, jetzt müssen wir lernen, dass es unterschiedliche Lebensentwürfe gibt. Wir müssen akzeptieren, dass es arme, reiche, religiöse und nicht-religiöse Menschen gibt – dass es Vielfalt gibt“, erklärt Ania. Auch Krystian findet Polen nicht besonders rassistisch. Man zähle einfach schnell zu denen, die anders sind. „Es reicht ja schon, wenn du rote Haare hast – da ist es auch egal, wenn du schwarz bist.“

EXOTENSTATUS: SCHWARZ & HOMOSEXUELL IN POLEN





Wioletta Weiß

ATTACKE VON LINKS

Die Mitglieder des Vereins „Nigdy Więcej” (Nie wieder) kämpfen seit der Wende unermüdlich gegen den Rechtsextremismus und Faschismus in Polen.

„Schauen Sie mal! Jemand hat den Anker, das Symbol des polnischen Patriotismus, neben das Hakenkreuz gemalt. Als hätte das eine mit dem anderen etwas zu tun. Das Erschreckende ist aber, dass es für manche Polen tatsächlich kein Widerspruch ist”, sagt Jacek Purski und zeigt auf eine mit faschistischen Symbolen bedeckte Hauswand.

Er ist in der Warschauer Altstadt unterwegs, um zu gucken, wo neue Schmierereien entstanden sind. Früher hat Purski mit Freunden nachts die Symbole unkenntlich gemacht, jetzt hat er dafür keine Zeit mehr. „Diese Kneipe auf dem Neumarkt war Anfang der 90er Jahre ein bekannter Rechtsradikalentreff. Sie saßen dort mit Glatze und Bomberjacke und haben den Menschen Angst eingejagt. Diesen Ort haben sie aufgegeben, ihren militanten Kleidungsstil auch. Sie tragen jetzt Anzug und Krawatte und machen die polnische Politik unsicher“, erzählt der 26-Jährige Warschauer. Purski arbeitet für den Verein „Nie wieder“. Dieser kämpft auf vielen Feldern gegen rechtsextreme und antisemitische Gesinnung in Polen. Sein Chef Marcin Kornak steuert die Initiative von Bydgoszcz aus. Er vergibt keine Termine. Interviews mit ihm sind nur telefonisch möglich. Er hat Angst vor rechtsradikalen Angriffen. Aus dem gleichen Grund trifft sich Jacek Purski mit Journalisten nur in seinem Stammcafé am Theater „Buffo” in Warschau. Hier fühlt er sich sicher. Von Anfang an besitzt „Nie Wieder“ kein offizielles Büro.

Musik gegen Rassismus

Die Initiative hat Stützpunkte in vielen polnischen Städten. Sie wurde von Marcin Kornak, einem Dichter und Texter vieler prominenter Rockgruppen gegründet. Kornak begann sich zu engagieren, als 1992 Rechtsradikale in seiner Heimatstadt Bydgoszcz ein Studentenwohnheim anzündeten. Dort wohnten viele Araber und Schwarze. Das Ereignis zwang den damals 24-Jährigen etwas zu unternehmen, obwohl er damals schon körperlich sehr stark eingeschränkt war. Seit einem schweren Badeunfall ist er an den Rollstuhl gefesselt. Unermüdlich organisierte er mit Freunden Demos, Märsche und Konzerte. Die Initiative hat unter dem Motto

Wioletta Weiß wurde 1973 in Polen geboren. Zur Zeit lebt sie in Berlin. Seit vier Jahren arbeitet sie als Autorin und Redakteurin für den rbb und für den Fernsehkanal „Arte“. Sie hat Germanistik in Breslau studiert und machte ihren Abschluss in Neuerer Deutscher Literatur, Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Soziologie an der Freien Universität Berlin.





„Musik gegen Rassismus“ in den 90er Jahren über 400 Veranstaltungen auf die Bühnen in ganz Polen gebracht. „Unsere Idee hat sich sehr schnell herumgesprochen, viele Menschen haben uns über die neofaschistischen Gruppierungen in ihren Heimorten geschrieben. Manche aus Angst und manche wohl aus Ärger“, erzählt Marcin Kornak. Mittlerweile sind in dem Netzwerk über 100 ehrenamtliche Mitarbeiter tätig. Jacek Purski ist vor zehn Jahren dazugestoßen. Als Jugendlicher wurde er von Rechtsradikalen zusammengeprügelt, weil ihnen seine langen Haare nicht gefielen. Er kannte die Schläger und sie ihn.

Im Opfermythos verfangen

Nach der Wende kamen in Polen viele verschiedene rassistische und rechtsradikale Gruppen zum Vorschein.

Unter ihnen waren gewalttätige Skinheads und Hooligans, aber auch viele Gruppierungen mit Ideologie. Diese fanden eine Basis in der polnischen Gesellschaft. „Sie knüpften an den polnischen Freiheitskämpfermythos und an polnische Nationalisten und Antisemiten vor dem Zweiten Weltkrieg an. Außerdem stützten sie sich auf das Grundgefühl vieler Polen, die immer noch in einem Opfermythos verfangen sind. Die Mehrheit glaubt, dass Polen mehr unter der deutschen Besatzung gelitten haben als die Juden. Deswegen fällt es ihnen schwer, Mitleid mit den jüdischen Opfern zu empfinden. „Mit diesen Mythen hat man sich nie auseinandergesetzt“, sagt Marcin Kornak. Auch wenn die nationale Bewegung im Vorkriegspolen („Endecja“) nie an die Macht kam, hatte sie einen großen Einfluss auf die polnische Jugend. Ihre Schlägertrupps eiferten Mussolinis „Schwarzhemden“ nach, überfielen jüdische Geschäfte und prügelten Juden auf der Straße zusammen. Doch zu einem Schulterchluss mit den deutschen Nationalsozialisten kam es nicht, weil Deutschlands Expansionsdrang die größte Gefahr für den wieder auferstandenen, polnischen Staat war. Im Kommunismus wurde der Nationalismus konsequent unterdrückt. Desto stärker trat er nach der Wende hervor. Dass die polnischen Rechtsradikalen keine Berührungspunkte mit Nazis haben, trotz ihrer bekannten Verbrechen in Polen, fällt auch Soziologen schwer zu deuten. Für Rafal Pankowski, Soziologe und Rechtsextremismusexperte am Collegium Civitas in Warschau, ist es ein Beleg für die Schizophrenie der Betroffenen: „Der polnische Faschismus trägt die Symbole seiner Feinde, lobt auch gelegentlich „Hitlers Verdienste“ und führt sich so selbst ad absurdum.“

„Gott, Ehre und Vaterland“

Jacek Purski wird besonders nachdenklich, wenn er an den Gründer der Partei der Nationalen Wiedergeburt

Polens denkt. Adam Gmurczyk ist wie Jacek Purski im Warschauer Arbeiterviertel „Wola“ aufgewachsen. Ihre Väter haben beide in der „Solidarnosc-Bewegung“ gegen den Kommunismus gekämpft. Hier endet schon die Gemeinsamkeit. Adam Gmurczyk hat die Partei der Nationalen Wiedergeburt Polens (NOP) gleich nach der Wende registriert. Demokratie ist für ihn alles andere als die bestmögliche Staatsform. „Demokratie bedeutet die Macht des Pöbels oder bestimmter Interessengruppen, die nur ihr eigenes Wohl vor Augen haben und nicht das Wohl des Volkes“, sagt Gmurczyk. Im rechtsextremen Propagandaorgan der Partei mit dem Titel

„Schwert“ veröffentlichen auch international bekannte Neofaschisten wie Roberto Fiore und David Irving. Argumente für Antisemitismus sucht Adam Gmurczyk ausgerechnet in der christlichen Lehre. „Die Juden sind Heiden, weil sie Gott als Messias und seine Mission als Erlöser auf Erden ablehnen“, behauptet Gmurczyk. Im Internet fordert die Partei auf einem Plakat „Bomben auf Israel –die Zeit ist gekommen“. Sie beschwört den Traum von einer Welt, in der alle Völker nebeneinander existieren. Sauber getrennte, voneinander abgeschottete Nationen, in denen Juden, Ausländer, Linke und Homosexuelle keinen Platz haben. Engere Beziehungen unterhält die NOP zu Großbritannien, Kontakte mit der NPD gibt es sporadisch. Der Grund ist die Sympathie der Deutschen zu den Russen und die Tatsache, dass sie die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellen. Mittlerweile sitzen NOP- Funktionäre in vielen Stadt- und Gemeinderäten. Offiziell geben sie sich meistens als parteilos. Dass sich in den Reihen der Partei auch radikale Skinheads befinden, ist für Adam Gmurczyk nichts Außergewöhnliches: „Jeder Mann verspürt ab und zu den Drang, jemandem eins überzuziehen.“

Gesetze, die nichts taugen

„Die rechtsradikalen Gruppierungen konnten in den 90er Jahren ihre Strukturen fast ungehindert ausbauen. Die

Staatsanwaltschaft hat sich nicht um sie gekümmert“, sagt Marcin Kornak von „Nie Wieder“. Mehrere Monate dauerte die Kampagne des Vereins für das Verbot von faschistischen und rassistischen Organisationen. Die Mitarbeiter organisierten Unterschriftenaktionen, stellten Anfragen und arbeiteten eng mit prominenten polnischen Politikern zusammen. Den Artikel 13 in der polnischen Verfassung zählt die Initiative zu ihren größten Erfolgen. Mit seiner Verabschiedung 1997 sind politische Parteien oder andere Organisationen, die Faschismus, Rassismus oder Kommunismus propagieren, verboten. „Die Gesetze wurden nicht konsequent umgesetzt. Deswegen haben wir beschlossen, kleinere Stellen unter Druck zu setzen, bei denen das Problem am stärksten sichtbar war“, sagt Purski. Sein Verein hat mit dem polnischen Fußballverband verhandelt, schaltete dabei die Fifa und die UEFA ein. So dass schließlich eine neue Klausel in die Stadienvorschriften eingeführt wurde: Kein Spiel darf angepöbeln werden, wenn sich auf den Tribünen Flaggen mit faschistischen Symbolen befinden. „Wir haben eine Hürde überwunden, kaum jemand traut sich jetzt, solche Symbole zu zeigen. Doch das Problem der gewaltbereiten Fußballfans ist noch lange nicht vom Tisch, erzählt Purski. Deswegen führt „Nie wieder“ spezielle Trainings für junge Sportvereine und Schüler durch und organisiert Fußballmeisterschaften unter dem Motto „Kick den Rassismus aus dem Stadion“.

Die Liste der „Rassenfeinde“

Auf Drohungen wie zum Beispiel „Wir machen mit dir, was Hitler mit den Juden gemacht hat“ oder „Endlösung

ist nah“ reagiert Jacek Purski mit Gelassenheit, Drohbriefe schmeißt er in den Müll. Doch es gibt Dinge, die ihn beunruhigen. Sein Name, mit Foto und Handynummer erscheint im Internet auf der sogenannten „Liste der Rassenfeinde“ zusammen mit anderen polnischen Antifaschisten, Emigranten, Homosexuellen und



Wioletta Weiß

ATTACKE VON LINKS

Ausländern. Die Seite stammt vom polnischen Ableger der internationalen neonazistischen Organisation Blood & Honour. Sie wurde kürzlich auf einem polnischen Server gesperrt, um kurz danach auf einem texanischen zu erscheinen, wo sie bis heute störungsfrei funktioniert. „Blood & Honour gehört zu den besonders hartnäckigen Fällen, weil die Gruppe für die polnische Justiz nicht greifbar ist“, erzählt Jacek Purski. Doch den Kampf gibt „Nie wieder“ nicht auf. Der Verein macht Seiten mit rechtsradikalem Inhalt ausfindig und zwingt die Provider sie zu sperren. Im Rahmen der Kampagne „R@cism Delete“ sind bereits über 100 Internetseiten aus dem Netz verschwunden. „Das Problem ist wie eine Krake, der die Tentakel ständig nachwachsen: Wir lassen die Seiten sperren, an ihrer Stelle erscheinen neue“, sagt Purski. Doch nicht nur das raubt ihm den Schlaf.

„Kaum jemand klagt in Polen gegen faschistische oder rassistische Aussagen, weil es eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz solcher Parolen gibt“, fügt Purski hinzu. Antisemitismus und Nationalismus sieht er tief in der polnischen Gesellschaft verwurzelt. Außerdem wird das Problem verschleppt. „Wir arbeiten sehr viel mit Journalisten zusammen. Und wie oft haben wir gehört: ‘Rassismus und Faschismus, ja das ist wichtig, aber wir haben doch wichtigere Probleme, wie Korruption und Arbeitslosigkeit.’“

Um so stärker setzt „Nie wieder“ auf eigene Recherche. Im sogenannten „Braunen Buch“ fassen die Aktivisten seit zehn Jahren rechtsextreme Vorfälle zusammen. Diese erscheinen dann in ihren Publikationen und werden als Newsletter an die größten polnischen Medien geschickt. Der Verein vermittelt auch Gesprächspartner und stellt den Journalisten Beweisfotos zur Verfügung. Das „Nie wieder“-Register führen zwei Parteien an: Partei der Nationalen Wiedergeburt (NOP) von Adam Gmurczyk und die Liga der Polnischen Familien mit ihrer Kaderschmiede, der „Allpolnischen Jugend“ an. Vor den Parlamentswahlen im Juni 2004 prangerte „Nie wieder“ die Werbespots der NOP im öffentlich-reichlichen Fernsehen an. Einmal werden zwei Strichmännchen beim Anal-Sex-Verkehr, der Schlagzeile „Schwuchtelerei verboten“ und einem Galgen gezeigt. Ein anderes Mal werden etablierte polnische Parteien als „Schweinekraten“ beschimpft. Die Spots wurden zu öffentlichen Skandalen, die Partei wurde verklagt.

Januar 2005 berichtete „Nie wieder“ über zwei Mitglieder der Liga der polnischen Familien aus Stettin, die per Zug zu einem Parteitreffen nach Warschau reisten. Unterwegs riefen sie „Heil Hitler“ und lobten Hitler dafür, dass er „Ordnung mit den Juden gemacht hat“. Einer von ihnen beschimpfte eine Kellnerin im Speisewagen als „jüdische Nutte“. Die Politiker wurden mit sechs Monaten Haft mit Auflagen bestraft.

Die Liga der polnischen Familien wurde nach der Gründung 1997 in nur sechs Jahren durch die Wahlen 2004 zur drittstärksten Regierungskraft. Auch die LPR beruft sich auf polnische Nationalisten vor dem Zweiten Weltkrieg und macht Politik gegen Homosexuelle, Liberale und EU-Befürworter. Ihr Parteiführer Roman

Giertych saß bis vor kurzem noch als Vizepremier und Bildungsminister in der „Kaczynski-Regierung“. Der einflussreichste katholische Sender „Radio Maryja“ unterstützt die Partei. „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, alle Vorfälle dieser Politiker und ihre Lebensläufe an die Medien zu befördern, um ihr wahres Gesicht zu zeigen und um sie zu blamieren“, erzählt Jacek Purski. 400 Artikel über diese Partei und andere etablierte Politiker hat „Nie wieder“ in die polnischen Medien lanciert. Der Verein finanziert sich aus Spenden und vom Plattenverkauf, bei denen namhafte polnische Musiker umsonst mitmachen. Auch EU-Gelder helfen der Organisation dabei über die Runden zu kommen.

„Wir haben lange vor den Rechtsradikalen gewarnt“, erzählt Marcin Kornak. Dass die rechtsextreme LPR mit Hilfe der Kaczynski-Zwillinge dann zeitweise sogar an der Macht war, sei fast zwangsläufig gewesen. „Wahrscheinlich musste es so kommen, damit die Menschen verstehen, wie klein der Abstand zwischen einer Randscheinung und der etablierten Politik sein kann.“ Gerade deshalb macht „Nie wieder“ weiter, immer neue Mitglieder- und Sympathisanten treten dem Verein bei.

Berufsverkehr – auf der Straße Aleja Jerozolimska geht nichts mehr. Purskis Gesicht verfinstert sich. „Dieser Kreisverkehr wurde von der Kaczynski-Regierung nach Roman Dmowski benannt, einem antisemitischen Nationalistenführer aus der Vorkriegszeit. Als Pole kann man sich dafür nur schämen“, sagt Purski. Roman Dmowski gilt als Gründer und Führer des polnischen Nationalismus. Am liebsten würde Purski die Kreuzung meiden, doch sie ist ein Verkehrsknoten der Stadt. Vielleicht gründet er eine Initiative zur Umbenennung des Platzes. Welchen Namen der Platz in Zukunft tragen sollte, ist Purski nicht so wichtig. Wenn es jemand wäre, der für die Integration Polens in Europa steht, damit könnte er leben. Obwohl ihm ein Antifaschist noch lieber wäre.



Die auf den vorangegangenen Seiten vorgestellten Beiträge der n-ost-Stipendiaten beleuchten anhand von Beispielen das Phänomen Rechtsextremismus und Antisemitismus im östlichen Europa, sowie Initiativen, die nach Antworten darauf suchen. Welchen Einfluss Rechtsextremisten auf die osteuropäischen Gesellschaften insgesamt ausüben und wie groß ihr Bedrohungspotenzial ist, hat Anton Maegerle am Beispiel der fünf größten Länder – Russland, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn – herausgearbeitet. In seinem für diese Dokumentation erstellten Beitrag geht Maegerle außerdem auf die Verflechtungen von osteuropäischen und deutschen Rechtsextremisten ein. Viele extremistische Übergriffe werden hier erstmals für den deutschen Sprachraum dokumentiert.

Russland

Unter dem Banner der Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI) marschierten am 9. Dezember

2007 rund 150 Rechtsextremisten in Moskau auf. Ihr Führer Alexander Potkin (alias Alexander Below), der Ende August 2007 wegen Widerstands gegen Polizeibeamte zu einer fünftägigen Ordnungshaft verurteilt worden war, rief in seiner blutrünstigen Rede zur Gewalt gegen ethnische Minderheiten in Russland auf. Die Polizei, die friedliche Demonstrationen der Opposition regelmäßig niederknuppelt, verhielt sich bei diesem rechtsextremen Meeting völlig passiv. Einen Monat zuvor, am 4. November demonstrierten mehrere tausend Rechtsextremisten bei DPNI-Kundgebungen in Moskau und in St. Petersburg anlässlich des „Tages der nationalen Einheit“. „Sieg Heil“-Geschrei war zu hören und zahlreiche Hände waren zum Hitlergruß erhoben. Der 4. November hat in Russland seit Ende 2004 den 7. November, den Tag der Oktoberrevolution, als Feiertag abgelöst. Der „Tag der nationalen Einheit“ geht auf einen Feiertag der russisch-orthodoxen Kirche zurück und erinnert an die Befreiung von Moskau durch polnisch-litauische Besatzer im 17. Jahrhundert. Die DPNI schürt maßgeblich Fremdenfeindlichkeit in Russland, kämpft für die Vertreibung aller Ausländer und macht mit populistischen Parolen gegen Menschen aus dem Kaukasus mobil. Die 2002 gegründete Gruppierung mit geschätzten 20.000 Mitgliedern ist in mehr als 30 russischen Regionen aktiv. Die DPNI, die sich noch im Rahmen der russischen Verfassung bewegt, gilt als Ersatzorganisation für diverse rechtsextreme, verbotene Gruppen. Pressesprecher der chauvinistischen Bewegung ist Alexej Kanurin.

Das Moskauer Forschungsinstitut Sowa, das sich mit Fremdenfeindlichkeit und Gewalt befasst, zählte im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2007 in Russland 230 rassistisch motivierte Übergriffe auf 409 Menschen - davon 46 Tote. Den Spitzenplatz rassistischer Gewalt hält Moskau mit 37 Morden und 216 Verletzten, gefolgt von St. Petersburg mit 5 Getöteten und 73 Opfern. 2006 ereigneten sich 541 Überfälle mit 55 Toten. 2005 gab es landesweit 461 Opfer rassistischer Übergriffe - davon 47 Tote. Sowa schätzt die Zahl russischer Neonazis auf 60.000 bis 70.000.

Nach Umfragen sympathisieren 15 Prozent der russischen Jugendlichen mit rassistischen Ideen. Im Vielvölkerstaat Russland verschlechtert sich Jahr für Jahr das Verhältnis zwischen Russen und anderen Nationalitäten. Für weltweite Schlagzeilen sorgte im August 2007 eine Videoaufnahme, die die bestialische Hinrichtung eines Dagestaners und eines Tadschiken im Internet zeigen soll. Tatort war ein Waldstück vor einer Hakenkreuzfahne. Der Tat bezichtigt sich eine bislang unbekannt National-Sozialistische Partei Russlands (NSPR).

Weithin unbekannt außerhalb von Russland blieben in jüngster Zeit unter anderem folgende Vorfälle: So zündeten in der Nacht zum 29. November 2007 Unbekannte in Moskau einen 25-jährigen Mann aus Moldawien an. Anfang November 2007 verhaftete die Polizei in Moskau eine Gruppe von rechtsextremen Jugendlichen, die zwischen Oktober 2006 und April 2007 mindestens 25 Überfälle auf Ausländer oder Personen nichtslawischen Aussehens begangen haben sollen. Dabei kamen 17 Menschen ums Leben. Ermordet von dieser Gruppe wurde unter anderem der bekannte jakutische Schachspieler Sergej Nikolajew. Mitte Oktober 2007 verhaftete die Polizei im südwestlichen Verwaltungsbezirk Moskaus 30 Jugendliche im Alter zwischen 13 bis 16 Jahren. Sie stehen im Verdacht drei Menschen überfallen zu haben. Ihr erstes Opfer, den aus Jakutien stammende 46-jährige Moskauer Sergej Nikolajew, erschlugen die Skinheads mit Baseball-Schlägern. Die beiden anderen Opfer wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Im April 2007 wurde in Moskau der 18-jährige Kunststudent Artur Ryno nach dem Mord an einem armenischen Unternehmer festgenommen. Ryno hat nachweislich mindestens 20 Menschen getötet, weil er Moskau von den „Nichtrussen säubern“ wollte. Seine Opfer stammten alle aus dem Kaukasus oder den mittelasiatischen GUS-Republiken. An den meisten Taten soll sein Freund Pawel Skatschewskij beteiligt gewesen sein.

Ins gleiche Horn wie die Bewegung gegen illegale Einwanderung posaunt die nationalistische Partei Rodina (Heimat), die fordert, Russland müsse die illegalen Einwanderer „loswerden“. Gewaltorientiert ist die Hitler-treue Nationalsozialistische Gesellschaft (NSO). Die NSO zerfiel im September 2007 in zwei miteinander konkurrierende Flügel unter Führung von Sergej Korotkich und Dmitrij Rumyantsew. Rumyantsew tritt offen für Konzentrationslager für Ausländer ein. In seinen Reden lässt er die Hand zum Hitlergruß heben und brüllt Parolen wie „Krieg gegen die Parasiten“ oder „Slawa Rossii! - Ruhm für Rusland“.

Über Ryno urteilt Rumyantsew: „Er hat seinen eigenen Partisanenkrieg geführt. Es wird noch viele geben wie Ryno.“ Die NSO bezeichnet als ihr Ziel die „Vereinigung aller russischen Territorien im Rahmen eines Großrussland“ und die „Propaganda der Ideologie des russischen Nationalsozialismus“. Neben ideologischen Schulungen stehen bei der NSO auch Wehrsportübungen in paramilitärischen Ausbildungslagern auf dem Programm. Gegen Rumyantsew ermitteln seit Ende September die Behörden wegen Verbreitung von Hasspropaganda.

„Fleisch vom Fleische“ der NSO ist die Neonazi-Truppe Format 18. Ihr derzeit inhaftierter Führer Maxim Marzinkewitsch wird Tesak („das Beil“) genannt. In einem Interview erläuterte Tesak, warum russische Skinheads gerne Jagd auf Kinder machen: „Wir sollten nicht nur die Erwachsenen töten. Wir müssen auch die Kinder loswerden. Wenn du Kakerlaken zerquetscht, dann nicht nur die großen. Du tötest auch die kleinen“. In mehr als 30 Regionen ist die mit der Skinheadszenen verzahnte Volksnationale Partei (VNP) von Alexander Iwanow-Sucharewski aktiv. Der gelernte Kino-Regisseur, der acht Kindheitsjahre als Sohn eines Geheimdienstoffiziers in der DDR verbrachte, verbreitet Parolen wie „Russland den Russen“. Als „Symbol der deutsch-russischen Freundschaft“ würde Iwanow-Sucharewski gerne gemeinsam mit der NPD einen Kongress in „Königsberg“ (heute: Kaliningrad) durchführen. Die NPD bezeichnete der rechtsextreme Politiker in einem Interview in der Juni-Ausgabe 2007 des NPD-Bundesorgans „Deutsche Stimme“ als „ein Zeichen der Wiedergeburt Deutschlands“. Hauptziel seiner Partei sei es, „unser Blut, Russland und Europa zu retten“. Das „Maximalprogramm“, bestehe laut Iwanow-Sucharewski „in der Schaffung einer Konföderation der weißen Völker“. In Broschüren rühmt der Politiker den „Übermenschen“ und präsentiert seine Truppe als „Armee der weißen Rasse“.

St. Petersburg ist Sitz der Partei der Freiheit (PS) von Jurij Beljajew. Auch diese Partei ist eng mit der Skinheadszenen vernetzt. Der extremen Rechten wird auch die Partei Volksunion von Sergej Baburin zugerechnet. Die Volksunion kämpft gegen „den Einfall fremder Lebens- und Kulturwerte“. Die in den neunziger Jahre landesweit aktive Partei Russische Nationale Einheit (RNE) ist heute zersplittert: die von Ex-RNE-Führer Alexander Barkaschow dominierte RNE-1, die RNE-2 der Brüder Lalotschkin, die Russische Wiedergeburt (RW) der Barkaschow Widersacher Oleg Kassin und Juri Wasin sowie der Slawische Bund (Slawianski Sojus), abgekürzt SS, von Dmitrij Demuschkin. Demuschkin soll im Sommer 2005 an einem Sprengstoffanschlag auf eine Moschee bei Moskau beteiligt gewesen sein. Im Frühjahr 2006 zeichnete ihn Nikolai Kurjanowitsch, damals Parlamentarier der Liberaldemokraten, mit einem Orden aus. Heute gehört Kurjanowitsch nach dem Ausschluss aus der LDPR dem Zentralrat der „SS“ an. Mehrfach hat der Slawische Bund Internetseiten von Menschenrechtsorganisationen und jüdischen Organisationen in Russland lahmgelegt.

Barkaschow, der die extrem antisemitische und fremdenfeindliche Russische Nationale Einheit im Oktober 1990 ins Leben rief, wurde 1994 von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG), der mitgliederstärksten Neonazi-Vereinigung in der Bundesrepublik, als „Freund des deutschen Volkes und seiner nationalen Rechten!“ gefeiert. Als „Freunde des deutschen Volkes“ gelten auch Wjatscheslaw Daschtschew und Alexander Kamkin. Daschtschew, vormals einer der deutschlandpolitischen Berater von Gorbatschow, war Redner beim Bundesparteitag der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) im Januar 2007. Er ist Autor der National-Zeitung, dem Sprachrohr der DVU. Kamkin ist Auslandsbeauftragter der Nationalpatriotischen Front Russlands (Pamjat). Mehrfach trat er als Referent in der Bundesrepublik in rechtsextremen Zusammen-

hängen auf – so unter anderem beim NPD-„Fest der Völker“ am 8. September 2007 im thüringischen Jena und am 7. August 2004 beim 4. Pressefest des NPD-Verlages Deutsche Stimme im sächsischen Mücka.

Rumänien

Wegen Rumänien-feindlicher Äußerungen der italienischen Abgeordneten Alessandra Mussolini (Alternativa sociale) zerbrach im November 2007 die rechtsextreme Fraktion Identität-Tradition-Souveränität (ITS) im Europäischen Parlament. Die fünf rumänischen Abgeordneten der Groß-Rumänien-Partei (Partidul Romania Mare >PRM<) traten am 14. November 2007 offiziell aus der ITS-Fraktion aus. Auslöser für den Schritt war die Kontroverse um die Ermordung einer Italienerin durch einen aus Rumänien stammenden Angehörigen einer ethnischen Minderheit. Mussolini, Enkelin des „Duce“, hatte daraufhin den rumänischen Botschafter in Rom aufgefordert, das Land zu verlassen. Weiterhin erklärte Mussolini, Gesetzesbruch sei für Rumänen Teil der Normalität. Corneliu Vadim Tudor, Präsident der Groß-Rumänien-Partei, betonte in einem Pressestatement, dass man unter diesen Umständen, „keine Beziehungen“ mehr zu Mussolini pflegen wolle: „Mehr als das, wir wollen nicht, dass ein Sprachrohr der Fremdenfeindlichkeit, der Intoleranz und des Rassismus sich mit unserer indirekten Unterstützung in Europa Gehör verschafft bzw. legitimiert oder honoriert wird.“ Mit dem Rückzug der Groß-Rumänien-Partei ist die im Januar 2007 gebildete rechtsextreme ITS-Fraktion nach nur zehn Monaten schon wieder Geschichte. Dem rechtsextremen Zusammenschluss von Abgeordneten aus Italien, Frankreich, Belgien, Österreich, England und Bulgarien fehlen nach dem Rückzug der Rumänen mehrere Abgeordnete auf die Mindestzahl von 20, um eine Fraktion bilden zu können.

Die ausländerfeindliche Groß-Rumänien-Partei zeichnet sich durch Antisemitismus und Roma-Hetze aus. Die „Liquidierung von Zigeunern“ fordert ihr Präsident Tudor, vormals Hofdichter des rumänischen Diktators Ceausescu und Oberst der rumänischen Geheimpolizei Securitate. Tudor ist für die Wiedereinführung der Todesstrafe und fordert Lager für die ungarische Minderheit. Bei den letzten Parlamentswahlen erzielte die Groß-Rumänien-Partei 13 Prozent. Einen einschlägigen Namen hat sich Dumitru Dragomir, Europaabgeordneter der Groß-Rumänien-Partei, gemacht. Er wollte einst „Juden zu Seife verarbeiten“. In dem von ihm herausgegebenen Magazin „Atac a la persona“ findet sich eine Kolumne mit dem einschlägigen Namen „Zvastika“ (Hakenkreuz).

Am 24. Juni 2007 fand in der rumänischen Hauptstadt Bukarest eine Veranstaltung der von Tudor Ionescu geführten nationalistisch-orthodoxen Organisation Noua Dreapta (ND; Neue Rechte) statt, die enge Kontakte zur NPD pflegt. Gefeierte wurde das 80-jährige Jubiläum der 1927 von dem Antisemiten Corneliu Codreanu (1899 - 1938) gegründeten „Legion Erzengel Michael“. Als Redner auf der Veranstaltung weilten unter anderem der NPD-Spitzenfunktionär Jens Pühse, Felipe Perez von der spanischen La Falange, der Grieche George Dimitroulias von Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und der Franzose Bruno Vendiere für Renouveau Francais (Franzö-

sische Erneuerung). Südost-Europa zählt in der Weltanschauung der NPD als „integraler Bestandteil einer europäischen Zukunftsordnung“. Die Mitglieder der ND rekrutieren sich vorwiegend aus der Studentenschaft. Der sonntägliche Kirchgang ist absolute Pflicht. Die militant Homosexuellen-feindliche Truppe beschimpft Schwule als „Schande für das rumänische Volk“, fordert eine Lösung des „Zigeunerproblems“, agitiert anti-amerikanisch und betreibt Kampagnen gegen Abtreibung. „Wir sind Zeugen eines nationalen Erwachens. Wir wollen nichts mehr von einer Romasprache hören, keine gebogenen Nasen und bläulichen Lippen mehr sehen“, heißt es in einem programmatischen Text der ND. Zuletzt demonstrierten ca. 1000 ND-Mitglieder und- Anhänger am 9. Juni 2007 in Bukarest gegen das am gleichen Tag abgehaltene „Gay Fest 2007“. Ins Leben gerufen wurde Noua Dreapta anlässlich des 100. Geburtstages von Codreanu am 13. September 1999. Die Legion, bekannter unter dem Namen ihres paramilitärischen Flügels „Eiserne Garde“, wurde in den 30er Jahren zu einer ultranationalistischen und antisemitischen Massenbewegung. Nach der Machtübernahme 1940 errichteten die Legionäre gemeinsam mit dem Militärdiktator Ion Antonescu ein Regime nach deutschem Vorbild. Nach einem halben Jahr putschten die Legionäre gegen Antonescu. Die so genannte „Rebellion der Legionäre“ war begleitet von antisemitischem Terror in den jüdischen Vierteln Bukarests. Hunderte jüdische Frauen, Kinder und Männer wurden umgebracht. In NPD-Kreisen gilt Antonescu, so das NPD-Bundesorgan Deutsche Stimme, als „Nationalheld“. Für Auslandskontakte ist bei der Noua Dreapta unter anderem ihr Generalsekretär Claudiu Mihutiu, der in der in Mannheim studiert hat, zuständig. Mihutiu war Redner beim NPD-Aufmarsch gegen den Tag der Befreiung am 8. Mai 2005 in Berlin und beim „Fest der Völker“ 2005 in Jena. Grußworte beim NPD-Bundesparteitag am 11. November 2006 in Berlin überbrachte Swen Moritz Geblescu, einer der Führungsköpfe der Noua Dreapta. „Nur der moderne, europäische, christliche Nationalismus wird die Antwort auf den Imperialismus des 21. Jahrhunderts sein“, führte Geblescu vor den NPD-Delegierten aus. Geblescu studierte in München und diente zwei Jahre in der Bundeswehr. Zur Verbreitung des antisemitischen Gedankenguts von Codreanu auch in NPD-Kreisen trägt maßgeblich der gebürtige Siebenbürger Sachse Gerd Zikeli bei. Der einstige evangelische Pfarrer, zwischenzeitlich aus der Kirche ausgetreten, verehrt Codreanu als „Vater des modernen Nationalismus“. Zikeli, Referent beim NS-apologetischen Freundeskreis Ulrich von Hutten, dem Blut- und-Boden-Flügel des Rechtsextremismus, arbeitete in den 80er Jahren zeitweilig als Sekretär bei dem Holocaustleugner und Generalmajor a.D. Otto-Ernst Remer, der führend an der Niederschlagung des Aufstandes von 20. Juli 1944 beteiligt war.

Noua Dreapta ist Mitglied der Europäischen Nationalen Front (ENF). Gegründet wurde die ENF im Januar 2003 auf einer Versammlung der spanischen La Falanga. Der ENF gehören verschiedene rechtsextreme Gruppierungen und Parteien aus West- und Osteuropa an, die versuchen wollen, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Erklärtes Ziel der ENF ist es, die „nationalen“ europäischen Kräfte zu vereinigen und für „elementare Grundsätze“ einzutreten. Zu diesen Grundsätzen gehören die Schaffung eines Europas der Vaterländer und die Verhinderung des EU-Beitritts von Israel und der Türkei. Als ideologisches Vorbild dient unter anderem Codreanu. Der ENF

gehört auch die NPD an. Kontakte zur NPD pflegt auch der Holocaustleugner Ion Coja, seit 1996 Präsident der Bukarester Filiale der 1990 gegründeten rechtsextremen kulturellen Vereinigung Rumänische Heimstatt (Vatra Romaneasca). Coja, Professor für Literaturwissenschaften an der Universität Bukarest, stand der August-Ausgabe 2007 der Deutschen Stimme Rede und Antwort. Die Rumänische Heimstatt, die die zersplitterte extreme Rechte zusammenführen will, fordert unter anderem die „Wiedervereinigung“ mit der Republik Moldau.

Polen

Ein Zusammenwirken zwischen polnischen und bundesdeutschen Rechtsextremisten gibt es kaum, weil die meisten polnischen nationalistischen Organisationen deutschfeindlich eingestellt sind und Forderungen hieriger Rechtsextremisten nach Aufhebung der Oder-Neiße-Grenze kategorisch ablehnen. Eine Ausnahme stellt die 1981 illegal gegründete rechtsextreme Partei Narodowe Odrodzenie Polski (Nationale Wiedergeburt Polens >NOP<) dar. Im August 1999 richtete die NOP in Dusznikach-Zdroju ein nationalrevolutionäres Sommerlager aus. Vor Ort waren Rechtsextremisten aus mehreren europäischen Ländern, darunter eine NPD-Delegation unter der Führung von Alexander von Webenau. Webenau führte aus, dass „das erste Mal seit dem Jahr 1936 polnische und deutsche Nationalisten wieder zusammen an einem Tische Platz nehmen“ und dass „während des Zweiten Weltkrieges beide Seiten viele Fehler begangen haben“. Die antikommunistische, militant antisemitische und den Holocaust leugnende NOP ist die polnische Sektion der nationalrevolutionär ausgerichteten International Third Position (ITP) und hat Verbindungen zum international agierenden Neonazi-Skinhead-Netz Blood & Honour. Gründer der ITP ist der einstige italienische Rechtsterrorist Roberto Fiore. Er ist auch Autor des NOP-Organs Szczerbiec (Das Schwert). Szczerbiec ist die einzige den Holocaust leugnende Zeitschrift, die in Europa offen im Kioskvertrieb erhältlich ist. Die Nationale Wiedergeburt Polens forderte im Jahr 2006 die Freilassung des damals in der österreichischen Hauptstadt Wien inhaftierten englischen Holocaustleugners David Irving, der auch schon für Szczerbiec zur Feder griff. Gründer und Vorsitzender der NOP, in deren Reihen sich auch Skinheads tummeln, ist Adam Gmurczyk. Kontakte unterhalten bundesdeutsche Neonazis zu Gleichgesinnten in der polnischen Musikszene; so waren bei einem Konzert der polnischen Blood & Honour-Bewegung am 5. Februar 2000 auch bundesdeutsche Neonazis anwesend.

Als Billiglohnland ist Polen bei rechtsextremen Bands aus der Bundesrepublik als Produktionsstätte ihrer CDs beliebt. Die von der Innenministerkonferenz eingerichtete länderoffene Arbeitsgruppe „Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise“ konstatierte in ihrem Bericht vom 15. Juni 2007, dass Produzenten und Anbieter rechtsextremer Musik bundesweit jährlich mehrere Millionen Euro umsetzen. Außerhalb der Parteienfinanzierung ist dies der umsatzträchtigste Bereich im Rechtsextremismus. Für Wirbel sorgte im Mai 2005 sowohl in Polen als auch in der Bundesrepublik die Meldung, dass das NPD-Sprachrohr Deutsche Stimme bis zu diesem Zeitpunkt im polnischen Jelenia Gora gedruckt wurde.

Bulgarien

Bei den Kommunalwahlen am 28. Oktober 2007 konnte sich die rechtsextreme Partei Ataka (Attacke) auf Platz vier etablieren. Ihren Wahlkampf hatte die extrem anti-amerikanische, EU-kritische sowie türken-, jüden- und minderheitenfeindliche Partei am letzten September-Wochenende in Sofia eröffnet. Gastredner war Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtsextremen französischen Front National (FN). Ataka wurde im Mai 2005 gegründet. Bereits im Juni 2005 zog die von Volen Siderov geführte Partei mit knapp neun Prozent ins Parlament (21 Abgeordnete bei insgesamt 240 Sitzen) ein. Siderov ist Journalist und schrieb Bücher über eine „globale Verschwörung der Juden“. Im Wahlkampf hatte Ataka die große Vergangenheit Bulgariens beschworen und mit Losungen wie „Türken und Roma raus!“ oder „Arbeitslager für verurteilte Zigeuner“ gehetzt. Diese Hetze fiel auf fruchtbaren Boden. Wie eine im Jahr 2005 veröffentlichte Studie des Bulgarischen Helsinki-Komitees herausfand, soll fast ein Fünftel der bulgarischen Gesellschaft Roma und Türken – und im geringeren Umfang den Juden – so feindlich gegenüberstehen, dass sie ihnen das Recht abspricht, in einem Staat mit „reinen Bulgaren“ zu leben. Kurz nach der Parlamentswahl veröffentlichte Ataka auf ihrer Homepage eine Liste bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: „Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse, die es verdienen würde, von der Geburt an entwurzelt zu sein“. Mit Parolen wie „Gebt Bulgarien den Bulgaren zurück“ oder „Stopp dem Zigeuner-Terror“ liefert Ataka immer wieder landesweite Schlagzeilen. Bei der Präsidentenwahl im Oktober 2006 erzielte Siderov spektakuläre 25 Prozent der Stimmen. Ein gutes Ergebnis erzielte die nationalistische Partei auch bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2007. 14,2 Prozent der Wähler votierten für Ataka und bescherten damit der Partei ein Mandat im Europäischen Parlament. Für Wirbel hatte dort bereits zuvor das Ataka-Mitglied Dimitar Stojanov (24) gesorgt. Stojanov, jüngster Abgeordneter des Europäischen Parlaments, beschimpfte im Oktober 2006, damals noch als Beobachter im EU-Parlament, die ungarische Parlamentskollegin Livia Jaroka, eine Roma, als Prostituierte. Ataka gehörte auf europäischer Parlamentsebene der im November 2007 aufgelösten rechtsextremen Fraktion Identität, Tradition und Souveränität (ITS) an.

In Konkurrenz zu Ataka steht die im Februar 2007 gegründete Partei Swoboda (Freiheit) von Pawel Tschernew. Tschernew war früher Parteivorsitzender der Ataka und später die rechte Hand von Siderow. Swoboda propagiert den Widerstand gegen den türkischen EU-Beitritt. Eine Einheitsfront gegen Globalisierung, NATO und EU will die im März 2006 gegründete neonationalsozialistische Splittergruppe Gvardija (Garde) schaffen. Als politische Plattform strebt die Roma-feindliche Bewegung, die gegen die „Entbulgarisierung des Vaterlandes“ kämpft, einen „sozialen Nationalismus“ an. Die „Garde“ hat 2007 mit Straßenschlachten, einem Fackelaufmarsch zum Todestag des Faschisten Hristo Lukov und dem Hissen der bulgarischen Flagge auf dem Mussala, dem höchsten Gipfel im Lande, auf sich aufmerksam gemacht. An der Spitze der Garde steht Bojan Bojanov-Rassate, vormals Vorsitzender der Bulgarischen Volkunion und 2001 Mitbegründer des Bulgarischen Nationalen Bundes. Der Bulgarische

Nationale Bund (BNS) veranstaltete vom 17. bis 19. September 2004 ein „nationalistisches Lager“ bei dem auch „Gäste aus Deutschland“ anwesend waren. Grußworte entsandten Gleichgesinnte aus Frankreich, Rumänien und Spanien. Bewunderung fand seitens des BNS der vormalige RAF-Terrorist und heutige militante Antisemit und notorische Holocaustleugner Horst Mahler. Dieser sei „ideologischer Anführer“ der „deutschen Nationalisten“. Bojanov unterhält Kontakte zu bundesdeutschen Neonazis und zur NPD. Im Herbst 2007 referierte Bojanov bei der NPD im nordrhein-westfälischen Düren und besuchte mit Mitgliedern des „Sturmbundes Aachen“ die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang. Eigenen Angaben zufolge lebte Bojanov während seiner Kindheit fünf Jahre in Stuttgart. Seinen politischen Werdegang will Bojanov ausgerechnet am 20. April (Hitlers Geburtstag) 1991 in der Bulgarischen Nationalradikalen Partei von Ivan Georgiev begonnen haben. Mit der Gründung der paramilitärischen Garde hat sich Bojanov möglicherweise ins zeitweilige politische Aus manövriert. Gegen die Garde hat die bulgarische Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufgenommen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft seien die Ziele der Garde verfassungswidrig. Denn Organisationen, die paramilitärische Strukturen aufbauen und unter anderem rassistische Hetze betreiben, sind laut Verfassung verboten.

Ungarn

Am 15. September 2007 demonstrierten 5000 Rechtsextremisten auf der Budapester Burg gegen die ungarische Regierung. Unter den Demonstranten waren auch Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremen Kleinpartei Jobbik (Für ein besseres Ungarn). Meinungsforscher schließen nicht aus, dass die Partei, die bei Umfragen im Winter 2007/08 zwei Prozent erreichte, 2010 den Sprung ins Parlament schafft. Zwölf Prozent der Ungarn bezeichnen sich als radikal rechts. Jobbik wurde 2003 von rechtsextremen Universitätsstudenten gegründet. Bei den Parlamentswahlen 2006 trat die Partei auf einer gemeinsamen Liste mit der Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP) an, scheiterte jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 dagegen gelang Jobbik der Sprung in einige Rathäuser, darunter in Debrecen, der drittgrößten Stadt Ungarns. Die extrem Roma-feindliche Partei machte im Sommer 2007 Schlagzeilen durch die Gründung eines paramilitärischen Ablegers namens Ungarische Garde. Am 25. August 2007 waren von der von dem 29-jährigen studierten Geschichtslehrer Gabor Vona geführten Partei „Für ein besseres Ungarn“ 56 uniformierte Männer im historischen Burgviertel Budapests vereidigt worden. Die schwarzen Uniformen dieser Miliz tragen das Emblem der rot-weiß gestreiften Arpad-Fahne, die einst die faschistischen Pfeilkreuzler schweben. Die Pfeilkreuzler unter Ferenc Szalasi ergriffen am 16. Oktober 1944 putschartig in Ungarn die Macht. Unter ihrer Schreckensherrschaft wurden hunderttausende ungarische Juden in die NS-Vernichtungslager deportiert. Die Zahl von 56 Gardisten soll an den Aufstand gegen die stalinistische Herrschaft in Ungarn 1956 erinnern. Erklärtes Ziel der Truppe ist es, das „physisch, geistig und seelisch wehrlose“ Ungarn notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Bei der Vereidigung wurde den Gardisten prominente Unterstützung zuteil. Der frühere Verteidigungsminister Lajos Für, Mitbegründer der im Parlament vertretenen Oppositionspartei Demokratisches Forum (MDF), überreichte den Gardisten ihre

Urkunden. Für gehörte der ersten ungarischen Nachwende-Regierung (1990 – 1994) an. Die Befehle bei der Verteidigung erteilte der Schauspieler Matyas Ustics. Die rechtskonservative Oppositionsabgeordnete Maria Wittner vom Ungarischen Bürgerverband (Fidesz), der größten Oppositionspartei, hielt eine Rede. Ein katholischer, ein evangelischer und ein reformierter Pfarrer weihen die Fahne der Garde. Zugegen bei der Vereidigung waren 3.000 Anhänger, darunter die rechtsextremen Gaj-Motorradfahrer.

Am 9. Dezember 2007 marschierte die Ungarische Garde erstmals demonstrativ durch einen Ort mit hohem Roma-Anteil an der Bevölkerung. „Wir sind hier“, brüllte Jozsef Biber, Vizechef von Jobbik, „damit die von der Zigeunerkriminalität bedrohte Bevölkerung spürt: Sie ist nicht allein!“ Weiter erklärte Biber: „Zahlreiche Elemente der Roma-Kultur stehen in krassm Widerspruch zu den europäischen Normen.“ Bei der Aktion der Garde im zentralungarischen Dorf Tatarszentgyörgy waren 250 Uniformierte zugegen. Zu den Köpfen dieser paramilitärischen Truppe zählen unter anderem Andras Bencsik, Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung Demokrata sowie Mitglied der Kulturabteilung des Ungarischen Bürgerverbandes, und Gabor Staudt, Stadtrat der Partei für ein besseres Ungarn in Budapest. Am 22. Oktober 2007 fand im ostungarischen Dorf Szabolcs die Gründung der „Nationalen Schutztruppe“, einer Schwesterorganisation der Ungarischen Garde, statt. Die Feier fand während des Gottesdienstes in einer kalvinistischen Kirche statt, wo Geistliche die Rechtsextremisten begrüßten.

Alljährlich findet in Budapest um den 10. Februar herum ein von Neonazis ausgerichtetes internationales Gedenktreffen namens „Tag der Ehre“ statt. Mit dem „Tag der Ehre“ feiern Neonazis ihre historischen Vorbilder. Am 10. Februar 1945 hatten ungarische Truppen zusammen mit Einheiten der Waffen-SS in aussichtsloser Lage einen Ausbruch aus dem von der sowjetischen Armee eingekreisten Buda unternommen; die meisten von ihnen kamen um oder gerieten in Gefangenschaft. Die traditionelle Gedenkfeier zu Ehren der gefallenen Soldaten der Waffen-SS gilt als Pendant zum Dresdner Neonazi-Marsch im gleichen Monat, an dem seit Jahren auch ungarische Neonazis teilnehmen. Anlässlich des „Tages der Ehre“ marschierten am 10. Februar 2007 ca. 1.000 Rechtsextremisten aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, England, Kroatien, Österreich, Schweiz, Slowenien, Tschechien und Ungarn auf dem Budapester Heldenplatz auf. Teilnehmer dieses Aufmarsches, so eine entsprechende Presseerklärung des NPD-Landesverbandes Berlin, lehnen es ab, „sich einer weltweiten, von den einstigen Siegermächten verordneten Geschichtsschreibung unterzuordnen“. Veranstalter des „Tages der Ehre“ unter dem Motto „Uns ruft die Stimme des Blutes!“ war die Bewegung für die Einheit der Heimat, ein Ableger der im Dezember 2004 von den Behörden verbotenen Neonazi-Organisation Ver es Becsület (Blood & Honour). In der Bundesrepublik ist Blood & Honour mitsamt ihrer Jugendorganisation White Youth bereits seit dem September 2000 vom Bundesinnenminister verboten. Redner in Budapest waren unter anderem Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, Eckart Bräuniger, NPD-Landesvorsitzender Berlin, und Matthias Fischer, NPD-

Landesvorstandsmitglied Bayern. Zugegen in Budapest war auch der mehrfach vorbestrafte Norman Bordin, bayerischer Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und zugleich NPD-Landesvorstandsmitglied. Im Anschluss an den „Tag der Ehre“ fand in der Nähe von Budapest in Nogradsp ein Skinhead-Konzert statt. In Anwesenheit der NPD-Funktionäre Bordin und Fischer wurde auf dem Konzert zu antisemitischer Gewalt aufgerufen. Lobend erwähnt ein Szenbericht eines Neonazis aus dem baden-württembergischen Mannheim, dass beim Konzertabend der „europäische Geist der Truppen in Schwarz“ auflebte.

Große Teile der extremen Rechten Ungarns sind aktionsorientiert und gewalttätig. Bei Demonstrationen gegen die Regierung im September und Oktober 2006 kam es zu schweren Ausschreitungen, die maßgeblich von rechtsextremen Organisationen angeheizt wurde. Auf einer Sitzung des Parlamentsausschusses für Nationale Sicherheit und Menschenrechte am 31. Oktober 2006 berichtete der Kanzleramtsminister György Szilvasy, dass rechtsextreme Gruppen und Organisationen eine Art „Netz“ gespannt hätten. Dieses „Netz“ habe Kontakte zur größten Oppositionspartei Fidesz sowie bekannten Organisationen wie dem Weltverband der Ungarn (MVSZ) und dem Ungarischen Bauernverband. Namentlich nannte Szilvasy mehrere rechtsextreme Parteien und Gruppen: Jobbik, 64 Varmegye, Lelkiismeret 88 (Gewissen), das Internetportal kuruc.info und die Wahrheits- und Lebenspartei.

Unter den rechtsextremen Demonstranten waren Pressemeldungen zufolge auch Mitglieder der rechtsextremen Organisationen Honfoglalás 2000 (Landnahme) und Magyar Nemzeti Arcvonal (Ungarische Nationale Front). Die Wahrheits- und Lebenspartei des Schriftstellers Istvan Csurka wurde 1993 gegründet und war bis 2002 zeitweilig im Parlament vertreten. Csurka gilt als bekanntester Antisemit der ungarischen Politik. Bei einer Anti-Regierungs-Demonstration seiner Partei am 15. März 2007, einem ungarischen Nationalfeiertag, trat der britische Holocaustleugner David Irving als Redner auf. Feindbild der extremen Rechten sind auch Homosexuelle. So störten mehrere hundert Skinheads und Rechtsextremisten aus den Reihen von Jobbik sowie der Ungarischen Nationalen Front am 7. Juli 2007 eine Homosexuellenparade in Budapest.

Zum Autor:

Anton Maegerle ist freier Journalist und arbeitet für Hörfunk, Fernsehen und Printmedien. Er ist langjähriger Mitarbeiter des Informationsdienstes „blick nach rechts“ und der Vierteljahreshefte „Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“. 2007 erhielt Maegerle den „Leuchtturm“-Preis des Netzwerks Recherche für besondere publizistische Leistungen. Veröffentlichungen u.a.: Rechte und Rechtsextreme im Protest gegen Hartz IV (2006); Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten (2004); Die Sprache des Hasses: Rechtsextremismus und völkische Esoterik - Jan van Helsing, Horst Mahler (2001); Thule: Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten (1998).

Bibliographie zum Thema Rechtsradikalismus in Osteuropa:

- Anderson, Benedict: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. Blackwell. Oxford. 1986
- Andrescu, Gabriel: Romania. In: Racist Extremism in Central and Eastern Europe. Hrsg: Cas Mudde. London. 2004, S. 184-205.
- Beichelt, Timm: Minorities in New European Democracies: A Source of Destabilisation? In: European Yearbook of Minority Issues 2002/03, S. 52-71
- Beichelt, Timm; Minkenberg, Michael: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. In: Osteuropa 52/3, 2002. S. 247-262
- Beichelt, Timm; Minkenberg, Michael: Rechtsradikalismus in Osteuropa: Bilanz einer Debatte. Osteuropa 52. Jg. 8/2002
- Bernath, Gabor; Miklosi, Gabor; Mudde, Cas: Hungary. In: Racist Extremism in Central and Eastern Europe. Hrsg: Cas Mudde. London, New York. 2005, S. 80-97
- Bernik, Ivan; Malnar, Brina: Radical Cultural Change or Adaptation on the Basis of Old Cultural Patterns? In: Political Culture in Post-Communist Europe. Hrsg: Detlef Pollack, Jörg Jacobs, Olaf Müller and Gert Pickel. Burlington USA, 2003. S.181-206
- Betz, Hans-Georg: Radical Right-Wing Populism in Western Europe. St. Martins Press. New York. 1994
- von Beyme, Klaus: Rechtsextremismus in Osteuropa. In: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hrsg: J. W. Falter, H.-G. Jaschke, J.R. Winkler. Westdeutscher Verlag. Opladen. 1996
- von Beyme, Klaus: Systemwechsel in Osteuropa. Suhrkamp. Frankfurt/Main. 1994
- Braun, Aurel: The Incomplete Revolutions: The Rise of Extremism in East-Central Europe and the Former Soviet Union. In: The Extreme Right. Hrsg: A. Braun, S. Scheinberg. Westview Press. Boulder. 1997
- Boia, Lucian: Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der Rumänischen Gesellschaft. Wien. 2003.
- Grün, Michaela; Stankiewicz, Katharina: Spielarten des polnischen Rechtsradikalismus – die Liga der polnischen Familien und die Selbstverteidigung in ihrem politischen Umfeld. In: Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen – Nationale und europäische Perspektiven. Hrsg. Michael Minkenberg, Dagmar Sucker, Agnieszka Wenninger. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn 2006, S. 170-199
- Ivanov, Christo; Ilieva, Margarita: Bulgaria. In: Racist Extremism in Central and Eastern Europe. Hrsg: Cas Mudde. London, New York. 2005, S.1-29
- Liehm, Antonin: The Role of Culture under the Communist and Post-Communist Eras. In: Central and Southeastern Europe in Transition. Perspectives on Success and Failure since 1989. Ed. Hall Gardner. Connecticut/London. 2000, S. 43-49
- H. Merkl, Peter: Why are they so strong now? Comparative reflections on the revival of the radical right in Europe. In: The revival of right-wing extremism in the nineties. Ed. Peter H. Merkl. Frank Cass & Co. Ltd. 1997
- Meyer, Alfred G.: Eastern Europe: Marxism and Nationalism. In: The politics of Ethnicity in Eastern Europe. Ed. George Klein and Milan J. Reban. New York 1981
- Minkenberg, Michael: Der europäische Rechtsradikalismus heute – Profile in West und Ost und der Vergleich des Unvergleichbaren. In: Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen – Nationale und europäische Perspektiven. Hrsg. Michael Minkenberg, Dagmar Sucker, Agnieszka Wenninger. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn 2006, S. 14-36
- Minkenberg, Michael: The Radical Right in Postsocialist Central and Eastern Europe: Comparative Observations and Interpretations. In: East European Politics and Societies. 16/2, 2002, S. 335-362
- Minkenberg, Michael: The Radical Right in Public Office. Agenda-Setting and Policy-Effects. In: West European Politics 24/1, 2001, S. 1-21
- Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. Westdeutscher Verlag. Opladen. 1998
- Mudde, Cas: The new roots of extremism. In: Transitions Vol. 5 No 7, July 1998.
- Mudde, Cas: Extreme Right Parties in Eastern Europe. In: Patterns of Prejudice. 34/1, 2000, S. 5-27
- Mudde, Cas: Central and Eastern Europe. In: Racist Extremism in Central and Eastern Europe. London. 2004. S
- Mudde, Cas: Warum ist der Rechtradikalismus in Osteuropa so schwach? Osteuropa, vol 52, no.5, 2002, 628-9
- Ramet, P. Sabrina: The Radical Right in Central and Eastern Europe. 1999
- Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Campus. Frankfurt/Main. 1994
- Rucht, Dieter; Koopmans, Ruud: Rechtsradikalismus als soziale Bewegung? In: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hrsg: J. W. Falter, H.-G. Jaschke, J.R. Winkler. Westdeutscher Verlag. Opladen. 1996, S. 265-285
- Pankowski, Rafal; Kornak, Marcin: Poland. In: Racist Extremism in Central and Eastern Europe. Hrsg: Cas Mudde. London, New York. 2005, S. 156-179
- Parland, Thomas: The extreme nationalist Threat in Russia. The growing influence of Western Rightist ideas. New York. 2005
- Pollack, Detlef; Mishler, William: On Culture, Thick and Thin: Toward a Neo-Cultural Synthesis. In: Political Culture in Post-Communist Europe. Hrsg: Detlef Pollack, Jörg Jacobs, Olaf Müller and Gert Pickel. Burlington USA, 2003.
- Pollack, Detlef: Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas. In: Politik und Zeitgeschichte. B 38/2004
- Scheuch, Erwin; Klingemann, Hans-Dieter: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Hrsg. H.D. Ortlieb/B. Molitor. Tübingen. 1967, S.11-29.
- Sch lindwein, Simone: Zwischen Propaganda und Kommerz – Medien(un)freiheit in Südost-, Mittelost- und Osteuropa. 2007. Berlin
- Segert, Dieter: „Zur Lage des rechten Extremismus in Osteuropa und den Bedingungen seines zukünftigen Erfolgs. Ein Überblick“. In: Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen – Nationale und europäische Perspektiven. Hrsg. Michael Minkenberg, Dagmar Sucker, Agnieszka Wenninger. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn 2006, S. 60-73
- Segert, Dieter: Viel weniger Rechtsradikalismus als zu erwarten wäre. Kritische Anmerkungen zu einem interessanten Vergleich. In: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell. In: Osteuropa 52/3, 2002. S.622-625
- Stein, Jonathan: The Politics of National Minority Participation in Post-Communist Europe. Sharpe. New York. 2000, Kap. 1
- Thieme, Tom: Extremistische Parteien im postkommunistischen Osteuropa. Dossier: Osteuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament. 43/2007. 22.10.2007, S.21-26, auch unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/Beilage/index.html>

Beiträge im Internet:

- Kraske, Marion: Rechtsradikale Gespenster der Vergangenheit. 20. Oktober 2007. In: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,512376,00.html>, dazu Fotostrecke: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/0,5538,25743,00.html>,
- Die Krise Osteuropas. Dossier. Osteuropa, 29. September 2006. Eurotopics: http://www.eurotopics.net/de/presseschau/archiv/archiv_dossier/DOSSIER10622
- Masovszky, Magdalena: Der Antisemitismus in Ungarn – nur Polit-Folklore? <http://www.hagalil.org/hagalil/antisemitismus/osteuropa/ungarn.htm>
- Themenschwerpunkt: Internationale Netzwerke. Bundeszentrale für Politische Bildung. http://www.bpb.de/themen/K1H2VU,0,0,Schwerpunkt:_Internationale_Netzwerke.html
- Medienpreis für Anton Maegerle. 16.11.07. <http://npd-blog.info/?p=1207>; <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/bin/dump.fcgi/2002/0415/blickpunkt/0001/index.html>



STIFTUNG
ERINNERUNG, VERANTWORTUNG
UND ZUKUNFT

Das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost e.V. führt Medieninitiativen, Journalistinnen und Journalisten aus über 20 Ländern zusammen. Was sie verbindet, ist ein europäischer Blick, der von Ost nach West geht. Im Mittelpunkt steht die Berichterstattung aus und über Osteuropa. Dabei setzen sich n-ost-Mitglieder für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Begrenzungen der journalistischen Arbeit ein: Das Netzwerk organisiert journalistische Fortbildungen, Fachkonferenzen, Rechercheisen und internationale Medienprojekte. Mit einem Artikel- und Radiodienst beliefert n-ost täglich Hörfunkanstalten und Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Kontakt:

n-ost
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.
Schillerstraße 57
10627 Berlin

Tel: +49 - 30 - 30 83 11 87
Fax: +49 - 30 - 31 51 89 79
Mob: +49 - 160 - 99 85 47 48
www.n-ost.de
n-ost@n-ost.de

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Die Stiftung unterstützt internationale Projekte, die die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die unter dem Nationalsozialismus besonders gelitten haben, stärken. Aus den Erträgen des für die Projektförderung vorgesehenen Stiftungskapitals in Höhe von 358 Millionen Euro fördert die Stiftung dauerhaft mit jährlich rund 8 Millionen Euro vorrangig Projekte in den folgenden drei Schwerpunkten:

Auseinandersetzung mit der Geschichte

Projekte, die die Erinnerung wach halten und junge Menschen zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anhalten.

Handeln für Demokratie und Menschenrechte

Förderung internationaler Initiativen für Demokratie und Menschenrechte.

Humanitäres Engagement für Überlebende der NS-Diktatur

Internationale Projekte zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus vor Ort.

Kontakt:

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Markgrafenstr. 12-14
10969 Berlin
Tel: 0049 (0)30 25 92 97 80
info@stiftung-evz.de
www.stiftung-evz.de



STIFTUNG
ERINNERUNG, VERANTWORTUNG
UND ZUKUNFT

 **n-ost**
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.
www.n-ost.de